ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute

Article

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2005) : Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 43, pp. 605-655

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151405

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 43/2005

72. Jahrgang/24. Oktober 2005

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Berlin:

DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
RWI Essen, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Abgeschlossen in Essen am 19. Oktober 2005.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltwirtschaft expandiert im Herbst 2005 trotz des Anstiegs der Ölpreise weiter kräftig. Nach einer Verlangsamung im Laufe des vergangenen Jahres hat sich die Zunahme der Produktion sogar wieder beschleunigt. Den dämpfenden Effekten durch die höheren Preise für Rohöl und andere Rohstoffe standen Anregungen durch eine nach wie vor expansiv ausgerichtete Geldpolitik, niedrige Kapitalmarktzinsen, kräftig steigende Vermögenswerte und eine sehr günstige Ertragslage der Unternehmen gegenüber. So erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in den Wachstumszentren USA und China im ersten Halbjahr unverändert rasch, und in Japan nahm es nach vorangegangener Stagnation deutlich zu. In vielen Schwellenländern expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter zügig. Dagegen blieb die Konjunktur im Euroraum und in Großbritannien verhalten.

Die Differenzen in den Expansionsraten spiegeln zu einem erheblichen Teil die Unterschiede im Wachstum des Produktionspotentials wider; in den USA ist es deutlich höher als in Japan und im Euroraum. Aber auch die zyklische Entwicklung unterscheidet sich weiterhin. Während die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in den USA und in Japan merklich gestiegen ist, hat sie sich im Euroraum nochmals verringert. Dabei haben sich die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte erneut verstärkt. So ist das Leistungsbilanzdefizit in den USA

Inhalt

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005

1. Die Lage der Weltwirtschaft
   Seite **605**

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union
   Seite **620**

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland
   Seite **626**

4. Zur Wirtschaftspolitik
   Seite **644**

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Seite **653**

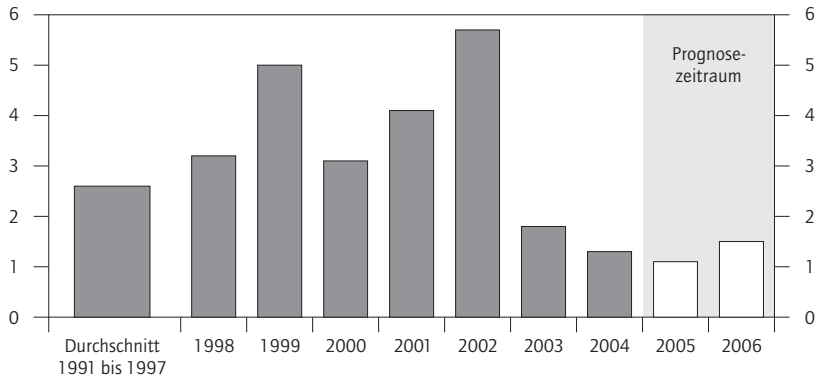
22127

Kasten 1.1

Zur Entwicklung des Ölpreises

Die Weltmarktpreise für Rohöl sind im Jahresverlauf nochmals gestiegen, obwohl der Verbrauch nach Angaben der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in der ersten Hälfte dieses Jahres im Vorjahresvergleich mit 1,6 % nur halb so stark zunahm wie vor einem Jahr (3,3 %).[1] Der zusätzliche Rohölbedarf konnte nur gedeckt werden, indem die im historischen Vergleich sehr niedrigen freien Förderkapazitäten weiter reduziert wurden (Abbildung). In einer solchen Situation führen Produktionsstörungen schnell zu kräftigen Preiserhöhungen. So schoss der Ölpreis jüngst infolge des Ausfalls von Ölförderanlagen und Raffinerien im Golf von Mexiko nach oben. Er sank aber rasch wieder, weil Engpässe mithilfe von Notstandsreserven ausgeglichen wurden und sich die Schäden als geringer herausstellten als zunächst befürchtet.

Weltölförderung: Freie Kapazitäten
Mill. Barrel / Tag



Quellen: U.S. Department of Energy; Energy Information Administration, September 2005; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Der Preisanstieg in diesem Jahr erscheint insofern überraschend, als der Verbrauch bereits seit mehr als zwei Jahren hinter der Produktion zurückbleibt. Aus diesem Umstand wird in der Öffentlichkeit verschiedentlich geschlossen, dass der Ölpreis gegenwärtig übersteigert sei und in Zukunft deutlich zurückgehen müsse. Der aktuelle Preis für ein lagerfähiges Gut wie Rohöl hängt aber auch wesentlich von den erwarteten Knappheiten in der Zukunft ab. Würden die Marktteilnehmer ein Sinken der Ölpreise erwarten, würden Lager abgebaut, und der Preis geriete schon in der Gegenwart unter Druck. Die Lagerbestände waren tatsächlich zeitweise sehr niedrig, sind jedoch in letzter Zeit deutlich erhöht worden. Man rechnet also offenbar nicht mit einer baldigen Entspannung der Marktlage.

Darüber hinaus ist es angesichts der geringen Reservekapazitäten bei der Förderung rational, sich durch eine Erhöhung der Lagerbestände über das früher übliche Maß hinaus gegen künftige Preisfluktuationen abzusichern. Die Institute rechnen deshalb nicht mit einem baldigen Umschwung bei den Lagerdispositionen, der einen starken Rückgang der Ölpreise auslösen könnte. Diese Einschätzung wird durch die Preise auf den Terminmärkten gestützt.

Häufig wird argumentiert, dass Aktivitäten von Finanzinvestoren, also der Erwerb und Verkauf von Ölkontrakten ohne unmittelbares Interesse am Rohstoff selbst, für die hohen Ölpreise auf den Terminmärkten verantwortlich seien. Außerdem verstärke diese „Spekulation" die Volatilität des Ölpreises. Beide Behauptungen stehen aber auf schwachen Füßen: Richtig ist zwar, dass die Bedeutung von Finanzinvestoren im Rohstofftermin- und -optionsgeschäft in den letzten Jahren gestiegen ist. Dies hat aber die Liquidität im Markt erhöht und die Möglichkeiten für Unternehmen der Ölbranche verbessert, sich durch Verkauf von Ölansprüchen gegen Preisrisiken abzusichern. Solche Geschäfte führen in der Regel für beide Partner zu einem Rückgang ihres jeweiligen Vermögensrisikos, aber nicht zu nennenswert höheren Preisen. Allenfalls kann vermutet werden, dass die hohe Liquiditätsausstattung der Weltfinanzmärkte auch auf den Rohstoffmärkten, ähnlich wie bei anderen Vermögenswerten, z. B. Immobilien, die Preise getrieben hat.

Die Vorstellung, dass Finanzinvestoren die Volatilität der Ölpreise erhöht hätten, wird von empirischen Ergebnissen nicht gestützt, wie sie für den US-Terminmarkt für die Jahre 2003 und 2004 vorliegen.[2] Auch haben zumindest in den Tagen des steilsten Preisanstiegs bei Benzin unmittelbar nach dem Hurrikan „Katrina" Finanzinvestoren in den USA Benzin auf den Terminmärkten per saldo verkauft und bewirkten somit eine Preisglättung.[3] Zwar kann es auf Märkten für Vermögenswerte in seltenen Fällen zu längeren Phasen übersteigerter Preiserhöhungen kommen, die sich kaum aus der Einschätzung realer Knappheiten

1 IEA Oil Market Report. Paris, September 2005.
2 Vgl. Michael Haigh, Jana Hranaiova und James A. Overdahl: Price Dynamics, Price Discovery and Large Trader Interactions in the Energy Complex. U.S. Commodity Futures Trading Commission Working Paper. Washington, D.C. 2005.
3 Vgl. Testimony of James A. Overdahl, Chief Economist, U.S. Commodity Futures Trading Commission Before the Senate Committee on Energy and Natural Ressources, 6. September 2005, Internetseite der Commodity Futures Trading Commission der USA: *www.cftc.gov/files/opa/opaoverdahl0105.pdf*.

Weltölproduktion und -verbrauch

		Verbrauch	Produktion			Differenz	Verbrauch	Produktion
			Insgesamt	OPEC[1]	Nicht-OPEC		Änderung gegenüber dem Vorjahr	
		(1)	(2)	(3)	(4)	(2) – (1)	(5)	(6)
		Mill. Barrel pro Tag					%	
2004	I	82,1	82,3	32,2	50,1	0,2	3,8	3,9
	II	80,9	82,5	32,3	50,1	1,6	5,1	5,2
	III	81,7	83,3	33,4	49,9	1,6	4,1	4,9
	IV	83,8	84,2	33,9	50,3	0,4	2,0	3,1
2005	I	83,8	83,8	33,5	50,3	0,0	2,0	1,8
	II	81,9	84,4	34,0	50,4	2,5	1,2	2,3
	III	82,6	84,5	34,3	50,2	1,9	1,2	1,4
	IV	85,6	85,9	34,3	51,6	0,3	2,1	2,0
2006	I	85,4	86,1	34,3	51,8	0,7	1,9	2,7
	II	83,4	86,1	34,3	51,8	2,7	1,9	2,0
	III	84,9	86,3	34,6	51,7	1,4	2,7	2,1
	IV	87,3	86,8	34,8	52,0	–0,5	2,1	1,0
2002		77,7	76,9	28,8	48,1	–0,8	0,4	–0,4
2003		79,2	79,7	30,7	49,0	0,5	1,9	3,6
2004		82,1	83,1	33,0	50,1	1,0	3,7	4,3
2005		83,5	84,7	34,0	50,6	1,2	1,6	1,9
2006		85,3	86,3	34,5	51,8	1,1	2,1	2,0

1 Einschließlich Natural Gas Liquids (NGL).

Quellen: IEA; 2005 und 2006: Schätzungen des HWWA. **GD** Herbst 2005

oder Risiken durch die Marktteilnehmer herleiten lassen. Harte Indizien dafür, dass sich eine solche „Blasenbildung" auf den Rohölmärkten in letzter Zeit abgespielt hat, sind aber schwer zu finden.

Im Prognosezeitraum dürfte die fundamentale Lage auf den Ölmärkten gespannt bleiben (Tabelle). Der Weltölverbrauch wird wohl in ähnlichem Tempo wie zuletzt steigen, wobei sich die Zunahme wieder stark auf die asiatischen Länder und vor allem auf China konzentriert. Auf der Angebotsseite ist zwar mit einer Ausweitung der Förderkapazitäten zu rechnen, sie wird aber angesichts der seit vielen Jahren nur geringen Investitionen in die Erschließung zusätzlicher Förderanlagen nicht so stark sein, dass die Reservekapazitäten deutlich steigen. Dabei ist unterstellt, dass die Ölförderung des Irak, die zuletzt immer noch bei nur zwei Dritteln der Vorkriegsmenge von 3 Mill. Barrel pro Tag lag, auf absehbare Zeit kaum nennenswert gesteigert wird. Da sich die Risiken für deutliche Preisbewegungen nach oben wie nach unten etwa die Waage halten, erscheint es angemessen, der Prognose den gegenwärtigen Ölpreis von etwa 60 US-Dollar zugrunde zu legen.

auf reichlich 6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Auf der anderen Seite hat der Überschuss in China trotz höherer Importaufwendungen für Öl und andere Rohstoffe erheblich zugenommen. Vor allem aber weiteten sich die Leistungsbilanzüberschüsse der ölexportierenden Länder deutlich aus.

Der Preisanstieg verstärkte sich im Verlauf des Jahres zumeist merklich. Dies spiegelt jedoch vor allem den unmittelbaren Einfluss der Energiepreise wider. Zu spürbaren Zweitrundeneffekten kam es nicht, der Lohnanstieg beschleunigte sich allenfalls leicht. Die Preisentwicklung blieb in der Grundtendenz, gemessen an der Kernrate der Inflation, moderat; auch die Inflationserwartungen haben sich kaum erhöht.

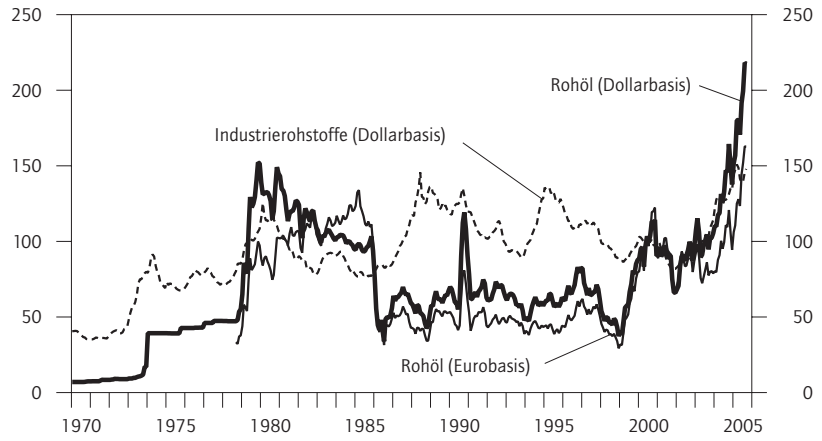
Weltkonjunktur trotzt starkem Ölpreisanstieg

Der Preis für Rohöl hat sich im Verlauf der letzten zwei Jahre etwa verdoppelt (Abbildung 1.1). Für die Sorte Nordsee-Brent werden derzeit rund 60 US-Dollar je Barrel gezahlt; diesen Preis legen die Institute auch ihrer Prognose zugrunde (Kasten 1.1). Der jüngste Preisanstieg hat damit eine Dimension wie in den Jahren 1973–74, 1978–80, 1989–90 und 1999–2000 erreicht. Mit diesen Ölschocks ging jeweils eine ausgeprägte Abschwächung der weltwirtschaftlichen Aktivität einher.

Allerdings ist fraglich, inwieweit der Anstieg des Ölpreises jeweils tatsächlich ausschlaggebend für die Rezession war. So ist der konjunkturelle Wendepunkt für die USA sowohl für 1973 als auch für

Abbildung 1.1

HWWA-Index für Rohöl und Industrierohstoffe
2000 = 100



Quelle: HWWA. **GD** Herbst 2005

Tabelle 1.1

Kaufkraftentzug durch Verteuerung von Öl und Gas in Phasen starker Ölpreisanstiege in den großen Industrieländern[1]
In % des Bruttoinlandsprodukts

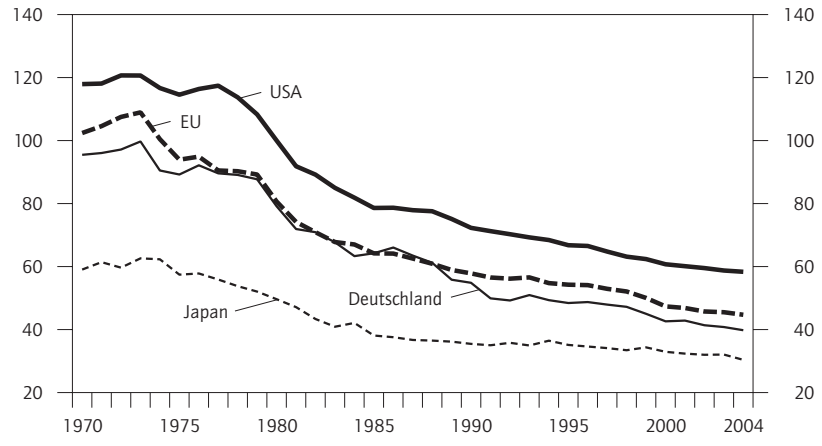
	1973 bis 1974	1979 bis 1980	1990	1999 bis 2000	2003 bis 2005
USA	1,5	1,5	0,2	0,8	1,5
Japan	4,4	2,7	0,4	0,8	1,7
EU 15	n. v.	n. v.	n. v.	0,7	1,3
Deutschland	2,5	2,5	0,5	0,8	1,6

1 Approximiert durch die Veränderung der Nettoimporte von Öl, Ölprodukten und Erdgas in % des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: OECD; Berechnungen der Institute. **GD** Herbst 2005

Abbildung 1.2

Ölintensität[1] der Produktion in großen Industrieländern
1970 bis 2004; USA 1980 = 100



1 Ölverbrauch in Barrel pro Tag je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Energy Information Agency; Berechnungen der Institute. **GD** Herbst 2005

1990 auf Zeitpunkte nicht nach, sondern vor Auftreten des jeweiligen Ölschocks zu datieren.[1]

Misst man die Belastung der Volkswirtschaft in den Industrieländern am ölpreisbedingten Kaufkraftverlust, der durch die Veränderung der sog. Ölrechnung approximiert werden kann, so zeigen sich für die Episoden 1990 und 1999 bis 2000 vergleichsweise geringe Effekte (Tabelle 1.1). Hingegen sind die zusätzlichen Ausgaben in den Jahren 2003 bis 2005 mit insgesamt reichlich 1,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erheblich, auch wenn die Belastung i. d. R. geringer ist als während der Ölpreisanstiege in den 70er Jahren, da die Ölintensität der Produktion deutlich zurückgegangen ist (Abbildung 1.2).[2]

Simulationen mit makroökonometrischen Weltmodellen deuten ebenfalls darauf hin, dass die dämpfenden Wirkungen eines solchen starken Ölpreisanstiegs, wie er in der jüngsten Zeit verzeichnet wurde, beträchtlich sind. Danach führt eine Erhöhung des Ölpreises um 30 US-Dollar zu einer Dämpfung des Produktionsanstiegs in den Industrieländern in einer Größenordnung von etwa einem Prozentpunkt innerhalb von zwei Jahren.[3]

Trotzdem sind die Prognosen – nicht nur der Institute – für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts seit dem Frühjahr 2005, als noch von wesentlich niedrigeren Ölpreisen ausgegangen wurde,[4] kaum reduziert worden. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Der Anstieg der Ölpreise ist gegenwärtig vor allem nachfragegetrieben, im Unterschied zu den früheren Ölpreisschocks, die maßgeblich auf Angebotsverknappungen zurückzuführen waren.[5] Dementsprechend erhöhten sich die Preise nicht ganz so rasch wie bei den früheren Ölschocks, so dass sich die Anpassungslasten über einen längeren Zeitraum verteilten. Zu dem starken Anstieg der Ölnachfrage trug neben der anhaltend kräftigen Konjunktur in den USA insbesondere die Wachstumsdynamik in China und anderen Schwellenländern bei. Gleichzeitig wurden die Exporte der übrigen Länder in die Wachstumszentren angeregt, so dass der Preis-

1 Vgl. R. Barsky und L. Kilian: Oil and the Macroeconomy since the 1970s. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 18, No. 4, 2004, S. 115–134.
2 Eine Ausnahme sind die USA, wo sich der Anteil der Ölimporte am Ölverbrauch in der Zwischenzeit deutlich erhöht hat.
3 Vgl. hierzu die Ausführungen im Exkurs (S. 617 ff.).
4 Die Institute legten ihrer Prognose im Frühjahr einen Ölpreis von 50 US-Dollar im Durchschnitt dieses Jahres und 48 US-Dollar im nächsten Jahr zugrunde.
5 Zu nennen sind das Ölembargo der OPEC 1973–74, Produktionseinschränkungen im Zuge der islamischen Revolution im Iran 1979 und des Krieges zwischen Irak und Iran 1980 sowie die Invasion Kuwaits durch den Irak 1990.

Tabelle 1.2

Ausfuhr der großen Industrieländer in die ölexportierenden Länder

	In Mrd. US-Dollar						In % des BIP	
	2003	2004					2003	2004
		Insgesamt	OPEC	Russland	Mexiko	Norwegen		
USA	120,7	139,6	24,3	3,0	110,8	1,6	1,1	1,2
Japan	26,3	33,2	23,8	3,1	5,2	1,1	0,6	0,7
Euroraum	130,6	159,8	82,2	44,3	15,7	17,5	1,6	1,7
Deutschland	42,1	53,9	22,8	18,6	6,1	6,4	1,7	2,0

Quellen: OECD; Berechnungen der Institute. **GD** Herbst 2005

anstieg beim Öl vergleichsweise gut verkraftet werden konnte.

- Die Ölexportländer verwenden ihre zusätzlichen Einnahmen zum einen für Importe und stützen so die Nachfrage in den Ölimportländern, zum anderen für Anlagen am Weltkapitalmarkt, was die langfristigen Zinsen tendenziell senkt. Diese anregenden Wirkungen stehen dem ölpreisbedingten Kaufkraftentzug in den Industrieländern entgegen. Ihre Bedeutung hat sich im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren offenbar erhöht, denn die Weltwirtschaft ist inzwischen erheblich stärker verflochten, was sowohl den Warenhandel als auch die Kapitalmärkte angeht.[6] Von daher dürften die dämpfenden Wirkungen des Ölpreisanstiegs auf die Konjunktur der Importländer derzeit etwas geringer sein als in den 70er und 80er Jahren. Durch den Importsog aus den Ölexportländern sind die europäischen Länder – und hier insbesondere Deutschland – relativ stark begünstigt, da sie vergleichsweise intensive Handelsbeziehungen zu den Ölexportländern unterhalten (Tabelle 1.2).

- Ein wichtiger Unterschied zu früheren Ölpreisanstiegen liegt darin, dass die Notenbanken in den 70er Jahren und auch im Jahre 1990 bereits vor dem Anstieg der Ölpreise auf einen restriktiven Kurs gegangen waren, um einer konjunkturellen Überhitzung und einem deutlich beschleunigten Preisauftrieb zu begegnen. Auch im Jahre 2000 war die Geldpolitik in den Industrieländern spürbar gestrafft worden, um einer Beschleunigung der Inflation entgegenzuwirken. Im Gegensatz dazu wird die Konjunktur in den Industrieländern gegenwärtig weiterhin durch ausgesprochen günstige monetäre Rahmenbedingungen gestützt. Im Euroraum und in Japan liegt der kurzfristige Realzins – berechnet unter Verwendung der Kernrate der Inflation – weiterhin in der Nähe von null, in den USA ist er trotz der Anhebung der Leitzinsen immer noch niedrig.

- Die Reaktion von Löhnen, Preisen und damit schließlich auch der Geldpolitik auf die Ölpreisschocks unterscheidet sich heute gravierend von der in den 70er und 80er Jahren. Damals versuchten die Gewerkschaften, den ölpreisbedingten Kaufkraftverlust durch Lohnsteigerungen zu kompensieren, und setzten damit eine Lohn-Preis-Spirale in Gang. Daraufhin wurde die ohnehin schon restriktive Geldpolitik zusätzlich verschärft. Im Gegensatz dazu ist der Lohnauftrieb derzeit nach wie vor ausgesprochen moderat, weshalb der Inflationsdruck in den Industrieländern trotz einer langen Phase sehr expansiver Geldpolitik und ungünstiger Einflüsse von Seiten der Rohstoffpreise nach wie vor gering ist. Auch die Inflationserwartungen haben sich bis zuletzt kaum erhöht. Sie sind offenbar nachhaltig reduziert worden, nachdem die Notenbanken in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrfach ihre Entschlossenheit demonstriert hatten, im Fall einer nachhaltigen Verstärkung des Preisauftriebs rasch und durchgreifend zu reagieren. Gedämpft werden die Inflationserwartungen wohl auch durch die Integration neuer Wirtschaftsräume in die Weltwirtschaft, nicht zuletzt Chinas. Sie hat zu einer Zunahme der Wettbewerbsintensität an den Gütermärkten geführt und die Preiserhöhungsspielräume für einen Großteil der handelbaren Güter erheblich eingeschränkt. An den Arbeitsmärkten trug dies zu sehr moderaten Lohnabschlüssen bei.

- Die dämpfenden Wirkungen des Ölpreisanstiegs sind auch deshalb weniger sichtbar, weil die langfristigen Zinsen nach wie vor sehr niedrig sind und die wirtschaftliche Aktivität anregen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die immer noch reichliche Liquiditätsversorgung.[7] Zins-

6 Vgl. hierzu R. Barrell und O. Pomerantz: Oil Prices and the World Economy. NIESR (National Institute of Economic and Social Research) Discussion Paper 242. London 2004; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2005; Europäische Zentralbank, Monatsbericht Juli 2005.
7 Für eine Diskussion der Entwicklung bei den langfristigen Zinsen vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. Kiel 2005, S. 8.

senkend wirkte darüber hinaus der Rückfluss von Mitteln aus Ländern mit steigenden Leistungsbilanzüberschüssen, vor allem aus China, aber in zunehmendem Maße auch aus den Ölexportländern. Probleme beim sog. Recycling der Öleinnahmen über die Kapitalmärkte, wie sie nach den ersten beiden Ölpreisschocks beobachtet wurden, sind derzeit offenbar kaum vorhanden.

- Die Weltkonjunktur wurde in der jüngsten Zeit schließlich auch dadurch gestützt, dass sich die Preise für Vermögenswerte kräftig erhöhten – eine Wirkung der starken Ausweitung der weltweiten Liquidität, die mit den extrem niedrigen Zinsen in den vergangenen Jahren verbunden war. Während die Inflation bei den Güterpreisen gering blieb, stiegen zum einen die Preise für Anleihen weltweit kräftig. In einer Reihe von Ländern, nicht zuletzt in den USA, erhöhten sich zum anderen die Immobilienpreise stark. Günstige Finanzierungsbedingungen und die positiven Wirkungen des Anstiegs der Vermögenswerte auf die Konsumneigung stützten die Konjunktur in den Industrieländern in den vergangenen Jahren erheblich. Besonders spürbar war dies in den USA und bis vor kurzem in Großbritannien,[8] aber auch in einigen Ländern des Euroraums.

Vorsichtige Straffung der Geldpolitik

Die Beschleunigung des Preisanstiegs auf der Verbraucherebene, die in der jüngsten Zeit zu beobachten war, beschränkte sich bisher weitgehend auf die Energiekomponente. Solange erwartet werden kann, dass dies so bleibt, dürften die Notenbanken darauf verzichten, ihre Zinsen in Reaktion auf den Ölpreisanstieg anzuheben. Entscheidend für die Geldpolitik ist es, ein Anziehen der Inflationserwartungen zu vermeiden. Haben sie sich erst einmal erhöht, ist die Korrektur ein langwieriger Prozess, der mit hohen Kosten in Form von Verlusten an Einkommen und Beschäftigung verbunden ist.

Auch eine Inflation bei den Vermögenswerten birgt Gefahren. Zum einen kann sie schließlich doch auf die Gütermärkte übergreifen, wenn die Konjunktur durch die positiven Vermögenseffekte zu stark stimuliert wird. Zum anderen kann sich der Anstieg der Vermögenspreise früher oder später als Blase erweisen, deren Platzen ebenfalls erhebliche gesamtwirtschaftliche Kosten nach sich zieht.[9]

Bleibt die Geldpolitik zu lange expansiv ausgerichtet, kann dies also beträchtliche negative Wirkungen haben, weil ein Verlust des Ankers stabiler Inflationserwartungen droht. Um dies zu verhindern, dürften die Zentralbanken nach und nach den expansiven Kurs zurücknehmen.

In den USA ist die Fed bereits ein ganzes Stück auf dem Weg zu einem neutralen Zinsniveau vorangekommen. Angesichts des annähernd normal ausgelasteten Produktionspotentials – zuletzt auch leicht gestiegener Inflationserwartungen – wird die Notenbank den Leitzins weiter in kleinen Schritten anheben und im Laufe des nächsten Jahres auf einen annähernd neutralen Kurs einschwenken. Die EZB dürfte im Verlauf des Jahres 2006 beginnen, die Zinsen anzuheben. Die Geldpolitik wird aber auch dann noch expansiv ausgerichtet sein. In Japan wird die Zentralbank an der Nullzinspolitik zunächst noch festhalten. Mit der gefestigten Konjunktur und dem sich abzeichnenden Auslaufen der Deflation wird sie die Märkte aber auf eine Straffung der Geldpolitik vorbereiten.

Die Institute erwarten, dass auch die langfristigen Zinsen weltweit steigen. So werden die monetären Rahmenbedingungen die Konjunktur allmählich weniger anregen.

Finanzpolitik im nächsten Jahr neutral

Nachdem in den vergangenen Jahren die Staatsverschuldung in den Industrieländern stark gestiegen ist, waren die Regierungen in diesem Jahr im Allgemeinen um eine Rückführung der Defizite bemüht. In den USA dürfte der Konsolidierungskurs jedoch durch zusätzliche Ausgaben für den Wiederaufbau nach den Wirbelstürmen unterbrochen werden. In den meisten übrigen Industrieländern wird die Finanzpolitik im Jahre 2006 eher restriktiv ausgerichtet sein. So wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Japan angesichts der verbesserten Konjunktur leicht verstärkt; das Budgetdefizit bleibt aber beträchtlich.

Im Euroraum ist der Konsolidierungszwang gerade in den großen Mitgliedsländern sehr hoch, überschreiten die Defizitquoten doch die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene Obergrenze bereits seit einigen Jahren; das strukturelle Defizit wird aber auch hier wohl nur leicht verringert. Alles in allem wirkt die Finanzpolitik in den Industrieländern im kommenden Jahr in etwa neutral.

8 Der Preisanstieg bei Wohnimmobilien ist in Großbritannien bereits im Verlauf des vergangenen Jahres zum Stillstand gekommen, nachdem die Bank von England auf einen neutralen Kurs umgeschaltet hatte. Dies hat zu der deutlichen konjunkturellen Abkühlung beigetragen.
9 Beispiele sind die Entwicklung in Japan in den 90er Jahren und die Folgen des Immobilienbooms in Ostdeutschland.

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Industrieländer										
EU 25	35,2	2,4	1,6	2,1	2,0	2,2	2,1	9,2	9,0	8,7
Schweiz	1,0	2,1	1,5	2,0	0,8	1,2	0,6	4,4	4,0	3,8
Norwegen	0,7	2,9	2,8	3,0	0,4	1,9	2,1	4,4	4,3	4,1
West- und Mitteleuropa	36,9	2,4	1,6	2,1	1,9	2,0	1,9	8,9	8,7	8,4
USA	32,1	4,2	3,6	3,3	2,7	3,5	3,3	5,5	5,1	4,8
Japan	12,8	2,6	2,3	2,5	0,0	–0,1	0,2	4,7	4,4	4,2
Kanada	2,7	2,9	2,9	2,8	1,8	2,3	2,3	7,2	6,8	6,7
Industrieländer insg.	**84,5**	**3,1**	**2,5**	**2,6**	**1,9**	**2,3**	**2,2**	**7,1**	**6,8**	**6,5**
Schwellenländer										
Russland	1,6	7,2	6,0	5,5	11,0	13,0	12,0	8,3	8,0	8,0
Ostasien[1]	4,7	5,5	4,0	4,5	.	.	.	.	.	.
China	4,5	9,5	9,2	8,5	.	.	.	.	.	.
Lateinamerika[2]	4,7	5,9	4,0	3,5	.	.	.	.	.	.
Schwellenländer insg.	**15,5**	**7,0**	**5,7**	**5,5**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**
Insgesamt[3]	**100,0**	**3,7**	**3,0**	**3,1**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**	**.**
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet[4]	100,0	3,1	2,3	2,6	.	.	.	.	.	.
Welthandel, real	–	8,0	6,5	7,0	–	–	–	–	–	–

1 Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.
2 Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.
3 Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.
4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Ausblick: Weiter zügige Expansion

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und unter der Annahme weitgehend konstanter Ölpreise und Wechselkurse dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion im Prognosezeitraum in etwas geringerem Tempo als in der ersten Hälfte dieses Jahres fortsetzen. In den ölimportierenden Industrie- und Schwellenländern wird der Ölpreis noch einige Zeit dämpfend wirken. Die weltwirtschaftliche Dynamik bleibt aber hoch, da auch die anregenden Faktoren vorerst wirksam bleiben.

In den USA wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage allmählich langsamer expandieren. Vor allem der private Konsum wird sich abflachen, schon weil mit zinsbedingt nachlassendem Anstieg der Immobilienpreise die Sparneigung eher wieder zunimmt. In Japan, wo die Anpassungsprozesse im Unternehmens- und Bankensektor Früchte tragen, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Im Euroraum wird sich die Konjunktur leicht beleben, da sich die Binnennachfrage etwas erholen wird; insbesondere die Investitionen werden angesichts der Fortschritte bei der Restrukturierung im Unternehmenssektor deutlicher steigen. Insgesamt dürfte die Konjunktur aber verhalten bleiben.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in der Welt wird 2006 mit einer Rate von reichlich 3 % ähnlich stark zunehmen wie in diesem Jahr (Tabelle 1.3).[10] Dabei verringern sich die regionalen Unterschiede im Expansionstempo leicht; die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden bleiben aber groß. Die Institute erwarten, dass sich der Preisauftrieb im Laufe des nächsten Jahres wieder abflacht, sofern der Ölpreis nicht weiter steigt. Maßgeblich hierfür ist, dass der Lohnanstieg wohl angesichts der noch bestehenden Unterauslastung der gesamtwirt-

10 Diese Rate bezieht sich auf den in Tabelle 1.3 enthaltenen Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2004 in US-Dollar gewichtet wurden. Sie ist nicht voll vergleichbar mit anderen Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, beispielsweise beim Internationalen Währungsfonds, die Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde legen und auch die übrige Welt beinhalten.

schaftlichen Kapazitäten in den Industrieländern moderat bleibt.

Risiken

Diese Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist mit Risiken nach beiden Seiten behaftet, und dies nicht nur, weil die Entwicklung der Ölpreise unsicher ist. Günstiger könnte die Konjunktur verlaufen, wenn die langfristigen Zinsen in den USA trotz der geldpolitischen Straffung so ungewöhnlich niedrig bleiben wie derzeit. Der Preisanstieg für Wohnimmobilien dürfte sich dann wohl weniger stark abflachen als hier unterstellt, und der private Konsum würde weiter angeregt – allerdings um den Preis, dass die Gefahr eines Rückschlags in späteren Jahren zunimmt.

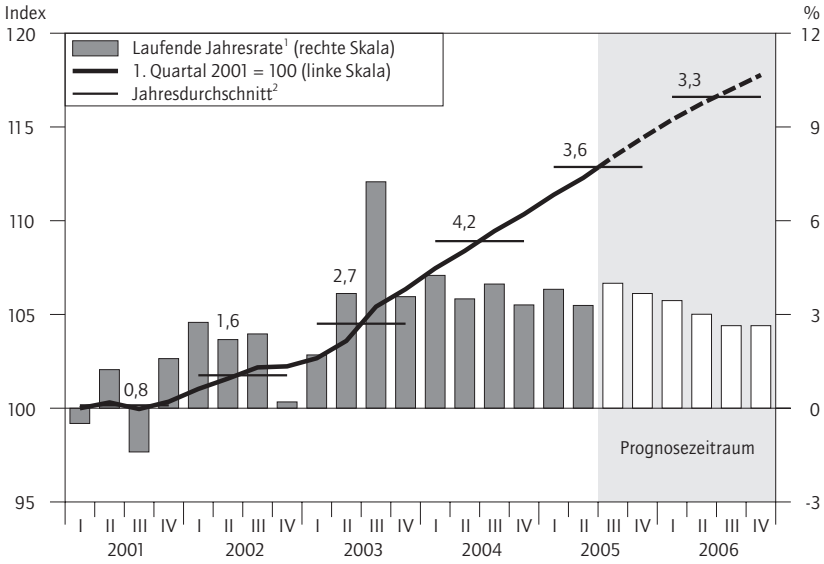
Größer ist das Risiko, dass die Konjunktur schwächer verläuft als hier prognostiziert. So könnte sich die in den vergangenen Monaten infolge des höheren Ölpreises beschleunigte Teuerung doch noch in einem stärkeren Lohnauftrieb niederschlagen. Dies würde die Geldpolitik veranlassen, die Zügel stärker zu straffen als angenommen.

Risiken ergeben sich nach wie vor aus den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Das hohe, in diesem Jahr weiter gewachsene Leistungsbilanzdefizit der USA könnte immer schwieriger zu finanzieren sein, da die Forderungen gegen die US-Wirtschaft bereits einen sehr hohen Anteil am Portfolio ausländischer Investoren ausmachen. Eine verringerte Neigung, Kapital in den USA anzulegen, könnte dort zu einem merklichen Zinsanstieg führen, der den privaten Konsum und die Investitionen belasten würde.

Auch eine deutliche Abwertung des US-Dollar ist in diesem Zusammenhang nicht auszuschließen. Dadurch bedingt teurere Importe könnten rasch zu einer höheren Inflationsrate führen, was die Fed veranlassen dürfte, die Leitzinsen rascher zu erhöhen. Mit einer deutlichen Abkühlung in den USA aber verlöre die Weltwirtschaft den wichtigsten Wachstumsmotor. Zudem würden höhere US-Zinsen wohl auf einen Zinsanstieg in anderen Ländern, nicht zuletzt in Schwellenländern, hinwirken, so dass auch dort die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gedämpft würde.

Abbildung 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

USA: Konjunktur schwächt sich allmählich ab

Die konjunkturelle Dynamik in den USA hat sich als äußerst robust erwiesen. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im bisherigen Verlauf des Jahres 2005 mit einer Jahresrate von rund 3,5 % unverändert kräftig gestiegen (Abbildung 1.3). Die Zunahme des privaten Konsums verlangsamte sich nur leicht. Zwar führte die Energieverteuerung bei den privaten Haushalten zu einem kräftigen Kaufkraftentzug; dieser wurde jedoch durch einen weiteren Rückgang der Sparquote – nicht zuletzt auch aufgrund der gestiegenen Immobilienpreise – zu einem großen Teil ausgeglichen.

Die Wohnungsbauinvestitionen expandierten abermals kräftig, und die Ausgaben für Ausrüstungen und Software, die in den ersten Monaten des Jahres noch unter dem Wegfall von Sonderabschreibungsmöglichkeiten zum Ende des vergangenen Jahres gelitten hatten, wurden seither wieder zügig ausgeweitet.

Während die Exporte beschleunigt stiegen, nahmen die Importe zuletzt deutlich verlangsamt zu, so dass sich der Importüberschuss zum ersten Mal seit knapp zwei Jahren nicht mehr erhöhte. Die Wirbelstürme scheinen die konjunkturelle Dynamik kaum beeinträchtigt zu haben (Kasten 1.2).

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter deutlich verbessert. Die Arbeitslosenquote ging jedoch trotz des kräftigen Beschäftigungsanstiegs im Jahresverlauf nur leicht zurück, da gleichzeitig die Zahl der Arbeitssuchenden zugenommen hat.

Kasten 1.2

Makroökonomische Auswirkungen der Wirbelstürme

Die Golfregion der USA wurde Ende August und Ende September 2005 von den Wirbelstürmen Katrina und Rita getroffen. Nach offiziellen Schätzungen dürften die Schäden mit etwa 140 Mrd. US-Dollar ein Vielfaches der Kosten früherer Hurrikans betragen. Die Folgen für die Gesamtwirtschaft sind diesmal auch deshalb besonders gravierend, weil die betroffene Region eine hohe Bedeutung für die nationale Energieversorgung hat. Infolge des zeitweisen Ausfalls von rund einem Viertel der US-Rohölproduktion und eines erheblichen Teils der Raffineriekapazitäten kam es weltweit vorübergehend zu einem drastischen Anstieg der Energie- und Benzinpreise.

Mit der Zerstörung von Produktionsanlagen war auch ein erheblicher Verlust von Arbeitsplätzen in der Region und damit an Einkommen verbunden. Zwar sind die ersten Angaben über Jobverluste deutlich geringer ausgefallen als befürchtet; die nationale Arbeitslosenquote ist in der Folge von 4,9 % auf 5,1 %, gestiegen. Allerdings sind sicherlich bei weitem noch nicht alle Arbeitsplatzverluste erfasst. Im Zuge der Schadensbeseitigung und des Wiederaufbaus wird es aber wieder zu einer Ausweitung der Arbeitsnachfrage kommen.

Beträchtliche Auswirkungen haben die Wirbelstürme auf die öffentlichen Haushalte. Zum einen kommt es zu Einnahmeausfällen. Vor allem aber werden erhebliche staatliche Mittel aufgewendet werden, um die Infrastruktur wieder aufzubauen und die nicht versicherten Schäden zu kompensieren. Der amerikanische Kongress hat bereits 62,3 Mrd. US-Dollar im Zusammenhang mit der Beseitigung der Hurrikanschäden bewilligt; die zur Abdeckung der Gesamtkosten des Staates erforderliche Summe wird aber wohl erheblich höher liegen. Die Mittel werden allerdings über mehrere Jahre verteilt abgerufen werden. Auch soll ein Teil durch Umschichtungen im Haushalt aufgebracht werden. Insgesamt ist für das Fiskaljahr 2006 mit einer durch die Hurrikans bedingten Ausweitung des Budgetdefizits um rund 100 Mrd. US-Dollar zu rechnen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den USA dürfte in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im kommenden Jahr durch die Folgen der Hurrikans beeinflusst werden: Kurzfristig schlagen zum einen der Produktionsausfall, zum anderen die gestiegenen Energie- und Treibstoffpreise negativ zu Buche. Diese dämpfen insbesondere den privaten Konsum deutlich. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation im Energiesektor bis Ende des Jahres normalisiert und die Energiepreise dann wieder deutlich niedriger sind.

Zudem gibt es im Zuge des Wiederaufbaus zunehmend expansive Wirkungen. Ein Teil der zusätzlichen Nachfrage wird dabei zunächst über den Abbau von Lagerbeständen sowie über Importe bedient werden und damit nicht in vollem Umfang die inländische Produktion anregen. Per saldo werden die Wirbelstürme Katrina und Rita im zweiten Halbjahr 2005 den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um rund 0,3 Prozentpunkte dämpfen.[1] Im nächsten Jahr dürften aber die nachfragesteigernden Effekte überwiegen. Sie werden allerdings nicht so stark sein, dass sie die konjunkturelle Verlangsamung von gesamtwirtschaftlicher Produktion und Nachfrage überdecken werden.

1 Vgl. Congressional Budget Office: Testimony before the Committee on the Budget. Washington, D.C., 6. Oktober 2005.

Die Inflation verstärkte sich vor allem aufgrund gestiegener Ölpreise bis zuletzt merklich; die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe betrug im August 3,6 %. Die Kerninflation[11] ist hingegen annähernd konstant geblieben; sie liegt seit Jahresbeginn bei reichlich 2 %. Zuletzt zeichnete sich aber eine Erhöhung der Inflationserwartungen ab.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der robusten Konjunktur hat die Zentralbank trotz der Unsicherheit über die konjunkturellen Auswirkungen der Wirbelstürme die Zinsen weiter angehoben. Im September wurde der Zielwert für die Federal Funds Rate erneut um 25 Basispunkte auf 3,75 % erhöht; damit beträgt der Anstieg seit Juni vergangenen Jahres insgesamt 275 Basispunkte. Der kurzfristige Realzins – berechnet auf Basis der Kerninflationsrate – hat sich so weiter erhöht. Außerdem wertete der US-Dollar seit Jahresbeginn wieder leicht auf.

11 Die Kerninflationsrate wird an der Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex (CPI) ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gemessen.

Gleichwohl wirkten die monetären Rahmenbedingungen noch immer anregend auf die Konjunktur. Vor allem sind die Finanzierungsbedingungen am Kapitalmarkt nach wie vor günstig, da die langfristigen Zinsen bislang kaum auf den Anstieg der kurzfristigen Zinsen reagiert haben.

Die Institute erwarten, dass die US-Notenbank die Leitzinsen bis Mitte kommenden Jahres weiter in kleinen Schritten auf 4,75 % anheben wird. Angesichts der kräftigen Konjunktur und höherer Inflationserwartungen dürften auch die langfristigen Zinsen spürbar – auf gut 5 % – anziehen. Die monetären Rahmenbedingungen werden dann annähernd neutral sein.

Die Finanzpolitik war im Fiskaljahr 2005, das am 30. September endete, leicht restriktiv ausgerichtet. Der unerwartet deutliche Rückgang des bundesstaatlichen Budgetdefizits – auf 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts, nach rund 3,6 % im Vorjahr – ist auf eine starke Zunahme der Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer zurückzuführen; ohne die durch die Wirbelstürme bedingten Ausgaben im September wäre er noch stärker ausgefallen. Für das Fiskaljahr 2006 hatte die Regierung die Fortsetzung des restriktiven Kurses angekündigt. Allerdings ist zu bezweifeln, dass die Ausgaben wie vorgesehen gekürzt werden. Der Verteidigungshaushalt dürfte sogar noch aufgestockt werden, da die Ausgaben für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan bislang nicht in den Planungen enthalten sind. Nicht zuletzt werden umfangreiche zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Folgen der Hurrikans zu beseitigen. Das Defizit dürfte alles in allem im laufenden Fiskaljahr auf rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts steigen.

Tabelle 1.4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2003	2004	2005	2006
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,7	4,2	3,6	3,3
Privater Konsum	2,9	3,7	3,5	3,0
Staatskonsum und -investitionen	2,8	2,2	2,5	2,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	3,9	11,9	5,6	6,9
Inländische Verwendung	3,0	4,8	3,7	3,4
Exporte	1,8	8,4	8,2	7,1
Importe	4,6	10,7	6,8	6,6
Außenbeitrag[1]	–0,5	–0,8	–0,2	–0,3
Verbraucherpreise	2,3	2,7	3,5	3,3
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–3,7	–3,5	–2,5	–2,8
Leistungsbilanzsaldo	–4,7	–5,7	–6,3	–6,3
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	6,0	5,5	5,1	4,8

1 Wachstumsbeitrag. **2** Gesamtstaatlich.

Quellen: U.S. Department of Commerce; Bureau of Economic Analysis; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Vor dem Hintergrund der weniger günstigen monetären Rahmenbedingungen und der deutlich gestiegenen Ölpreise wird die Konjunktur in den USA im Laufe des Prognosezeitraums an Fahrt verlieren. Vor allem der private Konsum wird verlangsamt expandieren. Maßgeblich hierfür ist, dass die Sparquote allmählich zunehmen dürfte, da sich mit steigenden Zinsen die Konsumentenkredite verteuern werden und sich der Immobilienpreisanstieg abschwächen wird.

Hinzu kommt, dass sich die verfügbaren Einkommen real aufgrund der steigenden Preise nur moderat erhöhen werden. Die Investitionstätigkeit wird durch die anziehenden langfristigen Zinsen und leicht getrübte Absatz- und Ertragsaussichten gedämpft. Andererseits werden die Exporte durch eine günstigere preisliche Wettbewerbsposition gestützt, während die Importe aufgrund der schwächeren Gesamtnachfrage nicht mehr so deutlich ausgeweitet werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird in diesem und im nächsten Jahr unverändert hoch bleiben. Dabei ist in den kommenden Monaten mit Zahlungen von ausländischen Versicherungen im Zuge der Wirbelstürme zu rechnen, die die Entwicklung der Leistungsbilanz verzerren werden.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2006 mit einem Anstieg von 3,3 % (nach 3,6 % im laufenden Jahr) in etwa mit der Potentialrate zunehmen (Tabelle 1.4). Die Arbeitslosenquote dürfte bei weiter steigender Beschäftigung nur etwas sinken. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt des Jahres 2006 bei 3,3 % etwa so hoch wie in diesem Jahr liegen; zwar wird die Wirkung des starken Anstiegs der Energiepreise allmählich an Bedeutung verlieren, die Kerninflation dürfte aber leicht anziehen.

Japan wieder im Aufwind

In Japan expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt nach einer vorübergehenden Verlangsamung im Verlauf des vergangenen Jahres im ersten Halbjahr 2005 erneut kräftig (Abbildung 1.4). Dazu beigetragen hat auch eine rascher gestiegene Auslandsnachfrage. Vor allem aber nahm die Binnennachfrage stark zu. Der private Konsum wurde im Zuge steigender Realeinkommen deutlich ausgeweitet. Die Unternehmensinvestitionen nahmen angesichts kräftig erhöhter Gewinne mit zweistelligen Raten zu, zumal die Konsolidierung der Unternehmensbilanzen offenbar weit vorangekommen ist. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dabei wei-

ter verbessert. Im August lag die Arbeitslosenquote bei 4,3 % und damit einen halben Prozentpunkt unter ihrem Vorjahreswert.

Die deflationären Tendenzen scheinen langsam auszulaufen; der zuletzt verzeichnete Rückgang des Konsumentenpreisindex ist überwiegend auf gesunkene Preise für Reis zurückzuführen. Auf der Produzentenebene steigen die Preise schon seit Anfang 2004. Zudem haben sich die Aktienkurse von ihrem Tiefstand im Jahre 2003 deutlich erholt; in jüngster Zeit ziehen auch die Immobilienpreise wieder an. Dies hat dazu beigetragen, dass sich die Lage des Finanzsektors nachhaltig verbessert hat. So steigt auch das Kreditvolumen, das jahrelang rückläufig war, inzwischen wieder. Bei im Verlauf des nächsten Jahres wieder leicht steigendem Preisniveau wird die expansive Wirkung der Geldpolitik zunehmen.

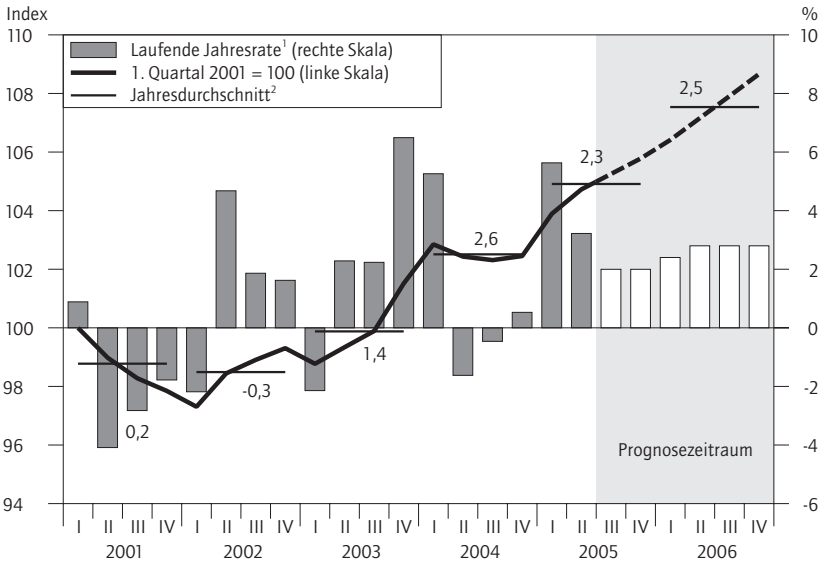
Vor diesem Hintergrund dürfte die Notenbank die ungewöhnlich großzügige Liquiditätsausstattung der Geschäftsbanken allmählich verringern. An der Nullzinspolitik wird sie aber wohl vorerst noch festhalten. Die Finanzpolitik wirkt dagegen zunehmend dämpfend, da zu erwarten ist, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verstärkt wird. Zum einen werden Ausgaben, insbesondere für öffentliche Investitionen, eingeschränkt. Zum anderen deutet sich an, dass die im Jahre 1999 zur Anregung der Konjunktur eingeführte Senkung der Einkommensteuersätze im kommenden Jahr zumindest teilweise zurückgenommen wird.

Alles in allem ist zu erwarten, dass sich die wirtschaftliche Expansion in Japan in diesem und im nächsten Jahr zügig fortsetzt. Getragen wird sie weiterhin von der Binnennachfrage; der private Konsum expandiert bei anhaltender Verbesserung der Arbeitsmarktlage und unvermindert zunehmenden Einkommen weiter deutlich, und die Investitionen steigen angesichts der Verbesserung der Absatz- und Ertragserwartungen kräftig.

Dagegen werden sich die Exporte wohl aufgrund des etwas verlangsamten Nachfrageanstiegs im Ausland in leicht abgeschwächtem Tempo erhöhen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr um annähernd 2,5 % ausgeweitet werden (Tabelle 1.5).

Abbildung 1.4

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Cabinet Office; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Tabelle 1.5

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2003	2004	2005	2006
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,6	2,3	2,5
Privater Konsum	0,2	1,5	1,8	1,9
Staatskonsum und -investitionen	–1,9	–0,6	–0,7	–0,6
Private Bruttoanlageinvestitionen	1,1	1,5	3,3	3,4
Inländische Verwendung	0,8	1,8	2,0	2,1
Exporte	9,1	14,5	6,2	8,1
Importe	3,8	8,9	6,2	5,3
Außenbeitrag[1]	0,6	0,8	0,2	0,5
Verbraucherpreise	–0,2	0,0	–0,1	0,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–7,4	–6,2	–6,1	–5,5
Leistungsbilanzsaldo	3,2	3,7	3,5	3,3
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,3	4,7	4,4	4,2

1 Wachstumsbeitrag.

2 Gesamtstaatlich.

Quellen: Cabinet Office; OECD; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Etwas nachlassende Dynamik in den Schwellenländern

Ostasien: Kräftiger Produktionsanstieg in China

China ist auch im Jahre 2005 das Wachstumszentrum des ostasiatischen Wirtschaftsraums geblieben; in den meisten anderen Ländern der Region war die konjunkturelle Dynamik dagegen eher mäßig. In den kleineren Volkswirtschaften machte sich seit Herbst letzten Jahres die geringere Dynamik der Nachfrage nach Gütern der IT-Branche bemerkbar, die für Ostasien besonders wichtig sind. Seit dem Sommer hat sich der Handel mit diesen Gütern

wieder kräftiger entwickelt; nun erweist sich aber der neuerliche Ölpreisanstieg als Belastung, zumal die Energieintensität in den ostasiatischen Schwellenländern recht hoch ist. Vielerorts sind auch die öffentlichen Budgets stark betroffen, nämlich dort, wo – wie in Indonesien und Malaysia – Erdölprodukte erheblich subventioniert werden.

In China expandierte die Produktion trotz des Energiepreisanstiegs anhaltend kräftig. Allerdings hat es auf der Nachfrageseite beträchtlicheVerschiebungen gegeben: Während die realen Exporte im ersten Halbjahr unvermindert deutlich ausgeweitet wurden, hat sich der Zuwachs der Importe, etwa von Erdöl und Investitionsgütern, stark verlangsamt. Bei Letzteren hinterlassen die Maßnahmen zur Dämpfung der im vergangenen Jahr überhitzten Investitionskonjunktur ihre Spuren. Der Wirtschaftspolitik gelang es auch, die Expansion des Kreditvolumens und der Geldmenge (in enger Abgrenzung) zu dämpfen. In der Folge stabilisierten sich die Verbraucherpreise. Dazu haben allerdings gute Ernten wesentlich beigetragen; Lebensmittel haben im Warenkorb der chinesischen Konsumenten noch ein erhebliches Gewicht.

Die Dämpfungsmaßnahmen haben die chinesische Wirtschaft vor Überhitzung bewahrt, aber das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht verschärft: Der Leistungsbilanzüberschuss liegt gegenwärtig bei 6 % des Bruttoinlandsprodukts. Zudem halten die Kapitalzuflüsse in Form von ausländischen Direktinvestitionen und spekulativen Geldern an. Um den Wechselkurs zum US-Dollar stabil zu halten, musste die Zentralbank im ersten Halbjahr 2005 ihre Währungsreserven nochmals um 100 Mrd. US-Dollar aufstocken; das entspricht etwa 10 % des chinesischen Bruttoinlandsprodukts in diesem Zeitraum. Zugleich haben umfangreiche Sterilisierungsmaßnahmen ein Anschwellen der Geldbasis verhindert und die mit einer solchen Entwicklung einhergehenden Inflationsgefahren zunächst einmal gebannt.

Die Aufgabe der starren Bindung des Renminbi an die US-Währung im Juli wird am außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht zunächst einmal kaum etwas ändern, schon weil der Aufwertungsschritt von 2,1 % gegenüber dem US-Dollar dafür zu gering ist (Kasten 1.3).

Langfristig ist die Reform des Wechselkursregimes aber von Bedeutung. Zusammen mit Liberalisierungsmaßnahmen auf dem Devisenmarkt ist sie eine Etappe auf dem Weg des Anschlusses des chinesischen Finanzsektors an die internationalen Kapitalmärkte. Die Beteiligungen großer ausländischer Banken an chinesischen Partnerhäusern zeugt von Vertrauen in diesen Entwicklungsprozess.

Kasten 1.3

Zu Chinas neuem Wechselkursregime

Chinas anschwellende Devisenreserven deuten schon seit längerem darauf hin, dass der Renminbi unterbewertet ist. Im Juli hat China den seit den 90er Jahren fixen Wechselkurs zwischen Renminbi und US-Dollar aufgegeben und die Währung um 2,1 % aufgewertet. Die chinesische Zentralbank bezeichnet das neue Wechselkurssystem als „managed floating". Der Außenwert des Renminbi soll in Bezug auf einen Währungskorb gesteuert werden. Die Gewichtung der Währungen ist nicht offen gelegt. Es wurde aber angedeutet, dass – entsprechend ihrer Bedeutung als Währungen der Haupthandelspartner – US-Dollar, Euro, Yen und koreanischer Won dominieren.[1] Die tägliche Schwankungsbreite des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar ist auf +/–0,3 % begrenzt.[2]

Die letztere Regelung bedeutet, dass der Renminbi innerhalb eines Monats um mehr als 5 % gegenüber dem US-Dollar aufwerten könnte. Tatsächlich ist aber der neue Kurs von etwa 8,11 Yuan Renminbi pro US-Dollar seit Juli fast konstant geblieben,[3] während die Kurse anderer Währungen viel stärker schwankten. Gegenwärtig sieht die neue Wechselkurspolitik also wie die alte aus. Auch ist die Aufwertung vom Juli zu gering, um den Leistungsbilanzüberschuss merklich zu verringern. Mit der Reform hat die chinesische Währungspolitik also erst einmal nur ihren Handlungsspielraum erweitert; freilich ist ungewiss, wann und in welchem Ausmaß diese Spielräume genutzt werden. Außerdem hat der Reformschritt der chinesischen Regierung dazu geführt, dass auch Malaysia sein Wechselkurssystem von einer festen Dollarbindung zu einem System des „managed floating" gewandelt hat. Der Dollarkurs des Ringgit schwankt seitdem deutlich stärker als der des Renminbi.

1 Darüber hinaus gehen auch die Währungen Singapurs, Malaysias, Russlands, Australiens, Thailands und Kanadas in den Korb ein.

2 Die zulässige tägliche Schwankungsbreite gegenüber den anderen Währungen wurde so großzügig bemessen, dass die Grenzen der Bandbreiten in aller Regel nicht von den Wechselkursen berührt werden.

3 Er ist um etwa 0,2 % gegenüber dem US-Dollar stärker geworden.

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität wird sich im Prognosezeitraum trotz etwas nachlassender Investitionskonjunktur nur wenig abflachen, denn der private Konsum wird leicht verstärkt expandieren. In diesem Jahr dürfte die Produktion in China um gut 9 % und im Jahre 2006 um 8,5 % zunehmen. Die Binnennachfrage in den übrigen Ländern Ostasiens wird sich leicht beschleunigen.

Hoher Ölpreis stützt Konjunktur in Russland

Russland profitiert im Jahre 2005 von den gestiegenen Preisen auf den Energiemärkten. Gleichwohl hat sich die wirtschaftliche Expansion verlangsamt. Die Investitionen wurden weniger stark ausgeweitet als im Vorjahr, wohl auch, weil private Investoren von den massiven Eingriffen des Staates in die Energiewirtschaft abgeschreckt wurden. Der private Konsum expandierte ebenfalls nicht mehr ganz so rasch wie im vergangenen Jahr. Mit der langsameren Ausweitung der Inlandsnachfrage nahmen die Importe nicht mehr so stark zu. Die reale Ausfuhr schwächte sich auch infolge der realen Aufwertung des Rubel weit stärker ab.

Die Teuerung zog mit Raten um 12,5 % an. Inflationstreibend wirkte, dass sich die russische Notenbank der Aufwertung des Rubels entgegenstellte, indem sie in großem Umfang Devisen kaufte. In der Folge erhöhte sich die inländische Geldmenge und damit das Inflationspotential. Ein großer Teil der Erlöse aus dem Ölgeschäft wird abgeschöpft und in einen Stabilisierungsfonds gelenkt. Dadurch schloss der Staatshaushalt im vergangenen Fiskaljahr mit einem Überschuss von etwa 5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ab.

Für das kommende Jahr ist ein deutlich expansiver finanzpolitischer Kurs geplant: Ein Teil des Stabilisierungsfonds soll für die Gesundheitsvorsorge verwendet werden; auch eine massive Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst ist vorgesehen. Dennoch dürfte sich das Wachstumstempo von 6 % in diesem Jahr auf 5,5 % im kommenden Jahr leicht verlangsamen, da die starke Aufwertung des Rubels die Wettbewerbsfähigkeit russischer Produzenten schmälert.

Aufschwung in Lateinamerika schwächt sich ab

Der konjunkturelle Aufschwung in Lateinamerika hat sich im Verlauf dieses Jahres merklich verlangsamt, auch weil die Preise für Rohstoffe – mit Ausnahme von Energieträgern – nicht mehr wesentlich stiegen. Zudem verschlechterten vielfach Inflationsrisiken das konjunkturelle Klima. Vor allem in Brasilien und vorübergehend auch in Mexiko haben die Zentralbanken restriktive Maßnahmen ergriffen, die die Binnennachfrage dämpften.

In der Mehrzahl der Länder ist auch die Finanzpolitik stabilitätsorientiert. Die staatlichen Budgetdefizite werden weiter reduziert. Begünstigt durch die hohen Rohstoffpreise weisen viele Länder Überschüsse in der Leistungsbilanz aus, und die Devisenreserven nehmen deutlich zu. Dennoch bleibt die hohe Auslandsverschuldung der Region ein Risiko, das sich mit einem Anstieg der US-Zinsen und mit einer Zunahme der Risikoprämie für Anleihen aus den Schwellenländern schnell verschärfen könnte.

Insgesamt dürfte sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Lateinamerika im Prognosezeitraum geringfügig verlangsamen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 4 % und im nächsten Jahr um 3,5 % zulegen. Der Preisanstieg dürfte sich im Zusammenhang mit der stabilitätsorientierten Geld- und Finanzpolitik wieder leicht abflachen.

Exkurs: Auswirkungen von Ölpreissteigerungen auf die Gesamtwirtschaft – Evidenz auf der Grundlage makroökonometrischer Modelle

Makroökonometrische Modelle sind ein wichtiges Instrument zur Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte von Ölpreisänderungen. Mit ihnen werden die Wirkungen steigender Preise für Rohöl auf Angebot und Nachfrage in der Volkswirtschaft und die Interdependenzen zwischen beiden Marktseiten nachvollziehbar und empirisch fundiert abgebildet. Angebotsseitig verteuert sich die Güterproduktion in den ölimportierenden Ländern, weil die Kosten importierter Vorleistungen steigen. Damit geht, sofern die höheren Kosten nicht vollständig überwälzt werden können, eine Kompression der Gewinne einher, die die Investitionsbereitschaft dämpft. Nachfrageseitig bewirken die Preissteigerungen einen Kaufkraftentzug, der eine schwächere konjunkturelle Dynamik nach sich zieht. Beides führt in der Tendenz zu geringerer Produktion und Beschäftigung. Ferner verfügen die Modelle über geschätzte oder gesetzte Regeln zur Reaktion der Tarifparteien auf einen Ölpreisschock, etwa ob ein Anstieg der Inflation eine Preis-Lohn-Spirale in Gang setzt, oder ob die Geldpolitik sich durch die höhere Teuerung zu einem restriktiveren Kurs veranlasst sieht. In Mehr-Länder-Modellen wird zudem das Recycling der Ölgelder über die internationalen Güter- und auch über die Kapitalmärkte berücksichtigt, denn sie enthalten Module für die wichtigsten Industrieländer und für den Block der ölexportierenden Länder.

In jüngster Zeit wurden – z. B. durch die OECD, den IMF und die IEA – zahlreiche Simulationen mit solchen Modellen zu den Auswirkungen des Ölpreisanstiegs veröffentlicht. Diese gelangen bisweilen zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen. So ergab eine Schätzung der IEA mit dem OECD-Interlink-Modell, dass ein um 10 US-Dollar je Barrel ($/b) höherer Rohölpreis das Bruttoinlandsprodukt der USA in den ersten beiden Jahren um jeweils 0,3 Prozentpunkte dämpft, das im Euroraum hingegen um jeweils 0,5 Prozentpunkte.[12] Im Gegensatz dazu finden die im Folgenden verwendeten Modelle für die USA eine stärkere Dämpfung als für die EWU. Auch ändert sich die Einschätzung der Wirkungen eines Ölpreisanstiegs im Zeitverlauf. Eine Rechnung des IMF mit dem MULTIMOD-Modell aus dem Jahr 2000 ergab, dass eine Preiserhöhung um 5 $/b in den USA – und ähnlich auch im Euroraum – das Wachstum im ersten Jahr um 0,3 Prozentpunkte, im Jahr darauf um weitere 0,1 Prozentpunkte drückt.[13] Seit dem Frühjahr 2005 stützt sich der IMF auf Berechnungen mit einer neueren Version von MULTIMOD, nach denen eine Erhöhung der Ölpreise um rund 30 $/b auf 80 $/b das US-Wachstum um 0,8 Prozentpunkte senken würde.[14]

Allerdings sind die Rechnungen oft nur schwer vergleichbar, da sie von unterschiedlichen Ölpreisniveaus und Wechselkursszenarien ausgehen, verschiedene Schocks betrachten und diese zum Teil als prozentualen Anstieg, zum Teil als in US-Dollar bemessene Preiserhöhung vorgeben. Insofern sind Ergebnisse nicht zeitunabhängig zu interpretieren. Darüber hinaus unterscheiden sich bisweilen die hinter den Simulationen stehenden Politikannahmen, die zudem nicht immer gut dokumentiert sind.

Eine wichtige Rolle bei der Reaktion der Gesamtwirtschaft auf die Ölpreissteigerung spielt in den Modellen die Geldpolitik. Sofern sie nicht auf die ölpreisinduzierte Zunahme der Inflation reagiert („exogene" Geldpolitik), sinkt der Realzins, was die Investitionen anregt. In manchen Modellen lässt die mit dem Ölpreisanstieg verbundene Änderung der relativen Importpreise die Einfuhren übermäßig stark zurückgehen. Dies führt dazu, dass die Wachstumsverluste gering sind. Zustande kommt dies, weil die Modelle nicht zwischen Kerninflation und tatsächlicher Teuerung differenzieren. Die dadurch hervorgerufene Reaktion ist aber unplausibel, da höhere Ölpreise letztlich eine Verschlechterung der Angebotsbedingungen bedeuten. Simulationen werden auch mit „endogener" Geldpolitik durchgeführt, in denen die Zentralbanken auf einen Anstieg der Inflation mit einer Anhebung ihres Leitzinses reagieren. Sie richten sich dabei im Allgemeinen nach der Taylor-Regel, die freilich den tatsächlichen Reaktionen auf einen exogenen Preisschock nur bedingt gerecht werden dürfte. So betont beispielsweise die EZB, dass sie den Zins nur dann anheben wird, wenn Zweitrundeneffekte des Ölpreisanstiegs erkennbar sind.

Ob Letztere zustande kommen, liegt im Wesentlichen an der Lohnpolitik. Man kann in den Simulationen eine „endogene" Lohnbildung unterstellen, bei der Löhne auf die höhere Inflation positiv reagieren. Eine „exogene" Lohnpolitik bedeutet dagegen, dass sich die Löhne so entwickeln, wie dies auch ohne den Ölpreisschub der Fall gewesen wäre. In Modellrechnungen mit endogener Lohnbildung führt der höhere Ölpreis insbesondere für die USA zu einer deutlich zunehmenden Inflation, was angesichts des dort im Vergleich zum Euroraum stärker ausgelasteten Erwerbspersonenpotentials plausibel erscheint. In Kombination mit einer endogenen Geldpolitik kommt es dann zu einem beträchtlichen Wachstumsverlust.

Allgemein gelangt man zu unterschiedlichen Ergebnissen auch je nachdem, ob sich die Akteure vorausschauend verhalten oder nicht. Bei rationalen „vorausschauenden" Wirtschaftssubjekten sind die kurzfristigen Effekte eines temporären Ölpreisschocks vergleichsweise schwächer, da der Schock beispielsweise geringere Wirkungen auf das permanente Einkommen der privaten Haushalte hat.

Im Folgenden stellen die Institute eigene Simulationen mit zwei Mehr-Länder-Modellen vor, dem OEF-Modell von Oxford Economic Forecasting und dem NiGEM-Modell des National Institute for Economic and Social Research. Dabei werden die Auswirkungen einer dauerhaften Erhöhung des Preises für Rohöl um 30 $/b ab Anfang 2006 betrachtet; die Basislösungen der Modelle gehen von einem Rohölpreis von etwa 54 $/b im nächsten Jahr aus. Unterstellt ist in den Rechnungen jeweils eine endogene Geld- und Lohnpolitik bei autoregressiven Erwartungen. Unter diesen Annahmen sind die Inflationswirkungen eines Ölpreisanstiegs in den USA in beiden Modellen selbst bei einer Gegenreaktion der Zentralbank erheblich stärker als im Euroraum und in Deutschland. Dies dürfte auch an der erheblich höheren Energieintensität der amerikanischen Wirtschaft liegen. Im Euroraum ebbt die Preissteigerung bereits im dritten Jahr nach der Störung ab (Tabelle 1.6). Entsprechend steigen die Nominal- wie Realzinsen in den USA stärker, wodurch dort die Expansion des BIP stärker gedämpft wird.

12 International Energy Agency: Analysis of the Impact of High Oil Prices on the Global Economy. Paris, Mai 2004, S. 9.
13 M. Mussa: The Impact of Higher Oil Prices on the Global Economy. International Monetary Fund Research Department. Washington, D.C., Dezember 2000, S. 18.
14 A. Allen: Oil Market Developments and Issues. International Monetary Fund Policy Development and Review Department. Washington, D.C., März 2005, S. 24.

Freilich ist in diesen Rechnungen unterstellt, dass die Lohnpolitik sich ähnlich verhält wie in früheren Phasen einer zunehmenden Teuerung, was nicht notwendigerweise der Fall sein muss. Das NiGEM-Modell zeigt für die USA generell größere Einkommensverluste als das OEF-Modell. Für den Euroraum und Deutschland weisen beide Modelle anfangs ähnliche Reaktionen aus, doch wird im OEF-Modell der Schock deutlich rascher verarbeitet. Möglicherweise liefert das NiGEM-Modell dann mit dem OEF-Modell vergleichbare Wirkungen für die USA, wenn rationale Erwartungen unterstellt werden. Darauf deuten zumindest die Simulationsergebnisse von Barrell und Pomerantz[15] hin.

15 R. Barrell und O. Pomerantz: Oil Prices and the World Economy. Discussion Paper No. 242 (December 2004), National Institute for Economic and Social Research (NIESR). London 2004, S. 19 ff.

Tabelle 1.6

Gesamtwirtschaftliche Konsequenzen eines Anstiegs des Rohölpreises um 30 $/b

Wachstumsratendifferenzen gegenüber einer Basislösung in Prozentpunkten

	BIP			Verbraucherpreise		
	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
NiGEM						
USA	–0,1	–0,9	–1,3	+0,9	+1,8	+1,5
Euroraum	–0,3	–0,3	–0,5	+0,7	+0,9	+0,7
Deutschland	–0,4	–0,4	–0,5	+0,5	+0,3	0,0
OEF						
USA	–0,5	–0,9	–0,8	+1,0	+0,8	+0,5
Euroraum	–0,5	–0,2	+0,1	+0,8	+0,3	0,0
Deutschland	–0,4	–0,3	0,0	+0,4	+0,2	0,0

Quelle: Berechnungen der Institute mit den Modellvoreinstellungen der Anbieter (OEF vom August 2005; NiGEM-Version 305 vom Juli 2005), u.a. mit endogenen Geldpolitikregeln; bei NiGEM aber mit autoregressiven Erwartungen.

GD Herbst 2005

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Zögerliche Erholung im Euroraum

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum ist nach wie vor sehr gering. Im ersten Halbjahr 2005 wurde die Binnennachfrage durch den hohen Ölpreis gedämpft, außerdem wirkte die Aufwertung des Euro nach. Der private Konsum wurde kaum noch ausgeweitet. Die Investitionen nahmen weiterhin nur geringfügig zu, obwohl die Gewinnsituation günstig ist und das Zinsniveau äußerst niedrig. Die Kapazitätsauslastung sank bis zuletzt, so dass sich die Investitionstätigkeit nicht entscheidend belebte. Der Export hat sich im Verlauf des ersten Halbjahres erholt. Besonders deutlich stieg die Nachfrage aus den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union und anderen europäischen Ländern. Auch die Ausfuhr in die Öl exportierenden Länder, insbesondere nach Russland, erhöhte sich stark.

Die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern blieb recht differenziert (Tabelle 2.1). Während das reale Bruttoinlandsprodukt in Spanien erneut kräf-

Tabelle 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise[1]			Arbeitslosenquote[2] in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Deutschland[3]	21,4	1,6	0,8	1,2	1,8	2,1	2,0	9,5	9,5	9,3
Frankreich	15,9	2,3	1,5	1,8	2,3	2,0	2,0	9,7	9,7	9,5
Italien	13,0	1,2	0,1	1,0	2,3	2,1	2,1	8,0	7,8	7,5
Spanien	8,1	3,1	3,2	3,0	3,1	3,3	3,1	11,0	9,6	9,2
Niederlande	4,7	1,7	0,7	2,5	1,4	1,5	1,0	4,6	4,8	4,6
Belgien	2,7	2,9	1,4	1,9	1,9	2,6	2,1	7,8	8,0	7,8
Österreich	2,3	2,4	1,8	2,0	2,0	2,1	1,9	4,8	5,1	5,0
Griechenland	1,6	4,2	2,8	3,0	3,0	3,4	3,2	10,5	10,0	9,7
Finnland	1,4	3,6	1,5	3,2	0,1	0,8	1,4	8,8	8,4	8,1
Irland	1,4	4,5	4,6	4,8	2,3	2,2	2,1	4,5	4,3	4,1
Portugal	1,4	1,2	0,9	1,7	2,5	2,2	2,4	6,7	7,2	7,0
Luxemburg	0,2	4,5	3,9	4,1	3,2	3,6	2,8	4,8	4,9	4,7
Euroraum[4]	**74,3**	**2,1**	**1,3**	**1,8**	**2,1**	**2,2**	**2,1**	**8,8**	**8,6**	**8,4**
Großbritannien	16,6	3,2	1,9	2,5	1,3	2,1	1,9	4,7	4,6	4,4
Schweden	2,7	3,6	2,5	2,6	1,0	0,8	1,5	6,3	6,1	5,9
Dänemark	1,9	2,4	2,2	2,3	0,9	1,5	1,7	5,4	5,0	5,0
EU 15[4]	**95,4**	**2,3**	**1,5**	**2,0**	**1,9**	**2,1**	**2,0**	**8,3**	**8,1**	**7,8**
Polen	1,9	5,4	3,3	4,3	3,6	2,5	2,5	18,8	18,1	17,8
Tschechien	0,8	4,4	4,6	4,2	2,6	1,8	2,2	8,3	8,0	7,8
Ungarn	0,8	4,2	3,6	3,7	6,8	3,7	2,0	5,9	6,5	6,2
Slowakei	0,3	5,5	5,0	5,2	7,4	2,8	3,0	18,0	17,5	17,0
Slowenien	0,3	4,6	4,0	4,0	3,6	2,8	2,8	6,0	6,0	5,8
Litauen	0,2	7,0	6,4	6,5	1,1	2,5	2,3	10,8	10,0	9,5
Zypern	0,1	3,7	3,5	3,9	1,9	2,5	2,5	5,0	5,0	4,8
Lettland	0,1	8,3	9,0	7,5	6,2	6,5	5,5	9,8	9,2	8,5
Estland	0,1	7,8	8,0	6,5	3,0	3,7	3,0	9,2	9,0	8,5
Malta	0,0	0,4	1,5	1,8	2,7	2,5	2,5	7,3	6,7	6,4
Neue EU-Mitgliedsländer	**4,6**	**5,1**	**4,1**	**4,4**	**4,1**	**2,7**	**2,5**	**14,1**	**13,7**	**13,4**
EU 25[4]	**100,0**	**2,4**	**1,6**	**2,1**	**2,0**	**2,2**	**2,1**	**9,2**	**9,0**	**8,7**
Nachrichtlich:										
Exportgewichtet[5]	100,0	2,7	1,9	2,1	2,4	2,4	2,3	–	–	–

1 EU 15: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
2 Standardisiert.
3 Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. In Deutschland ist der Effekt zusätzlicher Arbeitstage im Jahre 2004 mit 0,5 % besonders hoch veranschlagt; hier beträgt der rein konjunkturelle Zuwachs also nur 1,1 %.
4 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2003.
5 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2004.

Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

tig stieg, konnte sich Italien nur leicht von der Rezession erholen. Zudem sind die treibenden Kräfte der Konjunktur sehr unterschiedlich. So wird die Expansion zumeist von der Binnennachfrage getragen. Dabei spielt in Spanien und Frankreich die Baukonjunktur weiterhin eine wichtige Rolle, auch aufgrund stark steigender Immobilienpreise.

In Deutschland und Österreich hingegen dominiert die Auslandsnachfrage. Während hier der Außenbeitrag steigt, sinkt er in den meisten anderen Ländern des Euroraums aufgrund einer ungünstigen Exportgüterstruktur und einer verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den asiatischen Ländern. Die unterschiedliche Exportdynamik schlägt sich auch in einer unterschiedlichen Entwicklung der Industrieproduktion nieder, die in Deutschland und Österreich deutlich kräftiger ist als im übrigen Euroraum.

Die Beschäftigung im Euroraum nimmt weiter leicht zu, vor allem weil sie in Spanien und – trotz der Konjunkturschwäche – auch in Italien unverändert kräftig steigt. Dabei finden in nahezu allen Ländern deutliche Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur statt. Der stetige und ausgeprägte Rückgang in der Industrie wird durch einen Aufbau im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich überkompensiert. Die Arbeitslosenquote veränderte sich im Euroraum nur geringfügig; sie lag im August bei 8,6 %.

Der Preisanstieg hat sich in der jüngsten Zeit verstärkt. Die Teuerungsrate, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), sprang im September auf 2,6 %, nachdem sie in den Monaten zuvor bei 2 % gelegen hatte. Ein Großteil des Anstiegs ist den höheren Energiepreisen zuzuschreiben, die sich um 15,2 % erhöhten. Die Kerninflationsrate betrug zuletzt 1,5 %; ihre Entwicklung spiegelt einerseits die schwache konjunkturelle Dynamik wider, andererseits den starken Konkurrenzdruck aus asiatischen Ländern, infolge der Liberalisierung des Außenhandels vor allem bei Textilien.

Der Lohnanstieg blieb insgesamt mäßig. Bei den Tariflöhnen deutet sich keine Beschleunigung an. Die Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten stiegen in der ersten Jahreshälfte mit etwa 2 % weiterhin verhalten. Zwischen den großen Ländern blieben die Unterschiede allerdings beträchtlich. Während die Arbeitnehmerentgelte je abhängig Beschäftigten in Deutschland nach wie vor kaum stiegen und in Italien die Zuwächse leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums lagen, betrug der Zuwachs in Spanien und in Frankreich ungefähr 3 %.

Tabelle 2.2

Finanzierungssaldo[1] der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	–3,7	–4,0	–3,7	–3,5	–3,1
Frankreich	–3,2	–4,2	–3,7	–3,2	–3,2
Italien	–2,6	–3,1	–3,1	–3,7	–4,5
Spanien	–0,3	0,3	–0,3	0,1	0,1
Niederlande	–1,9	–3,2	–2,5	–2,3	–2,2
Belgien	0,1	0,4	0,1	–0,3	–0,4
Österreich	–0,2	–1,1	–1,3	–2,0	–1,8
Griechenland	–4,1	–5,2	–6,1	–5,0	–4,1
Finnland	4,3	2,5	2,1	1,7	1,8
Irland	–0,4	0,2	1,3	–0,8	–0,5
Portugal	–2,7	–2,9	–2,9	–6,5	–5,5
Luxemburg	2,3	0,5	–1,1	–1,1	–0,9
Euroraum[2]	**–2,4**	**–2,9**	**–2,8**	**–2,8**	**–2,8**

1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

2 Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in Euro.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Finanzpolitik im Euroraum bleibt annähernd neutral

Das aggregierte Defizit der öffentlichen Haushalte für den Euroraum wird in diesem Jahr wie schon im Vorjahr in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 2,8 % liegen (Tabelle 2.2). Dass das aggregierte Defizit trotz Konsolidierungsbemühungen nicht abnahm, ist weitgehend der schwachen konjunkturellen Entwicklung zuzuschreiben; das strukturelle Defizit wird sogar leicht verringert.

Zu einer Abnahme des Fehlbetrags dürfte es angesichts der nur mäßigen konjunkturellen Erholung nicht kommen.[16] Die drei größten Volkswirtschaften der Eurozone – Deutschland, Frankreich und Italien – sowie Griechenland und Portugal werden in diesem und im nächsten Jahr das 3 %-Defizitkriterium des Maastricht-Vertrages verletzen, obwohl die strukturellen Defizite wohl leicht zurückgeführt werden. Insgesamt bleibt die Finanzpolitik annähernd neutral.

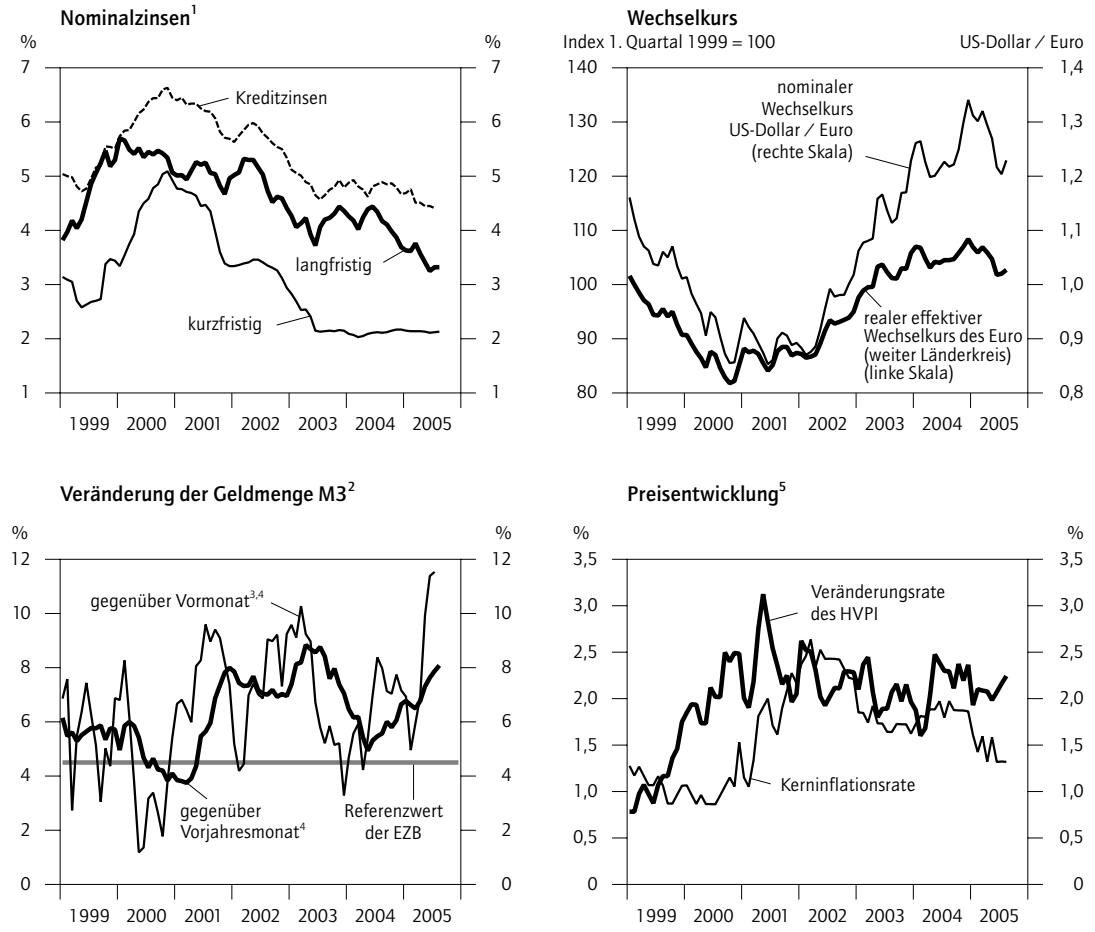
EZB wird voraussichtlich im nächsten Jahr die Zinsen erhöhen

Die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum haben sich im vergangenen halben Jahr leicht verbessert. Die EZB hat die Leitzinsen auf niedrigem Niveau belassen; der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt nun schon seit

16 Hierbei sind mögliche Korrekturen von – aus Sicht von Eurostat oder der Europäischen Kommission – fehlerhaften Buchungen nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren gab es solche Korrekturen insbesondere für Griechenland.

Abbildung 2.1

Zur monetären Lage im Euroraum



1 Kurzfristig = Dreimonats-Euribor; langfristig = zehnjährige Staatsanleihen; Kreditzinsen = Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von einem bis fünf Jahren, vor 2003: Laufzeit von mehr als einem Jahr.

2 M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu zwei Jahren; Index, Veränderungsraten in %.

3 Saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet.

4 Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

5 HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationsrate = Veränderungsrate des HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2005

mehr als zwei Jahren bei 2 %. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld schwankte in den vergangenen Monaten nur geringfügig um seinen aktuellen Wert von 2,2 % (Abbildung 2.1). Deflationiert mit der aktuellen Kerninflationsrate[17] liegt er bei 0,9 % und damit immer noch deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die Verzinsung der zehnjährigen Staatsanleihen im Euroraum ist im gleichen Zeitraum um gut einen halben Prozentpunkt auf zuletzt 3,2 % gefallen. Real gerechnet blieben die Kapitalmarktzinssätze auf dem historisch niedrigen Niveau von 1,3 %.[18] Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen haben sich in den vergangenen Monaten weiter verbessert. So sanken die Zinssätze für Kredite an Unternehmen[19] um knapp einen halben Prozentpunkt auf 4,4 %, und die Kreditvergabebedingungen der Geschäftsbanken wurden dem Bank Lending Survey zufolge zur Jahresmitte 2005 stärker als zuvor gelockert. Zudem haben sich die Aktienmärkte in den vergangenen sechs Monaten weiter erholt; der EuroStoxx 50-Index stieg um knapp 10 %. Auch die Wettbewerbs-

17 Die Kerninflationsrate wird hier mit der Veränderungsrate zum Vorjahr des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak approximiert.

18 Die langfristigen Inflationserwartungen, die zur Deflationierung verwendet werden, werden hier durch die Breakeven-Inflationsrate der indexierten französischen langfristigen Staatsanleihen approximiert.

19 Zinssatz für Kredite bis zu 1 Mill. Euro an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Zinsbindung von einem bis fünf Jahren.

fähigkeit der Exporteure hat sich in diesem Zeitraum spürbar verbessert, da der Euro real effektiv 3 % an Wert verloren hat; gegenüber dem US-Dollar büßte er nominal knapp 7 % ein.

Die Expansion der Geldmenge M3 hat sich im Verlauf des vergangenen halben Jahres deutlich beschleunigt. Zuletzt betrug der Anstieg 11,5 % (Dreimonatsdurchschnitt der annualisierten Veränderung gegenüber dem Vormonat) und lag damit erheblich über dem Referenzwert der EZB von 4,5 %. Das liquidere Aggregat M1 stieg sogar mit einer Rate von 15,8 %. Die Vergabe von Buchkrediten an den privaten Sektor ist in den vergangenen Monaten, zuletzt mit einer Rate von 10,7 %, ebenfalls deutlich rascher ausgeweitet worden, und zwar sowohl an private Haushalte als auch an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen im historischen Vergleich günstig.

Mit dem starken Anstieg der Ölpreise wird die Inflationsrate in diesem und im kommenden Jahr über der Obergrenze für Preisstabilität nach Definition der EZB liegen. Die Zielverfehlung wird gleichwohl voraussichtlich gering sein. Insofern besteht für die EZB kein sofortiger Handlungsbedarf. Allerdings deutet die seit Mitte 2004 anhaltende Beschleunigung der Geldmengenexpansion auf Risiken für die Preisniveaustabilität in der mittleren Frist hin.

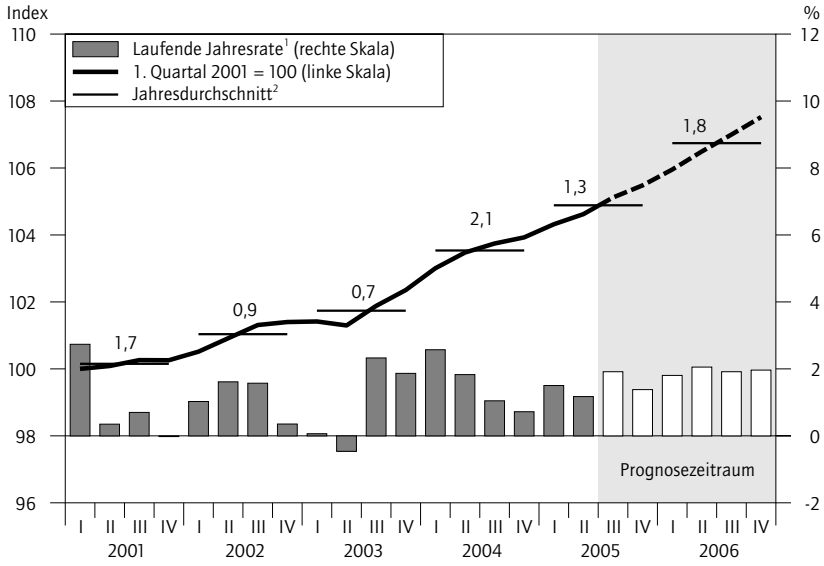
Die Institute halten es daher für wahrscheinlich, dass die EZB im Verlauf des Jahres 2006 die Leitzinsen im Euroraum um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben wird. Die Kapitalmarktzinssätze werden mit der Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze ebenfalls steigen. Für den Euro wird eine geringfügige real effektive Abwertung im Prognosezeitraum unterstellt. Insgesamt verschlechtern sich die monetären Rahmenbedingungen etwas.

Ausblick

Bis zum Ende dieses Jahres wird sich die konjunkturelle Dynamik im Euroraum nur leicht verstärken (Abbildung 2.2). Der Ölpreisanstieg in den vergangenen Monaten wird die Nachfrage der privaten Haushalte noch einige Zeit dämpfen; entsprechend ist das Konsumentenvertrauen bislang gedrückt. Die Stimmung in der Industrie hat sich hingegen leicht gebessert, nicht zuletzt aufgrund zunehmender Auftragseingänge. Zudem wirken die Abwertung des Euro in diesem Jahr und die niedrigen langfristigen Zinsen stimulierend. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,3 % zunehmen.

Abbildung 2.2

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Im kommenden Jahr werden die dämpfenden Effekte des Ölpreisanstiegs allmählich nachlassen. Dann wird der private Konsum bei weiter langsamem Beschäftigungsaufbau leicht anziehen.[20] Der Außenhandel dürfte wieder einen positiven Wachstumsbeitrag liefern, zumal sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in der jüngsten Zeit verbessert hat. Davon wird auch die Investitionstätigkeit profitieren (Tabelle 2.3).

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahre 2006 um 1,8 % steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte dabei nur geringfügig sinken. Die Inflationsrate wird im Verlauf des kommenden Jahres bei einem konstanten Ölpreis leicht zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie bei 2,1 % liegen, nach 2,2 % in diesem Jahr.

Geringere Dynamik in Großbritannien

In Großbritannien ist die konjunkturelle Expansion nach der Abschwächung im Vorjahr weiter nur mäßig. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg auf Jahresrate hochgerechnet nur noch um 1,5 %; das ist der schwächste Anstieg seit dem Jahr 2001.

20 In Belgien sollen die Steuern gesenkt werden, was die Nachfrage zusätzlich stützt.

Tabelle 2.3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2003	2004	2005	2006
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,7	2,1	1,3	1,8
Privater Konsum	1,0	1,4	1,1	1,2
Öffentlicher Konsum	1,5	1,1	1,1	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	1,3	1,0	2,3
Inländische Verwendung	1,4	1,7	1,5	1,7
Exporte[1]	0,7	6,0	3,6	5,6
Importe[1]	2,7	6,1	4,2	5,5
Außenbeitrag[2]	–0,7	0,1	–0,2	0,2
Verbraucherpreise[3]	2,3	2,1	2,2	2,1
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[4]	–2,9	–2,8	–2,8	–2,8
Leistungsbilanzsaldo	0,3	0,7	–0,2	0,0
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	8,7	8,8	8,6	8,4

1 Einschließlich Intrahandel.
2 Wachstumsbeitrag.
3 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
4 Gesamtstaatlich.
5 Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

Die ausgeprägte Verlangsamung war insbesondere auf eine mäßige Expansion des privaten Konsums zurückzuführen. Angesichts der nur noch sehr schwach steigenden Immobilienpreise sowie einer deutlich erhöhten Zinsbelastung waren die privaten Haushalte offensichtlich bemüht, ihre Schuldenlast zu reduzieren, die zuletzt auf rund 150 % des verfügbaren Einkommens angewachsen ist. Dies hat zu einem starken Anstieg der Sparquote geführt. Aber auch die Investitionstätigkeit nahm trotz sich verbessernder Ertragslage der Unternehmen nur noch schwach zu.

Die Bank von England hat aufgrund der mäßigen konjunkturellen Entwicklung zwischenzeitlich die Zinsen um 25 Basispunkte auf 4,5 % gesenkt. Allerdings liegt die Inflationsrate, gemessen am Konsumentenpreisindex, mit 2,4 % mittlerweile deutlich über dem Zielwert. Da auch das Konsumentenvertrauen wieder gestiegen ist, dürfte die Notenbank vorerst von weiteren Zinssenkungen absehen. Das Defizit in den öffentlichen Haushalten wird wohl nicht zurückgeführt werden, vor allem wegen der schwächeren Konjunktur. Dass im nächsten Jahr Sparmaßnahmen ergriffen werden, insbesondere um die „golden rule“[21] zu erfüllen, ist zu bezweifeln, da die vorgesehene umfassende Überprüfung der Ausgaben auf 2007 verschoben wurde. Die Institute gehen davon aus, dass die Finanzpolitik vorerst noch leicht expansiv ausgerichtet sein wird.

Unter diesen Rahmenbedingungen dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien im Prognosezeitraum wieder etwas stärker zulegen. Da der Anstieg der verfügbaren Einkommen im Gegensatz zum vergangenen Jahr nicht durch Steuererhöhungen gedämpft wird, dürfte der private Konsum sich selbst dann wieder beleben, wenn die Sparquote nochmals leicht steigt. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird jedoch vorerst wohl nur verhalten zunehmen, da deren Verschuldung im historischen Vergleich immer noch sehr hoch ist. Der Außenhandel dürfte zunehmend von der vergleichsweise geringen Steigerung der Lohnstückkosten profitieren.

Insgesamt erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,9 % in diesem und um 2,5 % im nächsten Jahr. Die Arbeitslosenquote wird dabei nur noch leicht zurückgehen. Die Inflationsrate dürfte aufgrund der hohen Ölpreise in diesem Jahr 2,1 % betragen und 2006 auf 1,9 % sinken.

Leichte Beschleunigung der Konjunktur in den neuen EU-Mitgliedsländern

Die konjunkturelle Dynamik in den neuen Mitgliedsländern hat sich in der ersten Jahreshälfte 2005 leicht beschleunigt, nachdem sie sich in der zweiten Jahreshälfte 2004 merklich abgeschwächt hatte. Die Abschwächung war in Polen besonders ausgeprägt. Die erneute Beschleunigung geht mit einer Verschiebung zwischen den Nachfragekomponenten einher. Die Außenwirtschaft trug nun in nahezu allen Ländern verstärkt zum Produktionszuwachs bei. Zwar hat sich nach Abklingen der beitrittsbedingten Sonderkonjunktur sowie wegen der schwächeren Expansion der Weltwirtschaft die Exportdynamik leicht verlangsamt, gleichzeitig verringerte sich der Importanstieg aber deutlich; die Handelsbilanzen verbesserten sich zumeist merklich. Maßgeblich für die Dämpfung der Importe war – außer in der Slowakei – der flachere Verlauf der Binnennachfrage. Die Investitionen, die sich im vergangenen Jahr besonders dynamisch entwickelt hatten, nahmen seit Jahresbeginn nur noch verhalten zu, wenn auch zuletzt wieder mit leicht steigender Rate. Die öffentlichen Investitionen wurden teilweise spürbar ausgeweitet, nicht zuletzt begünstigt durch EU-Fördermittel. Der private Konsum verlor vor allem in Polen an Schwung.

Die Preisdynamik ist in der Grundtendenz vergleichsweise gering; die Inflationsraten sind in den meisten Ländern deutlich gesunken. Zwar sind

21 Nach der Strategie der Regierung, der sog. *golden rule,* dürfen über den Konjunkturzyklus nur Schulden aufgenommen werden, um Investitionen zu finanzieren. Nach Urteil des Finanzministeriums dauert der gegenwärtige Zyklus bis 2006 (vgl. HM Treasury 2005).

auch hier die Energiepreise kräftig gestiegen. Dem wirkte jedoch in einigen Ländern eine Aufwertung der heimischen Währung entgegen. Zudem hat sich das Auslaufen des Basiseffekts der Steueranpassungen im Zuge des EU-Beitritts ausgewirkt; dieser wird – je nach Land – auf 1 bis 2 Prozentpunkte geschätzt. In Lettland und Estland ist die Inflationsrate wegen der hohen konjunkturellen Dynamik bis zuletzt nicht dauerhaft gesunken.

Im Prognosezeitraum wird sich die wirtschaftliche Dynamik weiter verstärken. Im Jahresdurchschnitt 2005 wird die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts jedoch geringer ausfallen als im Vorjahr. Der private Konsum wird mit steigenden Realeinkommen wiederum kräftig zunehmen. In einzelnen Ländern, z. B. in Ungarn, werden im kommenden Jahr auch von der Finanzpolitik Impulse ausgehen. Die Investitionen werden wieder stärker steigen, vor allem in Polen und Ungarn, wo die Geldpolitik im Verlauf des Jahres 2005 gelockert wurde.

Die Exporte werden im Zuge der konjunkturellen Belebung in Westeuropa beschleunigt steigen, so dass sich die Handelsbilanzen im Allgemeinen leicht verbessern dürften. Die Inflationsrate wird sich wenig verändern, lediglich in Ungarn wird sie wegen der geplanten Mehrwertsteuersenkung spürbar sinken. Die Beschäftigung wird trotz der guten konjunkturellen Dynamik in den meisten Ländern nur leicht steigen. Die Arbeitslosenquote wird allerdings etwas zurückgehen, da Arbeitslose zunehmend den Arbeitsmarkt verlassen.

Im nächsten Jahr stellt sich die Frage, ob einige Länder die Voraussetzungen für einen Beitritt zum Euroraum erfüllen. Für Estland, Litauen und Slowenien endet im Sommer 2006 das zweite Jahr der Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus II. Eine Voraussetzung für den Beitritt zum Euroraum ist, dass der Wechselkurs in diesem Zeitraum nur vergleichsweise gering um die zentrale Parität schwankt. Nach der vorliegenden Prognose dürften alle drei Länder dieses und die weiteren vier nominalen Konvergenzkriterien erfüllen; für Estland besteht allerdings die Gefahr, dass die Inflationsrate über dem Referenzwert liegen wird.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland verläuft weiterhin sehr schleppend. Nach moderatem Beginn Mitte 2003 geriet sie bereits nach einem Jahr ins Stocken. Zunächst verlangsamte sich der Exportanstieg wegen der Aufwertung des Euro und der schwächeren Weltkonjunktur, danach dämpften die hohen Energiepreise die Konjunktur. Zwischen Mitte 2004 und Mitte 2005 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,6 % zu. Entsprechend ist die Kapazitätsauslastung derzeit geringer als vor einem Jahr.

Nach wie vor ist die deutsche Konjunktur gespalten. Sie lebt von Impulsen aus dem Ausland. Diese sind nur in begrenztem Umfang auf die Binnenwirtschaft übergesprungen; die gute Geschäftslage der Exporteure hat sich nicht in einer höheren Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft niedergeschlagen. Die reale Inlandsnachfrage stagniert praktisch seit einem Jahr; hier dominiert der dämpfende Einfluss, der von den hohen Energiepreisen ausgeht. Unverändert schwach blieb dabei der private Konsum, da die Kaufkraft der privaten Haushalte geschmälert wurde. Der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich fort. Ein Lichtblick sind die Ausrüstungsinvestitionen, die in der ersten Jahreshälfte 2005 aufwärts gerichtet waren.

Vor dem Hintergrund der flauen Konjunktur blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt schlecht. Zwar hat die Zahl der Erwerbstätigen, die vorübergehend gesunken war, seit dem Frühjahr wieder spürbar zugenommen; dies beruht allerdings allein auf dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. So wurden verstärkt „Zusatzjobs“ (sog. Ein-Euro-Jobs) bereitgestellt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war hingegen bis zuletzt deutlich rückläufig. Gleichzeitig nahm die Zahl der Arbeitslosen spürbar zu. Der kräftige Anstieg zu Jahresbeginn war zwar im Wesentlichen Folge der Einbeziehung der bisher nicht als arbeitslos gemeldeten erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Aber auch bereinigt um diesen Effekt wäre die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr weiter gestiegen.

Die Institute erwarten, dass sich die konjunkturelle Erholung im Prognosezeitraum etwas verstärkt. Eine hohe Dynamik zeichnet sich aber nicht ab. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, wird die Weltkonjunktur kräftig bleiben. Hiervon dürfte die deutsche Wirtschaft in beson-

Tabelle 3.1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt[1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,1	–0,2	1,6	0,8	1,2
Westdeutschland	0,0	–0,2	1,6	0,8	1,2
Ostdeutschland[2, 3]	0,7	0,2	1,5	0,3	0,9
Erwerbstätige[4] (1 000 Personen)	39 096	38 722	38 868	38 940	39 185
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 061	4 377	4 381	4 875	4 755
Arbeitslosenquote[5] (in %)	9,4	10,2	10,1	11,2	10,9
Verbraucherpreise[6] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,1	1,6	2,1	2,0
Lohnstückkosten[7] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,7	–0,9	–0,9	–0,2
Finanzierungssaldo des Staates[8]					
In Mrd. Euro	–79,6	–86,6	–81,2	–78,5	–70,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	–3,7	–4,0	–3,7	–3,5	–3,1
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	48,2	45,2	83,5	85,0	95,0

1 In Preisen des Vorjahres.
2 Einschließlich Berlins.
3 Rechenstand: August 2004/Februar 2005; in Preisen von 1995.
4 Im Inland.
5 Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).
6 Verbraucherpreisindex (2000 = 100).
7 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.
8 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95); unter Berücksichtigung der „Minderausgaben“ infolge des Verkaufs von verbrieften Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

derem Maße profitieren, da sie aufgrund der Abwertung des Euro, insbesondere aber wegen der deutlich verbesserten Kostensituation der Unternehmen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hat. All das spricht dafür, dass der Export weiterhin deutlich expandieren und die Konjunktur in Deutschland stützen wird. Der kräftige Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland im Frühsommer lässt insbesondere für die zweite Hälfte dieses Jahres eine spürbare Zunahme erwarten. Im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Ausfuhr allerdings bei einer ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur etwas an Schwung verlieren.

Gestützt wird die Konjunktur nach wie vor durch die Geldpolitik, während die Finanzpolitik bemüht ist, das strukturelle Haushaltsdefizit zu verringern. Die Löhne dürften weiterhin nur moderat steigen, was die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb und die Beschäftigung tendenziell stärkt. Andererseits entziehen die Verteuerung von Rohöl und die dadurch ausgelösten Preiserhöhungen bei anderen Energieträgern den Haushalten Kaufkraft. Vor diesem Hintergrund bleiben die Perspektiven für die Realeinkommen und für die Binnennachfrage zunächst gedrückt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2005 um 0,8 % zunehmen (Tabelle 3.1).

Im kommenden Jahr wird die Binnennachfrage etwas anziehen. Nicht zuletzt dürften die Ausrüstungsinvestitionen rascher zunehmen, da die Absatzerwartungen auf den Auslandsmärkten und die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig sind und die Ertragslage sich bei vielen Firmen verbessert. Allerdings bleibt der Investitionsaufschwung moderat, da die Kapazitätsauslastung in den binnenwirtschaftlich orientierten Branchen noch niedrig ist und dort nur wenig zusätzlich investiert wird. Beim privaten Verbrauch dürfte der dämpfende Einfluss der hohen Energiepreise im Laufe des nächsten Jahres nachlassen. Zudem werden sich die Beschäftigungsperspektiven etwas aufhellen. Daher werden die Konsumausgaben im Jahresverlauf wieder leicht zunehmen, so dass die konjunkturelle Expansion von dieser Seite her leicht gestützt wird. Die etwas ruhigere Gangart beim Export dürfte durch die Expansion der Binnennachfrage leicht überkompensiert werden, so dass die Erholung an Breite gewinnt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahre 2006 um 1,2 % steigen.

Für eine durchgreifende Wende am Arbeitsmarkt reicht das nicht aus. Immerhin dürfte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im zweiten Halbjahr erstmals seit Ende 2000 wieder geringfügig zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird zwar weiter zurückgehen; dies beruht aber nicht zuletzt darauf, dass vermehrt „Zusatzjobs“ für die Bezieher von Arbeitslosengeld II bereitgestellt werden. Im Durchschnitt des Jahres 2006 werden 4,76 Mill. Personen arbeitslos sein, nach 4,88 Mill. in diesem Jahr.

Der Preisauftrieb wird im Laufe des kommenden Jahres allmählich nachlassen, da sich die Notierungen auf den internationalen Energiemärkten stabilisieren; im Jahresdurchschnitt werden die Verbraucherpreise aber mit einer Rate von 2,0 % ähnlich steigen wie in diesem Jahr.

Kasten 3.1

Annahmen für die Prognose

Die Prognose beruht auf folgenden Annahmen:

- Ein Barrel Rohöl (Brent) kostet in diesem Jahr durchschnittlich 55 US-Dollar; im nächsten Jahr bewegt sich der Ölpreis um das derzeitige Niveau von 60 US-Dollar.
- Der Welthandel erhöht sich in diesem Jahr um 6,5 % und im kommenden Jahr um 7 %.
- Der Wechselkurs liegt im Prognosezeitraum bei 1,20 US-Dollar je Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert sich leicht.
- Die Europäische Zentralbank belässt den maßgeblichen Leitzins in diesem Jahr bei 2 % und hebt ihn im Verlauf des Jahres 2006 um 50 Basispunkte an. Die Kapitalmarktzinsen erhöhen sich geringfügig.
- Die Tarifverdienste je Stunde steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem Jahr um 1,2 % und im nächsten Jahr um 1,5 %.
- Da bislang kein Programm der neuen Bundesregierung vorliegt, wurden von den Instituten nur jene Maßnahmen berücksichtigt, die bereits beschlossen sind (wirtschaftspolitischer Status quo).

Kasten 3.2

Zur Revision der Prognose vom Frühjahr 2005

Die vorliegende Prognose ist mit der vom Frühjahr nur eingeschränkt vergleichbar. Damals hatten die Institute die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch in Preisen eines festen Basisjahres ausgewiesen. Mit der Revision vom 28. April 2005 ist das Statistische Bundesamt dazu übergegangen, das reale BIP auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis darzustellen (Kasten 3.3). Verbunden mit dieser Revision sind weitere konzeptionelle Neuerungen wie der verstärkte Einsatz hedonischer Preisindizes und eine neue Verbuchungspraxis der indirekt ermittelten Finanzserviceleistungen (FISIM). Gegenüber den bisherigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich durch diese Änderungen die Wachstumsrate des realen BIP im Zeitraum 1991 bis 2004 im Mittel um 0,2 Prozentpunkte erhöht (1,5 % gegenüber 1,3 %); in einzelnen Jahren liegen die Veränderungsraten um bis zu 0,4 Prozentpunkte über den bisher veröffentlichten Werten.[1] Auch die Veränderungsraten für die Quartalswerte des realen BIP sind – im Vorjahres- wie im Vorquartalsvergleich – zumeist höher als vor der Revision. Das Konjunkturbild hat sich jedoch nicht wesentlich verändert.

Tabelle 3.2

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2005

Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Frühjahrsgutachten		Herbstgutachten		Prognosekorrektur für 2005	
	Prognosewerte für 2005[1]		Prognosewerte für 2005[2]		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[3]	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten[3]	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inlandsnachfrage	**0,4**	**0,3**	**–0,1**	**–0,1**	**–0,5**	**–0,4**
Privater Konsum	0,4	0,2	–0,5	–0,3	–0,9	–0,5
Staatlicher Konsum	–0,1	0,0	–0,8	–0,2	–0,7	–0,2
Ausrüstungen u. sonstige Anlagen	3,8	0,3	3,8	0,3	0,0	0,0
Bauten	–2,2	–0,2	–4,9	–0,5	–2,7	–0,3
Vorratsveränderungen	–	0,0	–	0,5	–	0,5
Außenbeitrag	**–**	**0,4**	**–**	**0,9**	**–**	**0,5**
Ausfuhr	4,1	1,7	5,9	2,2	1,8	0,5
Einfuhr	3,8	–1,3	4,2	–1,4	0,4	–0,1
Bruttoinlandsprodukt	**0,7**	**0,7**	**0,8**	**0,8**	**0,1**	**0,1**
Nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt USA	3,5	–	3,6	–	–	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	1,4	–	1,3	–	–	–
Welthandel	7,0	–	6,5	–	–	–
Verbraucherpreise	1,7	–	2,1	–	–	–

1 In Preisen von 1995.
2 In Preisen des Vorjahres.
3 Beiträge der Nachfragekomponten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr (Frühjahrsgutachten: realer Anteil, Herbstgutachten: nominaler Anteil). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen der Institute. **GD** Herbst 2005

Die im Frühjahr 2005 vorausgesagte moderate Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte nach jetziger Einschätzung eintreffen. Damals wurde für dieses Jahr eine reale Wachstumsrate von 0,7 % prognostiziert. Jetzt wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts auf 0,8 % veranschlagt (Tabelle 3.2). Die Ausfuhr expandiert etwas dynamischer als erwartet, weil der Euro gegenüber dem US-Dollar erneut an Wert verlor. Zugleich fällt die Zuwachsrate der Einfuhr geringer aus; die Veränderung des Außenbeitrags

1 Vgl. A. Braakmann et al.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004. In: Wirtschaft und Statistik, 5/2005, S. 426.

steuert nunmehr 0,9 Prozentpunkte zum Produktionszuwachs bei (Frühjahrsgutachten: +0,4 Prozentpunkte). Die Binnennachfrage entwickelt sich dagegen ungünstiger als im Frühjahr geschätzt; ihr Wachstumsbeitrag ist nunmehr sogar negativ (–0,1 Prozentpunkte; Frühjahrsgutachten +0,3 Prozentpunkte). Kräftiger als erwartet nehmen die Bauinvestitionen ab. Infolge des erneuten Ölpreisanstiegs sinkt nach der neuen Prognose der private Konsum.

Insgesamt hängt die Konjunktur in Deutschland immer noch sehr stark von Einflüssen aus dem Ausland ab. So entspricht der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr rein rechnerisch in etwa der Zunahme des Außenbeitrags; im kommenden Jahr beläuft sich dessen Wachstumsbeitrag auf zwei Drittel. Da die binnenwirtschaftliche Dynamik auch 2006 nicht sehr ausgeprägt sein wird, können schon kleine Störungen von außen die deutsche Wirtschaft in die Nähe der Stagnation zurückwerfen. So würde ein weiteres kräftiges Anziehen der Energiepreise die Konjunktur in Deutschland erheblich belasten, zumal dies auch die Gefahr wachsen ließe, dass die Weltwirtschaft ins Straucheln gerät.

Eine Unsicherheit ergibt sich auch daraus, dass der wirtschaftspolitische Kurs, den die neue Regierung einschlagen wird, noch schwer abzuschätzen ist. Bei der Prognose sind die Institute vom wirtschaftspolitischen Status quo ausgegangen. Werden durchgreifende Reformen beschlossen und zügig umgesetzt, verbessern sich die Aussichten für die mittlere Frist. Dies kann bereits auf 2006 ausstrahlen.

Die Entwicklung im Einzelnen

Auslandsnachfrage stützt Konjunktur

Nach einer Stagnation in der zweiten Jahreshälfte 2004 haben die Exporte in diesem Jahr wieder merklich an Fahrt gewonnen. Gegenüber dem übrigen Euroraum, in den fast die Hälfte der deutschen Exporte geliefert wird, profitierte die deutsche Wirtschaft von der anhaltenden Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit als Folge des vergleichsweise niedrigen Preis- und Kostenanstiegs; die Ausfuhr dorthin stieg weiter spürbar. Die Exporte in die neuen EU-Mitgliedsländer haben seit dem Herbst vergangenen Jahres wieder zugenommen. Sehr kräftig expandierten die Lieferungen in die OPEC-Länder, deren Nachfrage sich als Folge der stark gestiegenen Einnahmen aus Ölverkäufen deutlich erhöht hat. Die Exporte in die USA, die bis in die zweite Jahreshälfte 2004 hinein nicht zuletzt aufgrund der Aufwertung des Euro leicht rückläufig gewesen waren, wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder moderat ausgeweitet. Hingegen sanken die Lieferungen nach Asien und insbesondere nach China, nachdem sie zuvor außerordentlich stark gestiegen waren.

Da die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum kräftig expandieren wird und vor allem die Investitionen deutlich zunehmen werden, sind weiterhin erhebliche Nachfrageimpulse aus dem Ausland zu erwarten. Überdies hat der Euro, nach dem Höhenflug im Winterhalbjahr 2004/05, wieder merklich abgewertet, so dass sich die preisliche Wettbewerbsposition auch gegenüber dem Dollarraum verbesserte. Der Kosten- und Preisauftrieb in Deutschland bleibt im internationalen Vergleich niedrig;

Tabelle 3.3

Indikatoren zur Außenwirtschaft[1]

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Exporte, real[2]	6,4	4,2	2,4	9,3	5,9	6,5
Waren	6,3	3,5	3,0	10,0	6,2	6,6
Dienstleistungen	7,6	9,1	–1,2	5,1	3,7	5,7
Importe, real[2]	1,2	–1,4	5,1	7,0	4,2	5,1
Waren	0,3	–0,3	6,6	8,2	5,3	5,6
Dienstleistungen	4,7	–4,9	–0,1	2,7	0,1	3,2
Terms of Trade	–0,1	2,1	1,1	–0,2	–1,5	–1,3
Nachrichtlich:						
In Mrd. Euro						
Außenbeitrag, nominal	42,5	97,1	87,6	109,5	117,7	127,1
Leistungsbilanzsaldo[3]	3,3	48,2	45,2	83,5	85,0	95,0

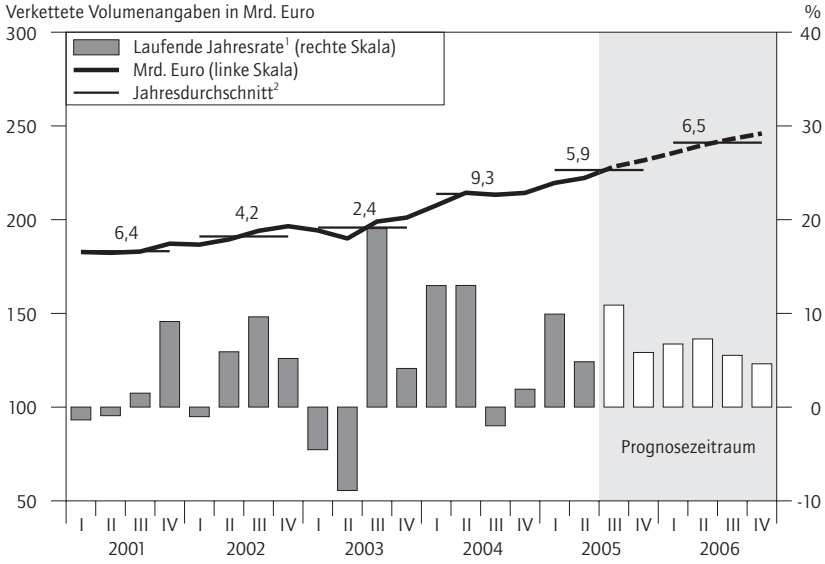
1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 In Preisen des Vorjahres.
3 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Abbildung 3.1

Reale Exporte
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

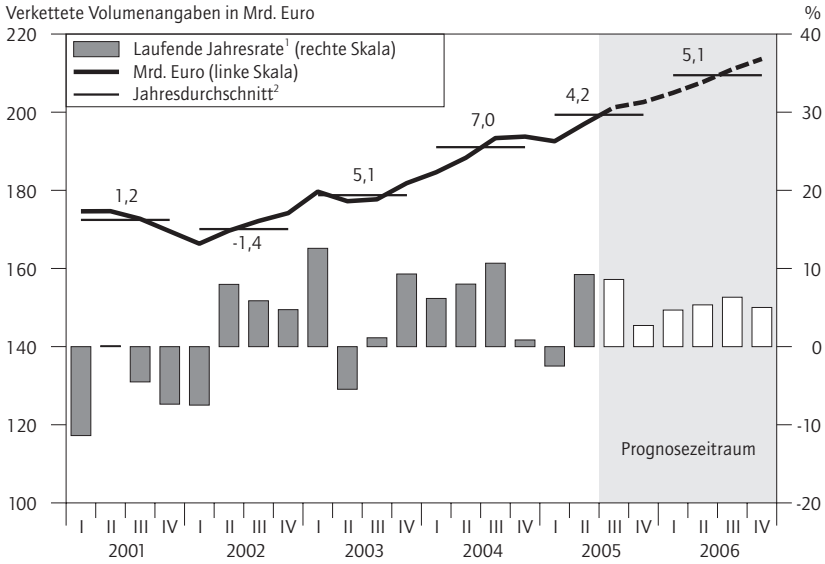
2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Abbildung 3.2

Reale Importe
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

dies stärkt die Konkurrenzposition der deutschen Wirtschaft im Euroraum. All dies spricht dafür, dass die Ausfuhr im Prognosezeitraum weiter deutlich steigen wird, auch wenn sich das Tempo aufgrund der etwas ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur graduell verlangsamen wird. Alles in allem dürfte der reale Export in diesem Jahr um 5,9 % zunehmen, im kommenden Jahr um 6,5 %. Er bleibt damit Stütze der deutschen Konjunktur.

Die Einfuhr ist im Frühjahr, nach kurzzeitiger Abschwächung zu Jahresbeginn, wieder gestiegen. Sie wird angesichts des hohen Importgehalts der Ausfuhren indirekt ebenfalls von der lebhaften Auslandsnachfrage angeregt. Die spürbare Zunahme der Einfuhr von Investitionsgütern spiegelt wider, dass sich die Investitionsneigung in Deutschland gefestigt hat. Die Nachfrage nach ausländischen Konsumgütern hat im Laufe dieses Jahres trotz anhaltender Schwäche des privaten Verbrauchs leicht angezogen; insbesondere preisgünstige Verbrauchsgüter aus dem asiatischen Raum und aus den neuen EU-Ländern dürften verstärkt importiert worden sein. Auch die Einfuhren von Energieträgern haben trotz des kräftigen Preisanstiegs dem Volumen nach merklich zugenommen; offenbar wurden in Erwartung weiter anziehender Preise die Vorräte aufgestockt.

Bei nach wie vor zügig steigenden Exporten und einer etwas regeren Investitionstätigkeit in Deutschland wird die Einfuhr auch weiterhin deutlich expandieren. Im kommenden Jahr dürfte sich zudem die Konsumnachfrage leicht beleben, so dass auch von dieser Seite her einige Anregungen kommen werden. In diesem Jahr wird die Einfuhr um 4,2 % steigen, im Jahre 2006 um 5,1 %.

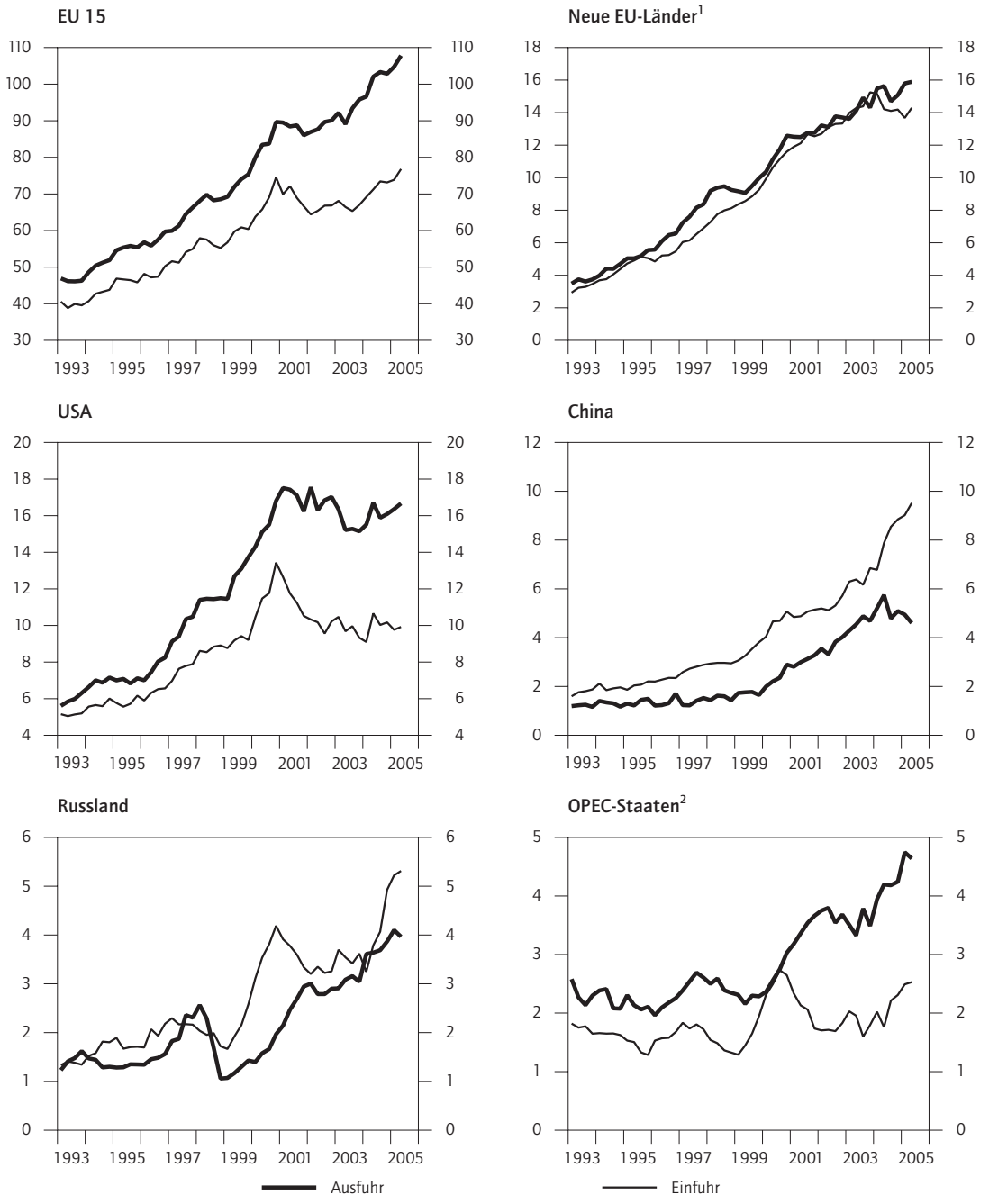
Der Außenbeitrag wird unter diesen Bedingungen in diesem wie auch im nächsten Jahr weiter zunehmen. Alles in allem wird die Außenwirtschaft für sich genommen in diesem Jahr 0,9 Prozentpunkte zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen, im nächsten Jahr 0,8 Prozentpunkte.

Die Ausfuhrpreise haben seit dem Frühjahr wieder angezogen. Offenbar haben sich durch den anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft und die Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten die Preiserhöhungsspielräume tendenziell vergrößert, so dass die Kostensteigerungen infolge der Verteuerung von Energieträgern und Industrierohstoffen zumindest teilweise überwälzt werden konnten. Erleichtert wurde dies dadurch, dass von den Preissteigerungen an den internationalen Rohstoffmärkten auch die Konkurrenten in anderen Ländern betroffen waren. Angesichts des scharfen internationalen Wettbewerbs und des nur geringen Lohnzuwachses in Deutschland ist aber zu erwarten, dass der Anstieg der Exportpreise im Prognosezeitraum moderat bleiben wird.

Abbildung 3.3

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1 Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern.

2 Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2005

Bei der Einfuhr hat sich der Preisauftrieb in diesem Jahr spürbar beschleunigt. Ausschlaggebend dafür war die weitere kräftige Verteuerung von Energieträgern und anderen Rohstoffen, die in den vergangenen Monaten durch die Abwertung des Euro noch verstärkt wurde. Für die Prognose ist unterstellt, dass sich der Ölpreis bei etwa 60 US-Dollar je Barrel bewegen wird und sich der Wechselkurs des Euro etwa auf seinem derzeitigen Niveau hält. Unter diesen Bedingungen wird sich der Anstieg der Einfuhrpreise im kommenden Jahr deutlich abschwächen. Die Terms of Trade werden sich in diesem Jahr um 1,5 % verschlechtern, im nächsten Jahr um 1,3 %.

Tabelle 3.4

Deutsche Exporte nach Regionen

Spezialhandel in jeweiligen Preisen

Ländergruppe	2003			2004			1. Halbjahr 2005		
	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP[1]
Insgesamt	**664,5**	**100,0**	**30,7**	**733,5**	**100,0**	**33,1**	**382,3**	**100,0**	**34,7**
EU 25	423,6	63,8	19,6	468,6	63,9	21,1	246,1	64,4	22,4
Darunter:									
Euroraum	288,7	43,4	13,3	319,0	43,5	14,4	169,1	44,2	15,4
Neue EU-Länder[2]	56,5	8,5	2,6	61,4	8,4	2,8	31,8	8,3	2,9
NAFTA[3]	71,4	10,7	3,3	74,6	10,2	3,4	38,5	10,1	3,5
Ostasien[4]	54,6	8,2	2,5	60,5	8,2	2,7	29,3	7,7	2,7
Darunter:									
China	18,3	2,7	0,8	21,0	2,9	0,9	9,5	2,5	0,9
Übrige Länder	114,9	17,3	5,3	129,8	17,7	5,9	68,3	17,9	6,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

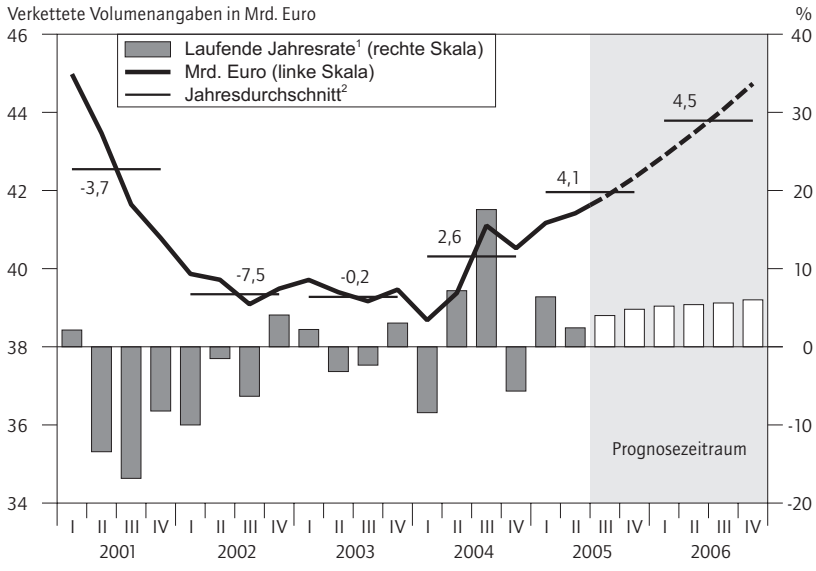
1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.
2 Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern.
3 USA, Kanada, Mexiko.
4 Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute. **GD** Herbst 2005

Abbildung 3.4

Reale Investitionen in Ausrüstungen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

Ausrüstungsinvestitionen ziehen an

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem Frühjahr 2004 wieder aufwärts gerichtet. Maßgeblichen Anteil daran hatte die Verbesserung der Absatz- und Ertragsaussichten im Ausland. Verstärkt investiert wird deshalb insbesondere in den exportorientierten Wirtschaftsbereichen, in denen auch die Kapazitätsauslastung spürbar zunimmt. Gefördert wird die Investitionstätigkeit allgemein durch die günstigen Finanzierungsbedingungen; so sind die Kapitalmarktzinsen weiter gesunken. Auch haben die Unternehmen ihre Gewinnmargen deutlich erhöht, indem sie die Kosten im Personalbereich nicht zuletzt durch verlängerte Arbeitszeiten und den Abbau von übertariflichen Leistungen erheblich verringerten. In den binnenmarktorientierten Bereichen ist die Kapazitätsauslastung immer noch niedrig. So blieb der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen insgesamt in der ersten Jahreshälfte verhalten.

Umfrageergebnisse[22] und der aufwärts gerichtete Trend der Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterherstellern lassen für das zweite Halbjahr eine stärkere Ausweitung der Investitionen erwarten. Darauf deuten auch die in letzter Zeit eingegangenen Großaufträge hin. Für das kommende Jahr ist mit einer leichten Beschleunigung des Investitionsanstiegs zu rechnen. Allerdings bleibt die Dynamik im Vergleich zu früheren Erholungsphasen moderat, zumal die anhaltend hohen Ölpreise dämpfend wirken und die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gering bleiben werden. Die kräftig steigende Auslandsnachfrage wird aber die direkt und indi-

22 Vgl. J. Gürtler und A. Städtler: Dynamisches Wachstum in der Leasingbranche – die Anzeichen für eine Belebung der Investitionstätigkeit mehren sich In: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 17, 2005, S. 21–24; A. Weichselberger: Westdeutsche Industrie plant nach drei Jahren rückläufiger Investitionen für 2005 einen Anstieg. In: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 17, 2005, S. 25–31.

rekt vom Export abhängigen Unternehmen zur Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten anregen. Insgesamt erhöhen sich die Ausrüstungsinvestitionen 2006 um 4,5 %, nach 4,1 % in diesem Jahr. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen im Jahresdurchschnitt 2005 um 2,1 %, im kommenden Jahr um 4,0 %.

Baunachfrage weiterhin rückläufig

Die Bauinvestitionen befinden sich nach wie vor in einer Schwächephase. Insbesondere der Wohnungsbau geht trotz niedriger Hypothekenzinsen weiter zurück. Die dämpfenden Effekte infolge der Arbeitsplatzunsicherheit und die schwache Entwicklung der Realeinkommen halten auch in diesem Jahr an. Die durch die Diskussion um die Eigenheimzulage ausgelöste zusätzliche Nachfrage dürfte weitgehend abgearbeitet sein, und die vorgezogenen Aufträge fehlen jetzt. In manchen Regionen bremst auch das Überangebot an Wohnungen. Im nächsten Jahr wird sich das Tempo der Abwärtsbewegung leicht verlangsamen. Die Perspektiven am Arbeitsmarkt hellen sich etwas auf, und der Geschosswohnungsbau dürfte sich in einzelnen Regionen langsam wieder für gewerbliche Investoren rentieren.

Beim Wirtschaftsbau lassen die nur moderate konjunkturelle Erholung sowie die hohen Kapazitätsüberhänge bei Büroimmobilien keine Umkehr des Abwärtstrends erwarten. Die gewerblichen Bauinvestitionen dürften damit in diesem Jahr kräftig schrumpfen. Für das nächste Jahr deuten die allmähliche Stabilisierung der Mietpreise bei Immobilien und die Belebung bei den Ausrüstungsinvestitionen darauf hin, dass sich der Abwärtstrend im Wirtschaftsbau abflacht.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im laufenden Jahr wegen der angespannten Haushaltslage nochmals sinken. Im nächsten Jahr dürften die Kommunen – Hauptträger öffentlicher Investitionen – infolge höherer Gewerbesteuereinnahmen allerdings verstärkt investieren. Darüber hinaus dürften die steigenden Einnahmen des Bundes aus der Lkw-Maut die öffentliche Investitionstätigkeit etwas anregen. Sie werden allerdings wegen des anhaltenden Konsolidierungsdrucks wohl nicht in vollem Umfang zu zusätzlichen Investitionen führen. Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahre 2005 um 4,9 % und im Jahr darauf um 1,2 % ab.

Tabelle 3.5

Reale Bauinvestitionen[1]

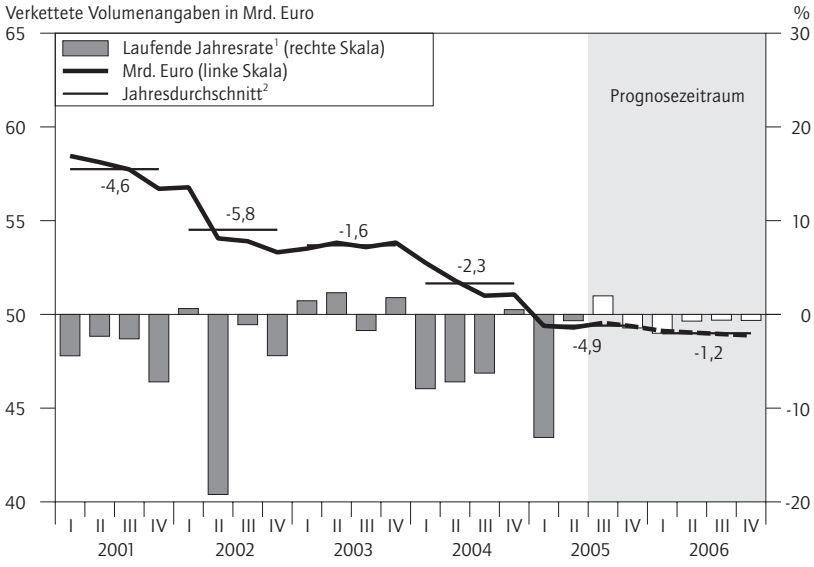
	2004	2003	2004	2005	2006
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Wohnbauten	58,1	–1,0	–1,6	–5,0	–2,1
Nichtwohnbauten	41,9	–2,4	–3,4	–4,6	–0,1
Gewerblicher Bau	30,4	–0,6	–1,0	–5,2	–1,0
Öffentlicher Bau	11,5	–6,5	–9,1	–3,0	2,3
Insgesamt	**100,0**	**–1,6**	**–2,3**	**–4,9**	**–1,2**

1 In Preisen des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

Abbildung 3.5

Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

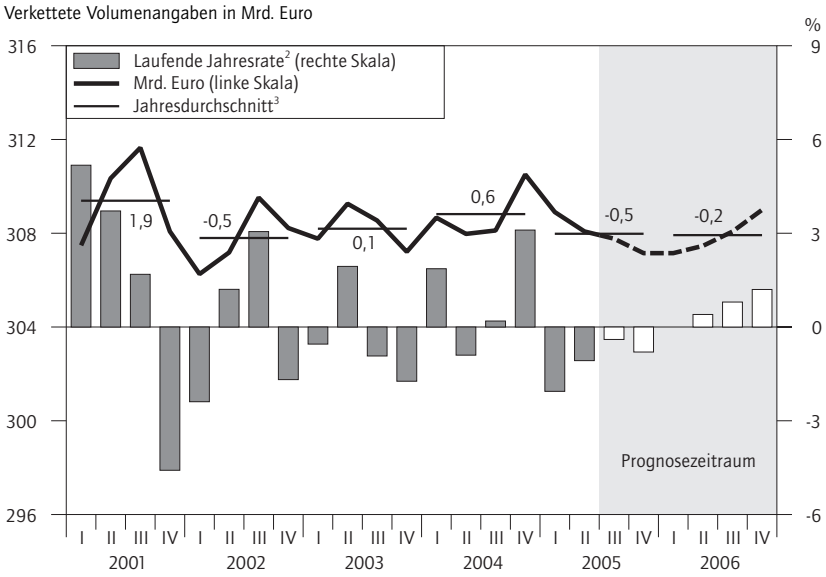
Privater Konsum bleibt Sorgenkind

Die seit 2002 anhaltende Konsumschwäche ist noch nicht überwunden. In der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Konsumausgaben real sogar wieder gesunken. Obwohl zu Jahresbeginn weitere Steuerentlastungen wirksam wurden, nahmen die verfügbaren Einkommen bei schwacher Beschäftigungsentwicklung und rückläufigen Sozialtransfers nicht zu. Real gingen sie vor allem infolge der kräftigen Erhöhung der Energie- und Kraftstoffpreise sogar zurück. Die Sparquote blieb angesichts unsicherer Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven hoch.

Eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums ist im Prognosezeitraum nicht zu erwarten. Nach wie vor dämpfen das hohe Arbeitsplatzrisiko und

Abbildung 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
3 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

die gedrückten Einkommensperspektiven. Die Bruttoverdienste stagnieren nahezu. Zudem müssen die Arbeitnehmer seit der Jahresmitte einen zusätzlichen Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung leisten. Darüber hinaus wird durch die hohen Preise für Energieträger Kaufkraft in erheblichem Umfang entzogen. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte der private Konsum real um 0,5 % sinken (Abbildung 3.6).

Im Jahre 2006 werden die Bruttolöhne und -gehälter bei wieder zunehmendem Arbeitsvolumen etwas steigen. Allerdings erhöhen sich die tatsächlich gezahlten Löhne wie schon in den Vorjahren langsamer als die Tariflöhne; der Abbau von außertariflichen Lohnbestandteilen setzt sich fort. Die Nettolöhne expandieren aufgrund der Steuerprogression wenig. Die monetären Sozialleistungen werden nur geringfügig steigen. Die Altersrenten werden zur Jahresmitte das dritte Mal in Folge nicht angehoben. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden dagegen erneut mit beträchtlicher Dynamik expandieren. Hierzu tragen die Verbesserung der konjunkturellen Lage wie auch die erhöhten Dividendenzahlungen bei. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden mit 1,4 % stärker als in diesem Jahr steigen. Die Sparquote bleibt bei 10,6 %. Zwar hellen sich die Beschäftigungsaussichten auf, doch dürften die privaten Haushalte mehr für die Altersvorsorge sparen. Alles in allem nimmt der private Konsum im Verlauf des Jahres 2006 real nur geringfügig zu. Aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn ergibt sich im Jahresdurchschnitt noch ein Rückgang um 0,2 %.

Ölverteuerung treibt Preise

Im Gefolge deutlich anziehender Notierungen für Erdöl und andere Rohstoffe hat sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe verstärkt. Die Inflationsrate erreichte im September mit 2,5 % den höchsten Stand seit mehr als vier Jahren. Zum Preisanstieg trug zuletzt eine weitere Stufe der Tabaksteueranhebung (1,2 Cent pro Zigarette) bei. Die Kerninflationsrate (Verbraucherpreise ohne Energiepreise und ohne Tabaksteueranhebung) betrug im September 1¼ %. Doch wird die Verteuerung von Rohöl und anderen Rohstoffen, die schon längere Zeit andauert, zunehmend auf nachgelagerte Produktionsstufen überwälzt werden. Von daher wird sich auch die Kernrate erhöhen.

Alles in allem wird in dieser Prognose aber nicht mit einer nachhaltigen Verschlechterung des Preisklimas gerechnet. Zum einen dürften die anhaltend schwache Konsumnachfrage und der intensive Wettbewerb im Einzelhandel keine größeren Preisanhebungen zulassen, zum anderen wirkt die hohe Arbeitslosigkeit dämpfend auf die Lohnabschlüsse und damit auf die Arbeitskosten. Merklich steigen werden allerdings die an die Ölpreisentwicklung gekoppelten Gaspreise, die Stromtarife und die Umlagen für Fernwärme. Im Durchschnitt dieses Jahres wird die Teuerungsrate rund 2 % betragen. Für das kommende Jahr zeichnet sich wegen des recht hohen Überhangs (1½ %) und der noch geraume Zeit dauernden Durchwälzung der Energiepreissteigerungen eine Inflationsrate in ähnlicher Höhe ab.

Produktionsanstieg ohne Schwung

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat sich seit dem Tiefpunkt 2003 sehr unstetig entwickelt.[23] Während das Bruttoinlandsprodukt zu Beginn dieses Jahres kräftig stieg, stagnierte es im zweiten Quartal. Insgesamt erhöhte es sich in der ersten Hälfte 2005 mit einer Jahresrate von 1,5 %. Gestützt wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion vor allem von der Auslandsnachfrage; aber auch von den Ausrüstungs- und den Lagerinvesti-

23 Die Schwankungen von Quartal zu Quartal sind möglicherweise durch eine nicht adäquate Berücksichtigung der Arbeitstageeffekte überzeichnet.

Kasten 3.3

Verkettete Volumenangaben

Das Statistische Bundesamt und auch die Institute haben die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bisher in Preisen eines festen Basisjahres *(Festpreisbasis)* nachgewiesen. Das reale BIP im Jahr t ergab sich als Summe aus i (i = 1, …, n) Volumina q (i, t), die mit den Preisen p (i, 0) eines Basisjahres 0 bewertet wurden:

$$BIP\,(t) = \sum_i q\,(i, t)\; p\,(i, 0)$$

Das Basisjahr (zuletzt: 1995) wurde in der Regel alle fünf Jahre aktualisiert, um Verschiebungen in den relativen Preisen Rechnung zu tragen. Am 28. April 2005 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) veröffentlicht. Das reale BIP wird nunmehr auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis *(Vorjahrespreisbasis)* dargestellt. Rechentechnisch werden zunächst Messzahlen für die Jahresergebnisse in konstanten Preisen des Vorjahres ermittelt. Durch Verkettung der jährlichen Volumenänderungen lassen sich Zeitreihen für die volumenmäßige Entwicklung ermitteln. Die Darstellung der realen BIP erfolgt in Form eines Kettenindex mit dem Referenzjahr 2000 = 100.

Die Institute weisen im vorliegenden Gutachten, um die Größenordnungen realer Aggregate nach wie vor darstellen zu können, statt Kettenindizes sog. verkettete Volumenwerte in Mrd. Euro aus (vgl. VGR-Tabellen, S. 54–56). Diese erhält man durch die Multiplikation der kumulierten jährlichen Volumenänderungen mit dem nominalen BIP im Referenzjahr [= $\sum_i q\,(i, 0)\; p\,(i, 0)$]:

$$BIP(t) = \prod_{k=1,\ldots,t} \Delta_{BIP}\,(k, k-1) \times \sum_i q\,(i, 0)\; p\,(i, 0)$$

$$\text{mit } \Delta_{BIP}\,(k, k-1) = \sum_i q\,(i, k)\; p\,(i, k-1) \,/\, \sum_i q\,(i, k-1)\; p\,(i, k-1) \quad (= \text{jährliche Volumenänderung})$$

Durch den Übergang zur Vorjahrespreisbasis entfallen Korrekturen der Wachstumsraten realer Aggregate, die sich in der Regel beim turnusmäßigen Wechsel des Basisjahres ergaben. Nachteilig am Vorjahrespreisverfahren ist die Nichtadditivität der verketteten Volumenangaben, das heißt, die Summe der realen BIP-Komponenten ergibt im Allgemeinen nicht den Wert des realen Bruttoinlandsprodukts, sondern es entsteht ein Residuum (= Differenz zwischen dem direkt ermittelten verketteten BIP und der Summe der verketteten BIP-Komponenten). Im Zeitraum 1991 bis 2004 machte dieses maximal 0,4 % in Relation zum realen BIP aus. Die Residuen sind in der Regel umso größer, je weiter die Berichtsperiode vom Referenzjahr entfernt ist. Nur im Referenzjahr und im darauf folgenden Jahr sind sie null. Saldengrößen wie der Außenbeitrag oder die Vorratsveränderungen können real nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen zum BIP dargestellt werden (Tabelle 3.7).

Für die Quartalsrechnung, für die es unterschiedliche Verfahren zur Konstruktion preisbereinigter Aggregate gibt, wurde vom Statistischen Bundesamt der Annual-Overlap-Ansatz ausgewählt. Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass die Summe der Vierteljahresergebnisse mit dem jeweiligen Jahresergebnis übereinstimmt (zeitliche Additivität).[1]

1 Vgl. W. Nierhaus: Vorjahrespreisbasis und Chain-Linking in den VGR: Das Wichtigste der neuen Volumenrechnung. In: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 15, 2005, S. 29–35.

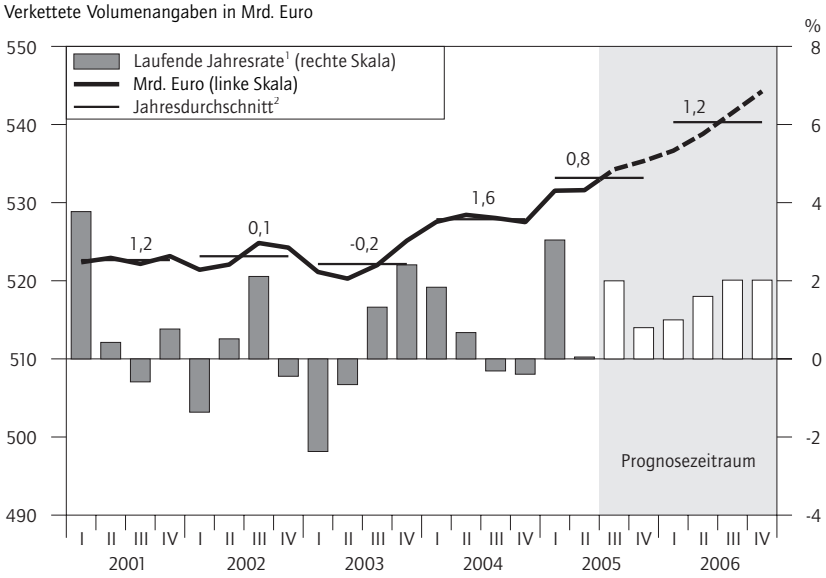
tionen kamen Impulse. Hiervon profitierte insbesondere die industrielle Erzeugung, die deutlich stieg. Nur wenig nahm die Produktion im tertiären Sektor zu, bei den konsumnahen Diensten sank die Wertschöpfung sogar. Zudem war die Bautätigkeit weiterhin rückläufig.

Für die zweite Jahreshälfte zeichnet sich eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab. Darauf deuten die lebhaften Bestellungen im verarbeitenden Gewerbe hin; insbesondere die Aufträge aus dem Ausland sind sehr schwungvoll gestiegen. Wegen der durch den Ölpreisschub geschwächten Binnenkräfte fällt die konjunkturelle Beschleunigung aber gering aus.

Insgesamt rechnen die Institute für 2005 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 0,8 %; arbeitstäglich bereinigt ergibt sich ein Anstieg um 1,0 % (Tabelle 3.7; Abbildung 3.7).

Abbildung 3.7

Reales Bruttoinlandsprodukt
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Im Jahre 2006 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion leicht beschleunigt zunehmen. Neben der Auslandsnachfrage trägt dann auch die Inlandsnachfrage zum Anstieg bei. Eine große Dynamik ist gleichwohl nicht zu erwarten, da der Ölpreis hoch bleibt und der Preisschub aus diesem Jahr nachwirkt. Die industrielle Erzeugung nimmt weiter zu. Zudem wird die Bautätigkeit verlangsamt zurückgehen. Insgesamt ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 % zu rechnen; arbeitstäglich bereinigt beträgt die Zunahme 1,4 %.

In Ostdeutschland unterschritt das Bruttoinlandsprodukt in der ersten Hälfte dieses Jahres leicht das Vorjahresniveau, während es in Westdeutschland um 0,8 % stieg. Maßgeblich für das Andauern der Schwächephase in den neuen Ländern war die geringe Auslandsorientierung der Wirtschaft. So profitierte die Produktion relativ wenig von den recht starken Exportimpulsen. Zudem sank die Bautätigkeit, gemessen an den Umsätzen im Bauhauptgewerbe, doppelt so stark wie in Westdeutschland.

In den vergangenen Monaten erhöhten sich Auftragseingänge wie Umsätze in der Industrie aber auch in Ostdeutschland recht kräftig, und Indika-

Kasten 3.4

Energieimport-Rechnung

Der Preisanstieg an den internationalen Energiemärkten belastet die Konjunktur in Deutschland erheblich. Einen ersten Anhaltspunkt über das Ausmaß gibt eine Energieimport-Rechnung, in der die Einfuhren von Erdöl, Erdgas, Kraftstoffen und anderen Energieträgern zusammengefasst werden. Vereinfachend wurde in den folgenden Rechnungen unterstellt, dass das Importvolumen in den Jahren 2005 und 2006 unverändert bleibt. Änderungen in den Verbrauchsgewohnheiten sind somit nicht berücksichtigt.

Unter den Annahmen dieser Prognose zum Ölpreis wird Deutschland in diesem Jahr 20 Mrd. Euro zusätzlich für Energieimporte aufwenden müssen; das entspricht fast einem Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im kommenden Jahr wird die Importrechnung um weitere 16 Mrd. Euro höher ausfallen; der Entzugseffekt wird mit knapp einem dreiviertel Prozent des Bruttoinlandsprodukts nur wenig schwächer sein als in diesem Jahr. Dabei werden sich die belastenden Faktoren etwas verschieben: In diesem Jahr schlägt die Verteuerung von Öl stärker durch, im kommenden Jahr die von anderen Energieträgern, insbesondere von Erdgas, deren Preise dem Ölpreis zum Teil erst mit einiger Verzögerung folgen.

Die Belastungen durch den Preisanstieg bei Energieträgern sind somit beachtlich. Sie waren in den bisherigen Prognosen allerdings schon zu einem erheblichen Teil berücksichtigt worden; so war in der Frühjahrsdiagnose bereits von einem durchschnittlichen Ölpreis für dieses und das nächste Jahr von jeweils rund 50 US-Dollar je Barrel ausgegangen worden. Insofern bedeuten der zwischenzeitliche Ölpreisanstieg und die damit verbundene Korrektur der Annahme für seine weitere Entwicklung für dieses Jahr nur eine geringe Erhöhung der Energieimport-Rechnung gegenüber dem Stand vom Frühjahr. Für das nächste Jahr ergibt sich allerdings eine zusätzliche Belastung von rund einem halben Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Die genannten Effekte stellen eine Obergrenze dar, schon weil Energieeinsparungen nicht berücksichtigt sind. Außerdem bleiben höhere Erlöse beim Export von Mineralölerzeugnissen aufgrund gestiegener Preise sowie die Durchwälzung energiepreisbedingter Kostensteigerungen im Export außer Acht, durch die die Belastungen teilweise an das Ausland weitergegeben werden.

Tabelle 3.6

Energieimport-Rechnung[1]

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Erdöl							
Mrd. Euro	23,8	21,4	20,0	20,2	24,4	35,6	40,7
Mill. Tonnen	105,14	104,63	104,73	106,36	110,14	110,14	110,14
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1,4	–0,5	0,1	1,6	3,6	0,0	0,0
Durchschnittspreis in Euro pro Tonne	226,6	204,2	191,4	190,1	221,8	323,5	369,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	86,7	–9,9	–6,3	–0,6	16,6	45,9	14,1
IEA-Importpreis in US-Dollar pro Barrel	28,0	23,5	24,1	28,4	36,4	51,8	60,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	62,1	–15,9	2,4	17,7	28,0	42,6	15,8
Euro-Dollar-Kurs	0,92	0,90	0,94	1,13	1,24	1,25	1,20
Erdgas							
Mrd. Euro	8,4	11,4	9,9	10,8	11,2	15,2	20,6
Mill. TJ (Terajoule)	2,84	2,95	3,06	3,19	3,39	3,39	3,39
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	–0,8	3,9	3,8	4,0	6,4	0,0	0,0
Durchschnittspreis in Euro pro TJ	2 967,4	3 875,0	3 238,0	3 401,0	3 288,0	4 477,2	6 078,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	0,0	30,6	–16,4	5,0	–3,3	36,2	35,8
Mineralölerzeugnisse, Kohle, Koks u. a.							
Mrd. Euro	12,4	10,7	14,0	16,9	17,5	22,4	28,3
Energieeinfuhren insgesamt (Mrd. Euro)	**44,6**	**43,5**	**44,0**	**47,9**	**53,1**	**73,3**	**89,6**
Differenz zum Vorjahr							
In Mrd. Euro	21,1	–1,1	0,5	3,9	5,2	20,2	16,3
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,0	–0,1	0,0	0,2	0,2	0,9	0,7

1 Die Energierechnung erfasst die Belastungen Deutschlands durch die Verteuerung von importierten Energieträgern. Sie basiert für die Jahre 2005 und 2006 auf der Annahme, dass die importierten Mengen sich nicht ändern.

Quellen: BAFA; MVW; BMWA; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

toren lassen auf einen weitaus geringeren Rückgang im Baugewerbe schließen als zuvor. Für das zweite Halbjahr ist deshalb wieder eine deutliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten, vorwiegend infolge kräftiger Steigerungen der industriellen Erzeugung. Angeregt davon dürfte auch die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienste und des Verkehrssektors steigen. Für das Gesamtjahr 2005 wird sich wegen der Schwäche in der ersten Hälfte jedoch nur eine geringe Zunahme des Bruttoinlandsprodukts ergeben. Im nächsten Jahr wird sich auch in Ostdeutschland die Expansion beschleunigen, allerdings weniger als im Westen, da die wirtschaftliche Erholung in Deutschland weiterhin im Wesentlichen vom Export getragen wird.

Vorerst kaum Besserung am Arbeitsmarkt

Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Das zeigt nicht zuletzt der anhaltende Abwärtstrend der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Er hat sich seit dem Frühjahr lediglich etwas abgeflacht; der Vorjahresstand

Tabelle 3.7

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts[1]

In Prozentpunkten

	2004	2005	2006
Konsumausgaben	0,0	–0,4	–0,1
Private Haushalte[2]	0,3	–0,3	–0,1
Staat	–0,3	–0,2	0,0
Anlageinvestitionen	0,0	–0,2	0,2
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,3
Bauten	–0,2	–0,5	–0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	0,5	0,5	0,2
Inlandsnachfrage	0,5	–0,1	0,3
Außenbeitrag	1,1	0,9	0,8
Ausfuhr	3,3	2,2	2,6
Einfuhr	2,2	–1,4	–1,8
Bruttoinlandsprodukt[3]	**1,6**	**0,8**	**1,2**

1 Zur Definition vgl. Tabelle 3.2. In Vorjahrespreisen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2005 und 2006: Prognose der Institute. **GD** Herbst 2005

Tabelle 3.8

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	39 209	38 994	38 632	38 782	38 821	39 031
Arbeitnehmer	35 226	34 991	34 560	34 564	34 453	34 625
Darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 901	27 629	27 007	26 561	26 171	26 094
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 112	4 148	4 322	4 742	4 808	4 928
Zusatzjobs				12	217	350
Selbständige	3 983	4 003	4 072	4 218	4 368	4 406
Darunter:						
Ich-AGs			36	153	240	200
Pendlersaldo	107	102	90	86	120	155
Erwerbstätige Inland	39 316	39 096	38 722	38 868	38 940	39 185
Arbeitslose	3 853	4 061	4 377	4 381	4875[6]	4 755
Arbeitslosenquote[1]	8,9	9,4	10,2	10,1	11,2[6]	10,9
Erwerbslose[2]	2 900	3 229	3 703	3 931	3 955	3 800
Erwerbslosenquote[3]	6,9	7,6	8,7	9,2	9,2	8,9
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	123	207	195	151	120	95
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	236	194	145	119	58	50
Berufliche Weiterbildung	352	340	260	184	110	110
Westdeutschland[4]						
Erwerbstätige Inländer[5]	31 433	31 337	31 059	31 192	31 226	31 421
Arbeitslose	2 321	2 498	2 753	2 783	3257[6]	3 230
Arbeitslosenquote[1]	6,9	7,4	8,1	8,2	9,5[6]	9,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	94	162	160	122	94	71
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	57	46	32	24	13	10
Berufliche Weiterbildung	202	198	161	121	75	75
Ostdeutschland[4]						
Erwerbstätige Inländer[5]	7 776	7 657	7 573	7 590	7 595	7 610
Arbeitslose	1 532	1 563	1 624	1 598	1618[6]	1 525
Arbeitslosenquote[1]	16,5	17	17,7	17,4	17,6[6]	16,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	29	45	35	29	26	24
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	179	148	113	95	45	40
Berufliche Weiterbildung	150	142	99	63	35	35

1 Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).
2 Definition der ILO.
3 Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).
4 Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin; Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlins.
5 Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2005.
6 Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Kommunen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: Februar/März 2005); 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

wurde zur Jahresmitte immer noch um rund 400 000 unterschritten. Dies spiegelt allerdings auch den Abbau traditioneller Instrumente der Arbeitsmarktpolitik – insbesondere ABM – wider. Deutliche Spuren hat die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik bei den übrigen Erwerbstätigen hinterlassen. Die Zahl der Minijobs, die im vergangenen Jahr noch stark gestiegen war, ist im ersten Quartal zwar gesunken, hat sich aber danach leicht erhöht. Die Zahl der Ich-AGs, die um die Jahreswende als Folge des Inkrafttretens von Hartz IV noch einmal deutlich in die Höhe geschnellt war, ist seither in der Grundtendenz rückläufig. Zum einen dürften die Neubewilligungen zurückgegangen sein, weil die Anspruchsvoraussetzungen durch die Pflicht zum Nachweis eines tragfähigen Geschäftskonzepts verschärft wurden. Zum anderen kam es verstärkt zu Geschäftsaufgaben, weil immer mehr Gründer ins zweite bzw. dritte Jahr der Förderung rückten, in denen die Zuschüsse deutlich

geringer sind und vielfach die zu entrichtenden Sozialabgaben nicht mehr decken.

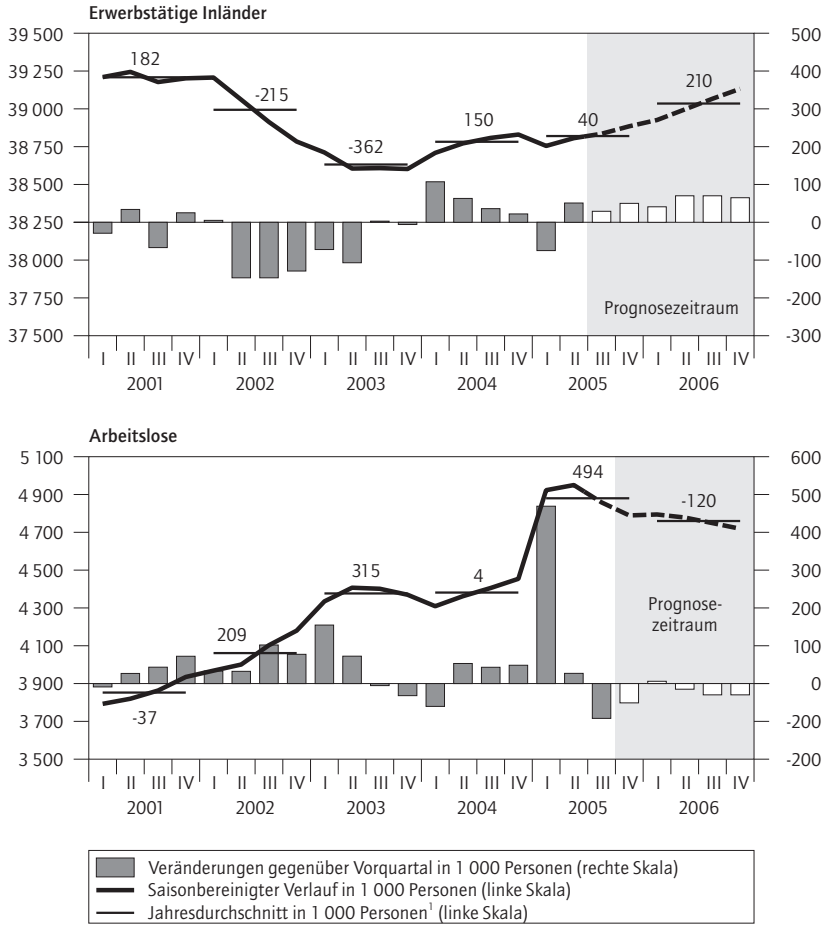
Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt ging im ersten Quartal zurück, erhöhte sich danach aber wieder.[24] Allerdings ist der Anstieg vor allem Folge der verstärkten Bereitstellung gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) für Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II); von März bis Juni stieg ihre Zahl um 90 000. Die starke Ausweitung solcher „Ein-Euro-Jobs“ ist nicht unproblematisch, denn es mehren sich die Hinweise, dass durch solche Beschäftigungsverhältnisse reguläre Beschäftigung verdrängt wird.[25] Ohne Berücksichtigung von Minijobs, Ich-AGs und „Zusatzjobs“ war die Erwerbstätigenzahl bis zuletzt deutlich rückläufig. Der merkliche Anstieg der Zahl der offenen Stellen in diesem Jahr ist ebenfalls überwiegend auf das wachsende Angebot an „Zusatzjobs“ zurückzuführen.

Die Zahl der Arbeitslosen schnellte in den ersten drei Monaten um rund 550 000 in die Höhe, da als Folge des Inkrafttretens von Hartz IV insbesondere zuvor nicht als arbeitslos gemeldete erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger nunmehr in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden.[26] Der seit April zu verzeichnende saisonbereinigte Rückgang der Arbeitslosenzahlen lässt sich teilweise daraus erklären, dass Personen, denen kein ALG II zustand, ihre Meldung zurückzogen bzw. nicht erneuerten oder sich bei näherer Überprüfung als nicht erwerbsfähig erwiesen und aus der Statistik herausfielen. Weitaus stärker zu Buche schlug aber, dass Langzeitarbeitslose vermehrt in „Zusatzjobs“ beschäftigt wurden.

Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist nicht zu erwarten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird zunächst noch weiter zurückgehen, wenn auch langsamer als bisher. Im Laufe des kommenden Jahres wird sie bei fortschreitender konjunktureller Erholung die Talsohle durchschreiten und in der zweiten Hälfte leicht steigen. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wird in diesem Jahr aufwärts gerichtet bleiben, allerdings in erster Linie wegen der Ausweitung der „Zusatzjobs“. Für das nächste Jahr ist mit einem leicht verstärkten Anstieg der Erwerbstätigkeit zu rechnen, auch weil die Zahl der Minijobs weiter zunimmt. Dem steht allerdings gegenüber, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage die Existenzförderung durch die Ich-AGs bis zum Ende dieses Jahres begrenzt ist. Außerdem ist vor dem Hintergrund der Diskussion über Verdrängungseffekte damit zu rechnen, dass die Ausweitung der „Ein-Euro-Jobs“ zum Stillstand kommt. Alles in allem wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer in diesem Jahr um 40 000 höher sein als im Vorjahr;

Abbildung 3.8

Erwerbstätige und Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



1 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in 1 000 Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 3. bzw. 4. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

für 2006 ist mit einem Anstieg um 210 000 zu rechnen. Dabei ist unterstellt, dass die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten 2005 um 205 000 und im kommenden Jahr um 133 000 zunimmt.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte auch im weiteren Verlauf dieses Jahres zurückgehen, vor allem weil

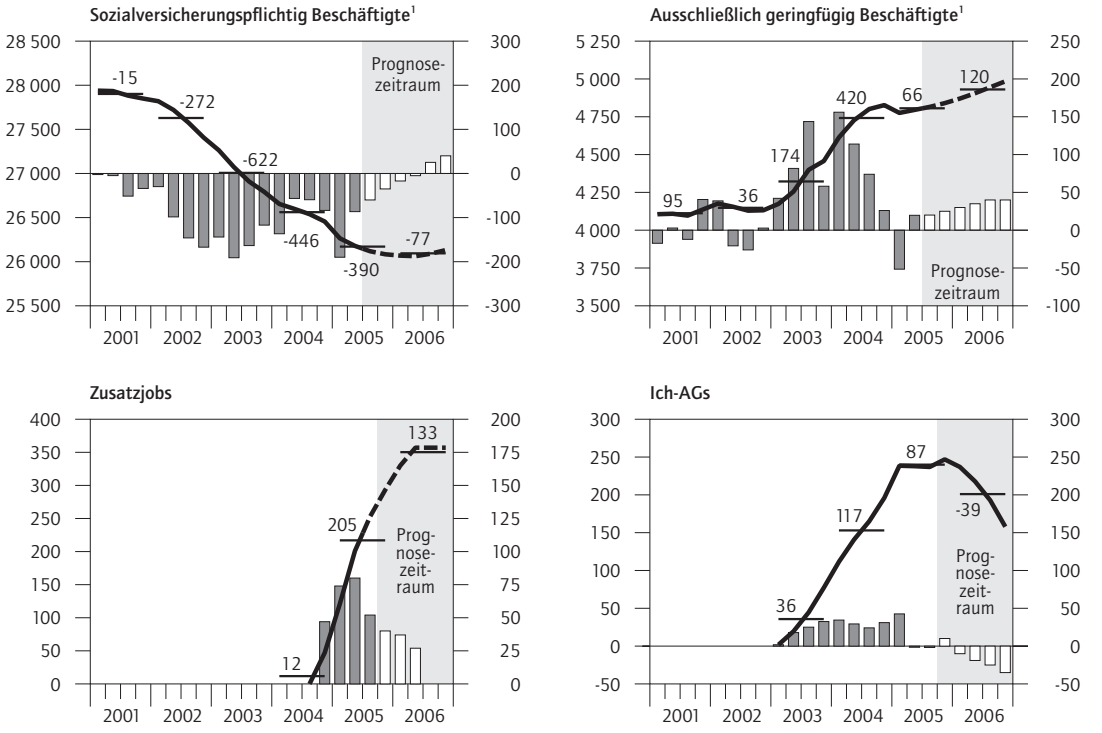
24 Die Erwerbstätigenzahlen wurden in den vergangenen Jahren mehrfach kräftig revidiert, was zum Teil zu markanten Änderungen im Verlaufsbild führte. So wies die Statistik zunächst einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit bis in dieses Jahr hinein aus; nach der jüngsten Revision vom August ergibt sich für die ersten Monate des Jahres 2005 hingegen ein spürbarer Rückgang.

25 Darauf weist auch die zunehmende Zahl von Gerichtsverfahren hin, in denen auf Ein-Euro-Basis entlohnte Arbeitnehmer den vollen Tariflohn für Tätigkeiten einklagten, die nicht als Zusatzarbeiten anzusehen sind. Vgl.: Langzeitarbeitslose in Ein-Euro-Jobs klagen Tariflöhne ein. In: FAZ vom 16. August 2005, S. 11.

26 Dabei sind die rund 70 000 erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger der optierenden Kommunen berücksichtigt, die erst ab September in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Der kräftige Anstieg der registrierten Arbeitslosen in diesem Monat ist vorrangig darauf zurückzuführen.

Abbildung 3.9

Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit



1 Saisonbereinigt.
2 Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 3. bzw. 4. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

weitere „Zusatzjobs" für ALG-II-Empfänger bereitgestellt werden. Im Durchschnitt dieses Jahres wird sie dennoch mit 4,88 Mill. um rund 500 000 höher sein als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wirken die konjunkturelle Besserung, das Bereitstellen weiterer Arbeitsgelegenheiten, eine verstärkte Vermittlungstätigkeit durch die Job-Center sowie eine intensivere Prüfung missbräuchlicher Inanspruchnahme des ALG II auf einen Rückgang der Arbeitslosenzahl hin. Dem steht allerdings das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelung nach § 428 SGB III[27] gegenüber, was für sich genommen zu mehr Arbeitslosen führen wird. Insofern ist im Jahre 2006 nur mit einem geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 4,76 Mill. zu rechnen.

Nur langsamer Defizitabbau

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommt im Jahre 2005 nicht voran. Das Budgetdefizit geht von 81 Mrd. Euro auf 78 Mrd. Euro bzw. – in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – von 3,7 auf 3,5 % zurück (Tabelle 3.9). Haushaltsentlastungen aufgrund von Sonderfaktoren[28] stehen konjunkturbedingte Belastungen sowie Mindereinnahmen aus Steuerrechtsänderungen gegenüber.

Das Steueraufkommen nimmt in diesem Jahr voraussichtlich um 0,5 % zu. Schwach entwickelt sich die Umsatzsteuer, da die Konjunktur von den Exporten getragen wird. Einbußen bei der Mineralölsteuer resultieren aus dem ölpreisbedingten Verbrauchsrückgang. Hingegen treibt der Anstieg der Gewinne die Körperschaft- und die Gewerbesteuer in die Höhe. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung dürften stagnieren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geht weiter zurück, und die Einkommenszuwächse sind gering.

27 Nach dieser Regelung können 58-jährige und ältere Arbeitslose bis zum frühestmöglichen Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand weiterhin Arbeitslosengeld beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen.

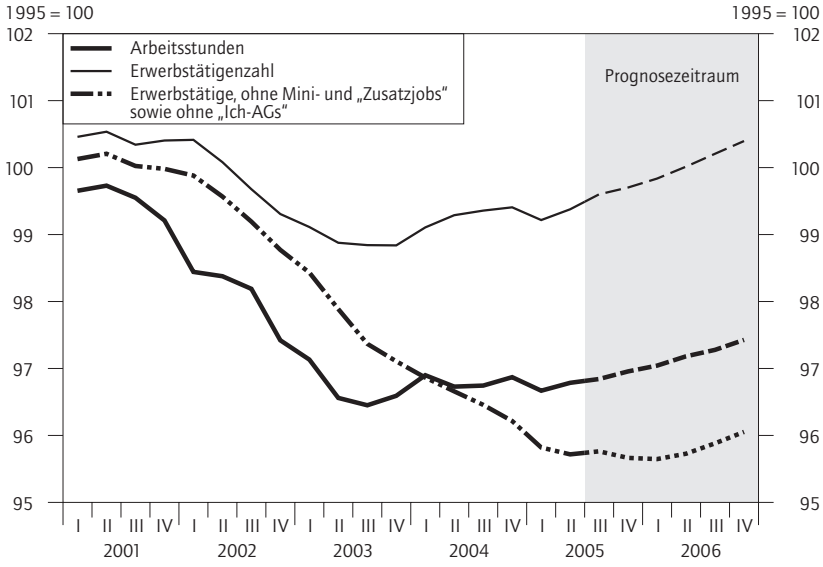
28 Zum einen wurden die Länder dadurch entlastet, dass die Landesbanken erhöhte Zinsen auf Vermögen zahlten, das ihnen in früheren Jahren übertragen worden war. Zum anderen konnte der Bund Zuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse vermeiden, indem er Forderungen der Kasse verkaufte (Tabelle 3.10). Es ist jedoch noch offen, ob die Europäische Kommission diesen Verkauf als defizitmindernd akzeptiert, da es sich hierbei um eine verdeckte Kreditaufnahme handelt (Kasten 3.5).

Die Beitragsbelastung insgesamt ändert sich nicht. Zwar wurde für Kinderlose zu Jahresbeginn der Beitrag zur Pflegeversicherung erhöht, doch wurden die Beitragssätze in der Krankenversicherung geringfügig gesenkt. Die Finanzierungslücke in der Rentenversicherung wird durch den Rückgriff auf die Rücklagen (Schwankungsreserve) geschlossen. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen um 0,6 % und damit deutlich schwächer als das nominale Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Einnahmesteigernd wirkt dabei auch die Einführung der Lkw-Maut.

Der Anstieg der Ausgaben hält sich in diesem Jahr in engen Grenzen (0,3 %). Dabei sind die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst abermals rückläufig; weiterhin wird Personal abgebaut, und die Löhne steigen nur wenig. Hingegen nehmen die sozialen Sachleistungen des Staates merklich zu, da die im Jahre 2004 umgesetzte Reform der gesetzlichen Krankenversicherung den Zuwachs nur temporär dämpfte. Die Ausgaben für das ALG II fallen wesentlich höher aus als die im Jahr zuvor geleisteten Zahlungen für Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe (für Erwerbsfähige) und Wohngeld. Zwar nehmen die Ausgaben je Leistungsempfänger infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen im Durchschnitt ab, doch ist die Zahl der Begünstigten wesentlich größer als im Vorjahr. Die Rentenzahlungen stei-

Abbildung 3.10

Geleistete Arbeitsstunden[1] und Zahl der Erwerbstätigen[2] im Inland



1 Index, 1995 = 100; saison- und kalenderbereinigt. **2** Index, 1995 = 100; saisonbereinigt.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2005: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

Tabelle 3.9

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[1] 1991 bis 2006

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungssaldo	*Nachrichtlich:* Zinssteuerquote[2]
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	–2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	–2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	–3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	–2,3	14,2
1995[3]	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	–3,0	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	–3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	–2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	–2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	–1,5	13,2
2000[4]	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	–1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	–2,8	13,5
2002	44,3	22,3	18,1	48,1	2,9	1,7	–3,7	13,2
2003	44,4	22,3	18,2	48,4	3,0	1,5	–4,0	13,4
2004	43,2	21,7	17,8	46,9	2,8	1,4	–3,7	13,1
2005[5]	42,9	21,5	17,6	46,4	2,9	1,3	–3,5	13,3
2006[5]	42,7	21,7	17,4	45,8	2,9	1,3	–3,1	13,3

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.
3 Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,4 Mrd. Euro).
4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).
5 Unter Berücksichtigung der „Minderausgaben" infolge des Verkaufs von verbrieften Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse (2005: 5,5 Mrd. Euro; 2006: 2,5 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

gen kaum, weil die Renten nicht erhöht wurden und die Zahl der Rentenfälle nur geringfügig zunimmt; mindernd wirkt, dass die Rentner seit Juli 2005 höhere Beiträge zur Sozialversicherung entrichten müssen. Einsparungen werden erzielt, weil Vermögenstransfers wie die Eigenheimzulage und die Investitionszuschüsse eingeschränkt wurden. Bei den öffentlichen Investitionen ist nochmals mit einem Rückgang zu rechnen. Schließlich steigen die Zinsausgaben angesichts der hohen Neuverschuldung wieder, zumal sich bei der Refinanzierung von Altschulden geringere Zinsersparnisse als bisher ergeben.

Im nächsten Jahr dürften die Staatsausgaben ähnlich moderat zunehmen wie in diesem. Die Personalausgaben sinken wegen des fortgesetzten Personalabbaus, während der große Block der monetären Sozialleistungen stagniert. Die Renten werden nicht erhöht; zudem müssen die Rentner für ein ganzes Jahr einen höheren Beitrag zur Krankenversicherung entrichten. Die arbeitsmarktbedingten Ausgaben dürften sich leicht verringern. Bei der Eigenheimzulage und den Investitionszuschüssen kommt es ebenfalls zu Einsparungen. Auch werden Kohlesubventionen zurückgezahlt, weil sie in den Jahren zuvor nicht entsprechend der Erhöhung der Weltmarktpreise reduziert worden waren. Allerdings leistet der Bund Zuweisungen an die Postbeamtenversorgungskasse (3 Mrd. Euro). Die sozialen Sachleistungen werden voraussichtlich überdurchschnittlich ausgeweitet. Auch die Zinsausgaben werden spürbar steigen. Bei den kommunalen Investitionen dürfte es nach dem viele Jahre anhaltenden Rückgang zu einem Anstieg kommen, da sich die Finanzlage der Gemeinden bereits im Jahre 2005 infolge höherer Einnahmen aus der Gewerbesteuer merklich gebessert hat.

Das Steueraufkommen dürfte im kommenden Jahr um 2,8 % expandieren. Die Lohnsteuereinnahmen werden angesichts der erwarteten Lohn- und Beschäftigungsentwicklung nur schwach zunehmen. Demgegenüber wird das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern weiterhin dynamisch zulegen. Die Umsatzsteuer dürfte etwa so stark wie die inländische Verwendung steigen.

Bei den Sozialbeiträgen ist 2006 mit geringen Mehreinnahmen zu rechnen. Die Löhne und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden nur wenig steigen. Die Beitragssätze

Kasten 3.5

Zur statistischen Erfassung der Defizit- und der Schuldenquoten im europäischen Haushaltsüberwachungsverfahren

In der jüngsten Zeit ist es zu Unklarheiten über die Höhe des Budgetdefizits und des Schuldenstands in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gekommen. Diese sind auf drei Ursachen zurückzuführen: Unterschiede in der Definition des Bruttoinlandsprodukts auf nationaler und europäischer Ebene, die Behandlung des Verkaufs von Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse und die Behandlung von „Platzhaltergeschäften".

Im Jahre 2005 wurde die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in Übereinstimmung mit europäischen Regeln revidiert. Seitdem werden u. a. die Bankdienstleistungen (FISIM) nach einem geänderten Verfahren gebucht, das zu einem höheren Niveau des Bruttoinlandsprodukts führt (vgl. Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2005, S. 24). Da noch nicht alle Länder der EU diese Revision umgesetzt haben, wird im europäischen Verfahren der Haushaltsüberwachung für 2005 noch das Bruttoinlandsprodukt nach der alten Konvention zugrunde gelegt. Die auf dieser Basis berechneten Defizitquoten fallen etwas höher aus als die auf den amtlichen VGR-Daten basierenden.

Strittig ist derzeit noch, wie der Verkauf von verbrieften Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse im Jahre 2005 (8 Mrd. Euro) in der VGR zu buchen ist. Die Pensionskasse wird von der Bundesregierung und dem Statistischen Bundesamt dem Unternehmenssektor zugeordnet, während Eurostat sie dem Staatssektor zurechnet und den Verkauf dementsprechend als Kreditaufnahme des Bundes wertet (vgl. Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2005, S. 42). Legt man die Einschätzung von Eurostat zugrunde, dann fällt das Budgetdefizit im Jahre 2005 um 5,5 Mrd. Euro bzw. in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um 0,2 %, im Jahre 2006 um 2,5 Mrd. Euro bzw. um 0,1 % höher aus als hier ausgewiesen.

Eurostat weist darüber hinaus auch einen höheren Schuldenstand aus (zum Jahresende 2004: 1 451 statt 1 437 Mrd. Euro), weil es „Platzhaltergeschäfte" nunmehr als Kreditaufnahme bewertet; die KfW hatte Anteile des Bundes, u. a. an der Deutschen Telekom AG, übernommen und schon vor ihrem Verkauf Abschlagszahlungen an den Bund geleistet.

in der Renten- und in der Krankenversicherung dürften konstant bleiben. Zwar werden die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung bei gegebenem Leistungsrecht und bei unverändertem Beitragssatz nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren; ein höherer Bundeszuschuss wird aber dadurch vermieden, dass zu Beginn des kommenden Jahres die Sozialabgaben von den Unternehmen zwei Wochen früher als bisher gezahlt werden müssen.[29]

Das Budgetdefizit des Staates wird unter den gesetzten Annahmen im Jahre 2006 auf 70 Mrd. Euro bzw. 3,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts sinken. Die im Vertrag von Maastricht festgelegte Defizitgrenze wird damit das fünfte Mal in Folge überschritten.

29 Die Sozialversicherungszweige kassieren damit 2006 einmalig Beiträge auf Löhne für 13 Monate (Dezember 2005 bis Dezember 2006). Für die Arbeitgeber entsteht dadurch ein Zinsverlust für etwa zwei Wochen. Auf das Aufkommen der Sozialbeiträge in der Abgrenzung der VGR hat die Verkürzung der Zahlungsfrist keine Auswirkungen, da die Beiträge hier der Periode zugerechnet werden, für die sie geleistet werden.

Tabelle 3.10

Veränderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Mrd. Euro gegenüber 2004

	2005	2006
Senkung der Einkommensteuersätze (3. Stufe der Steuerreform)	–6,2	–6,3
Reduktion von Steuervergünstigungen[2]	3,9	6,3
Alterseinkünftegesetz	–1,0	–1,3
Anhebung der Tabaksteuer	0,5	0,5
Reform der Gewerbesteuer	0,3	0,4
Bekämpfung der Schwarzarbeit	0,8	0,9
Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages für Kinderlose (im Alter von 23 bis 65 Jahren)	0,7	0,7
Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für Rentner	0,4	0,4
Reduktion des GKV-Beitragssatzes um 0,05 Prozentpunkte im Jahre 2005	–0,5	–0,5
Erhöhter Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung	0,3	0,6
Lkw-Maut (nach Abzug der Erhebungskosten)	2,4	2,6
Hartz IV	–5,0	–5,0
Kürzung von Subventionen	0,2	1,0
Verringerung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst	1,5	3,0
Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung"	–0,6	–1,0
Insgesamt	**–2,3**	**2,3**
Nachrichtlich:		
Verkauf von Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse	5,5	2,5
Rückzahlungen der Landesbanken	2,2	–1,0
Vermögensübertragung an die Bankgesellschaft Berlin	–1,1	
Schuldenerlass (Irak u. a.)	–1,4	–1,4

1 Ohne Einsparungen im Haushaltsvollzug und ohne „heimliche" Steuererhöhung; ohne makroökonomische Rückwirkungen.
2 Insbesondere Maßnahmen gemäß Haushaltsbegleitgesetz 2004, Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zum Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz, Steuervergünstigungsabbaugesetz 2003.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2005

4. Zur Wirtschaftspolitik

Die Ausgangslage für die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung ist denkbar schwierig. Zwar wurden in den vergangenen Jahren einige Reformen auf den Weg gebracht, doch ist ein Durchbruch bei der Lösung der fundamentalen Probleme der deutschen Wirtschaft nicht in Sicht. Die Probleme zeigen sich vor allem darin, dass das mittelfristige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts fortlaufend zurückgegangen ist und die Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten steigt.[30] Es ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diese Negativtrends umzukehren. Dies erfordert eine klare Analyse der Ursachen für die Wachstumsmisere und die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nur so kann ein Konzept entworfen werden, wie die Aussichten nachhaltig verbessert werden können. Die Situation ist so dramatisch, dass man es sich nicht leisten kann, grundlegende Änderungen in der Wirtschaftspolitik weiter aufzuschieben.

Der Handlungsbedarf wird nicht geringer dadurch, dass man Deutschland zum „Exportweltmeister" (bei den Waren) gekürt hat. Zwar zeigt dies, dass die deutschen Unternehmen sehr produktiv sind und viele Wirtschaftsbereiche komparative Vorteile aufweisen. Doch sind die Exporte für den Wohlstand eines Landes nicht entscheidend. Was zählt ist, wie stark die Realeinkommen und damit letztlich die Konsummöglichkeiten langfristig steigen. In dieser Hinsicht war die Entwicklung in den vergangenen Jahren denkbar schlecht, denn der private Konsum hat real kaum zugenommen. Für große Teile der Bevölkerung ist das gleichbedeutend mit einer Abnahme des Lebensstandards. Dies hat es in kaum einem größeren Industrieland in den vergangenen Jahrzehnten gegeben. Auch die Wachstumsaussichten werden zu Recht pessimistisch eingeschätzt. Auf längere Sicht, also in 10 bis 15 Jahren, wird sich das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens allein schon wegen der absehbaren demographischen Entwicklung weiter verlangsamen, wenn die Wirtschaftspolitik nicht handelt. Damit würden sich die Probleme auch bei den öffentlichen Finanzen zuspitzen, und die Abgabenbelastung der Bürger würde sich noch weiter erhöhen. All dies schlägt sich in den Erwartungen der Bürger nieder und dämpft die Ausgaben der Konsumenten und Investoren vermutlich schon heute. Die Wachstumsschwäche kann nur überwunden werden, wenn sich die fundamentalen Bedingungen so verbessern, dass die Produktivität schneller steigt, mehr gearbeitet und mehr investiert wird als bisher.

Erhöht wird der Handlungsdruck vor allem durch die notwendigen Anpassungen, die durch die Globalisierung ausgelöst werden. Der internationale Wettbewerb hat sich dadurch verschärft, dass sich immer mehr Staaten zu marktwirtschaftlichen Prinzipien hingewendet haben. Auch sind viele Länder – gerade auch die Konkurrenten in der Europäischen Union – bestrebt, die Steuern weiter zu senken. Hiervon ist die deutsche Wirtschaft besonders hart betroffen, nicht zuletzt weil sich die internationale Konkurrenz der Investitionsstandorte in unmittelbarer Nähe verstärkt hat; ebenso ist das Lohnniveau durch das Angebot an Arbeitskräften in den neuen EU-Mitgliedstaaten unter Druck geraten. All diesen Tendenzen wird man sich auch in Deutschland nicht entziehen können. Wenn man sich dem Wettbewerb nicht stellt und die damit verbundenen Chancen nicht nutzt, wird man unweigerlich zurückfallen.

Vor dem Hintergrund dieser großen Herausforderungen war die im Bundestagswahlkampf von den Parteien geführte Diskussion über die richtige wirtschaftspolitische Strategie nicht gerade hilfreich. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung über den Kirchhof-Vorschlag, das Steuersystem grundlegend zu reformieren. Seit langem gibt es einen Konsens nicht nur in den Wirtschaftswissenschaften, sondern auch in der Politik, dass die Vereinfachung ebenso wie eine größere Neutralität des Steuersystems sinnvoll sind. Daneben ist es unter Ökonomen unstrittig, dass ein System, bei dem die Bemessungsgrundlagen verbreitert und die Steuersätze vermindert werden, dem jetzigen System unter Effizienzgesichtspunkten weit überlegen ist. Dies gilt für den Vorschlag einer „flat tax" ebenso wie für andere Konzepte, die seit längerer Zeit auf dem Tisch liegen. Dabei ist es zweitrangig, ob ein konkreter Vorschlag mit bestimmten Steuersätzen zu mehr oder weniger Steuereinnahmen führen würde. Wenn die Wirtschaftspolitik die von der Wissenschaft vorgelegten Konzepte zur Verbesserung des Steuersystems aufgegriffen hätte, wäre dies ein Signal für eine grundlegende Änderung in der Wirtschaftspolitik gewesen. Diese Chance wurde vertan.

Die neue Bundesregierung steht vor der großen Aufgabe, ein wirtschaftspolitisches Konzept zu formulieren und Reformen mutig anzupacken. Anders wird es nicht gelingen, die Probleme des niedrigen Wachstums und der hohen Arbeitslosigkeit zu mildern. Dabei darf man sich nicht auf eine Reihe von Einzelmaßnahmen beschränken. In der jetzigen Lage sollten allokative Aspekte im Vorder-

30 Vgl. auch die Analyse im Frühjahrsgutachten 2005, S. 48 f.

grund stehen, um die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Verteilungspolitische Gesichtspunkte sollten dahinter zurücktreten.

Gefordert ist, wie die Institute in den vergangenen Gutachten immer wieder betont haben, ein geschlossenes Konzept, in dem die Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind, sich ergänzen und nicht widersprechen. Dabei müssen Prinzipien erkennbar sein, welche die Politik leiten. Dazu gehören folgende Grundsatzentscheidungen:

1. Die Eingriffe des Staates sollten zugunsten von mehr marktwirtschaftlichen Elementen und von mehr Eigenverantwortung zurückgeführt werden. Dies betrifft den Arbeitsmarkt ebenso wie die Systeme der sozialen Sicherung.

2. Der Staat muss sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Viele der Ausgaben sind unproduktiv, sie müssen aber mit verzerrenden Steuern finanziert werden. Dies schadet dem Wachstum. Daher sollten solche Ausgaben abgebaut werden. Damit würde mehr Raum geschaffen, um die besonders produktiven Ausgaben des Staates im Bereich der Forschung und der Infrastruktur zu erhöhen – Bereiche also, die in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurden.

3. Damit einhergehen muss eine Konsolidierung der Staatsfinanzen. Dies gilt nicht nur, damit die öffentlichen Haushalte in Deutschland den Vorgaben der Verfassung entsprechen und der Stabilitäts- und Wachstumspakt erfüllt wird, sondern vor allem, um den Anstieg der Schuldenquote zu stoppen und umzukehren. Die Konsolidierung sollte allein über die Ausgabenseite erfolgen, indem konsumtive Ausgaben gekürzt werden.

4. Die Abgabenlast von Haushalten und Unternehmen darf nicht steigen, sondern sie muss mittelfristig zurückgeführt werden. Der Abbau von Steuervergünstigungen muss dazu genutzt werden, die Steuersätze zu senken.

5. Die Arbeitsanreize müssen gestärkt werden, ebenso wie die Anreize, im privaten Sektor profitable Arbeitsplätze zu schaffen. Dies erfordert Änderungen in der Steuer- und in der Sozialpolitik, aber auch beim rechtlichen Rahmen für den Arbeitsmarkt. Die bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Hartz-Reformen reichen bei weitem nicht aus. Teilweise sind sie sogar, etwa was die Anreize betrifft, kontraproduktiv, und sie führen darüber hinaus zu erheblichen Mehrausgaben des Staates.

6. Daneben sind die anderen Handlungsträger an ihre wirtschaftspolitische Verantwortung zu erinnern. Der Staat ist nicht für alle Ziele verantwortlich und kann sie nicht selbst erreichen, sondern er kann nur – und das ist wichtig genug – den geeigneten Rahmen setzen. In der Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik sind die Tarifparteien wesentlich für die Beschäftigung verantwortlich, insbesondere über die Lohnfindung und die Regeln über die Arbeitszeit.

Die neue Bundesregierung sollte sich zu solchen Grundsätzen, die für eine echte Reformpolitik und für mehr Wachstum und Beschäftigung zentral sind, bekennen. Ob dies tatsächlich geschieht, ist offen. Pessimisten könnten erwarten, dass Reformen durch die neue Bundesregierung nur im Umfang des kleinsten gemeinsamen Nenners angepackt werden und dabei ein klares Konzept verloren geht. Es ist aber auch eine optimistische Sicht möglich. Anders als in den vergangenen Jahren könnten jetzt die großen Parteien gemeinsam Initiativen starten und auch durchsetzen, zumal eine Blockade im Bundesrat unwahrscheinlich ist, da sie in den Länderparlamenten ebenfalls Verantwortung tragen. In einigen Bereichen sind sich die Parteien weitgehend einig, und es gibt zum Teil konkrete Vorschläge:

- Der Vorschlag von Koch und Steinbrück zum Abbau der Subventionen, der schon seit dem Jahr 2003 vorliegt, sollte wieder aufgegriffen werden. Die Institute wiederholen ihre Empfehlung, die noch nicht umgesetzten unstrittigen Maßnahmen in einer Größenordnung von 70 Mrd. Euro in einem Zeitraum von fünf Jahren zu verwirklichen; darüber hinaus sollten aber auch Steuervergünstigungen, die damals strittig waren, etwa die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen, abgebaut werden. Damit entsteht Spielraum, die Steuersätze zu senken und die Investitionen des Staates zu erhöhen; die Notwendigkeit hierfür wird in den großen Parteien gesehen.

- Über das Ziel, die Staatsfinanzen zu konsolidieren, besteht prinzipiell Einigkeit, doch wird man sich über den genauen Weg und das Tempo noch einigen müssen. Die bislang vorliegenden Absichten der Parteien hierzu sind wenig konkret und bezüglich der mittelfristigen Aussichten für die Staatsverschuldung viel zu zaghaft; sie widersprechen auch dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es gilt hier, durch eine konsequente Sparpolitik bei den konsumtiven Ausgaben sowie durch den raschen Abbau von Finanzhilfen das Budgetdefizit und die Verschuldungsquote des Staates deutlich zu verringern.

- Über die Notwendigkeit einer Reform der Unternehmensbesteuerung besteht ebenfalls grundsätzlich Einigkeit. Der Sachverständigenrat erarbeitet derzeit für die Bundesregierung ein umfassendes Konzept, das auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung beinhalten wird. Die Institute haben sich bereits im Frühjahr 2005 für eine duale Einkommensteuer ausgesprochen. Sie könnte schon im Jahre 2007 eingeführt werden. Als Maßnahme, die sofort ergriffen werden kann, sollte der Beschluss des „Jobgipfels“ vom Frühjahr umgesetzt werden.

- Bei der Föderalismusreform hat man sich zwar vor einiger Zeit in vielen Punkten geeinigt. In den Verhandlungen wurden aber solche Bereiche ausgeklammert, in denen man zu mehr Wettbewerb und damit zu mehr Effizienz kommen könnte. Ein Beispiel ist die Neuregelung der Finanzverfassung. Hier sollte die Reform wesentlich mutiger angegangen werden, damit Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen können.

Wenn die neue Bundesregierung diese Ansatzpunkte konkretisiert bzw. weiterentwickelt und sie dann auch rasch umsetzt, wäre ein erster großer Schritt getan. Aber auch andere Handlungsträger in der Wirtschaftspolitik sind gefragt. Die im Bundestagswahlkampf geführte Diskussion über eine Senkung der Lohnnebenkosten betrifft nur einen Teil des Problems, denn die Diagnose lautet: Die Arbeitskosten in Deutschland sind in vielen Bereichen zu hoch. Deshalb ist nicht in erster Linie der Staat gefordert, sondern vor allem die Tarifparteien. Zwar haben sie in den vergangenen Jahren einen nur geringen Anstieg der Tariflöhne vereinbart und auch die Arbeitszeit flexibler gestaltet, doch reagierten sie häufig erst, nachdem sich die Schwierigkeiten verschärft hatten. Um eine krisenhafte Zuspitzung zu vermeiden, sollten die Tarifpartner offener sein für Bündnisse auf Betriebsebene und für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.

Werden die eingangs genannten Prinzipien für die Wirtschaftspolitik aufgegriffen und entsprechende Reformvorschläge rasch umgesetzt, braucht es nicht zu einer Schwächephase der Konjunktur zu kommen. Vielmehr können die Erwartungen der Bürger sehr schnell positiv beeinflusst werden. Denn es geht um Reformen, die hauptsächlich dazu dienen, den Wachstumspfad anzuheben, was letztlich allen zugute kommt. Werden beispielsweise die öffentlichen Haushalte – wie von den Instituten vorgeschlagen – konsolidiert, müssen die Bürger nicht mehr befürchten, dass die Abgaben künftig erhöht werden; sie können sogar erwarten, dass sie gesenkt werden. Dies steht möglichen kontraktiven Wirkungen der Haushaltskonsolidierung entgegen. Ferner ist das makroökonomische Umfeld in mehrerer Hinsicht günstig und sollte zu Reformen ermuntern. So expandiert die Weltwirtschaft mit hohem Tempo, und von daher wird die Nachfrage auch in Deutschland gestützt. Daneben sind die Zinsen für deutsche Verhältnisse seit geraumer Zeit sehr niedrig. Auch haben sich die monetären Rahmenbedingungen kontinuierlich verbessert, da Deutschland Jahr für Jahr real gerechnet abgewertet hat, während der Realzins gleich geblieben ist bzw. sich der Abstand gegenüber dem Ausland nicht vergrößert hat. Schließlich begrenzen die niedrigen Kapitalmarktzinsen auch die Zinslast für das staatliche Budget.

Zur Finanzpolitik

Deutschland dürfte im kommenden Jahr – bei unveränderter Gesetzeslage – die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht zum fünften Mal in Folge überschreiten. Ein annähernd ausgeglichener Haushalt ist in weite Ferne gerückt. Die Fehlbeträge sind nur zum Teil der schwachen Konjunktur geschuldet. Der weit überwiegende Teil ist struktureller Natur; nach Schätzungen internationaler Organisationen liegt das konjunkturbereinigte Defizit derzeit bei etwa 3 %.[31] Somit dürften das Haushaltsdefizit bei besserer Konjunktur ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen nur wenig sinken und der Schuldenstand steigen. Die Haushaltsfehlbeträge müssen schon kurzfristig merklich verringert werden, will man nicht eine Wiederaufnahme des Defizitverfahrens durch die EU riskieren. Zudem besteht die Gefahr, dass sich der budgetäre Handlungsspielraum des Staates künftig bei steigenden Zinsen spürbar verringert. Bisher sorgten die niedrigen Zinsen dafür, dass die Zinszahlungen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt trotz eines steigenden Schuldenstandes sanken. Nun nähert sich die Schuldenquote einem Wert von 70 %, und die Zinsen dürften auf mittlere Sicht nicht so niedrig bleiben wie bisher.[32] Überdies können die automatischen Stabilisatoren erst dann voll wirken, wenn das Defizit hinreichend zurückgeführt worden ist.

Auch aus anderen Gründen besteht Handlungsbedarf. Die Steuerbelastung der Unternehmen ist in Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin hoch. Der Faktor Arbeit wird unverändert in

31 Der IMF schätzt das konjunkturbereinigte Budgetdefizit Deutschlands für das Jahr 2004 im World Economic Outlook vom September 2005 auf 3,2 %, die OECD im Economic Outlook vom Mai 2005 auf 2,6 % und die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2005 auf 3,3 %.

32 Ein um einen Prozentpunkt höherer Kapitalmarktzins würde bei dem derzeitigen Stand der Verschuldung die öffentlichen Haushalte um etwa 15 Mrd. Euro pro Jahr (0,7 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 2004) belasten.

beträchtlichem Umfang durch Lohnnebenkosten verteuert. Aufgrund der absehbaren Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung besteht erheblicher Reformbedarf in der Renten-, der Kranken- und der Pflegeversicherung, schon um zu vermeiden, dass die Lohnnebenkosten weiter steigen. Zwar wurden auf all diesen Feldern in den vergangenen Jahren erste Schritte unternommen, jedoch reichen diese keineswegs aus, um die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen durchgreifend zu verbessern und zu tragfähigen öffentlichen Finanzen zu gelangen.

Es ist wichtig, dass die neue Bundesregierung die Weichen möglichst rasch stellt und dabei eine konsistente Strategie verfolgt, die Ziele benennt und klare Prioritäten setzt. Den Maßnahmen auf der Ausgabenseite sollte eine umfassende Aufgabenkritik vorausgehen, bei der alle Staatsausgaben auf dem Prüfstand stehen. Sie sollte Einsparpotentiale benennen, aber auch aufzeigen, in welchen Feldern zur Förderung des Wachstums die Ausgaben gesteigert werden müssen. Per saldo sollten die Staatsausgaben begrenzt werden, damit die Haushaltsfehlbeträge und die Abgabenbelastung gesenkt werden können. Auf der Einnahmenseite sollte eine umfassende Reform des Steuersystems in Angriff genommen werden, die auf ein einfaches und weitgehend neutrales Steuerrecht und eine Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zielt. Gleichzeitig muss die Reform des Systems der sozialen Sicherung vorangetrieben werden, damit es tragfähig wird, die Belastung mit Lohnnebenkosten sinkt und mehr Arbeitsplätze entstehen.

Die bisher vorliegenden Pläne zur Haushaltskonsolidierung sind nicht sehr ehrgeizig. Das strukturelle Budgetdefizit dürfte im kommenden Jahr kaum verringert werden; auch mittelfristig ist der Defizitabbau nicht gesichert. Damit bleibt die Finanzpolitik sogar hinter den Anforderungen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts zurück, nach denen Staaten, die ein übermäßiges Defizit und einen Schuldenstand von mehr als 60 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen, ihre Defizitquote konjunkturbereinigt mindestens um 0,5 Prozentpunkte je Jahr zurückführen sollen. Schon aufgrund dieser Anforderungen muss die Politik ihre Anstrengungen intensivieren, um das Defizit rasch unter die 3 %-Grenze zu senken und bis zum Ende der Legislaturperiode einem ausgeglichenen Haushalt nahe zu kommen.[33]

Wie sich eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auf die Konjunktur auswirkt, wird in der Öffentlichkeit bisweilen kontrovers diskutiert. Einerseits dürften Ausgabeneinsparungen und ein Abbau von Steuervergünstigungen in der kurzen Frist für sich genommen dämpfend auf die Konjunktur wirken. Andererseits wird die Nachfrage gefördert, wenn Aussicht auf eine Konsolidierung der Staatsfinanzen besteht. Eine deutlich sinkende Schuldenquote kann bei Konsumenten und Unternehmen Zuversicht schaffen, dass die Steuer- und Abgabenbelastung auf mittlere Sicht sinkt. Zudem werden die Wachstumschancen verbessert, wenn Subventionen und Steuervergünstigungen abgebaut und damit Allokationsverzerrungen beseitigt werden. Auf mittlere Sicht wird ein höheres Wachstum auch dazu führen, dass das Aufkommen an Steuern und Sozialbeiträgen steigt und die arbeitsmarktbedingten Ausgaben sinken, so dass die Abgaben reduziert werden können. Zwar dürften nach empirischen Untersuchungen in der kurzen Frist die dämpfenden Effekte überwiegen,[34] doch ist in der mittleren Frist mit einem steileren Wachstumspfad zu rechnen.[35]

Wichtig ist, dass eine das Wachstum fördernde, qualitative Konsolidierung betrieben wird. Dies erfordert einerseits Einsparungen bei den konsumtiven Staatsausgaben und den Steuervergünstigungen. Insbesondere sollten Subventionen und Vermögensübertragungen (z. B. Eigenheimzulage) gekürzt und Effizienzreserven in der öffentlichen Verwaltung, aber auch bei der Sozialversicherung genutzt werden. Andererseits müssen investive Ausgaben für Infrastruktur, Bildung sowie Forschung und Entwicklung deutlich ausgeweitet werden. Mit der Einsparliste von Koch und Steinbrück, die Ba-

33 Wie auch die anderen Institute sieht das DIW Berlin das vordringliche Ziel der Fiskalpolitik darin, ohne Zeitverlust wachstumsorientierte Reformprozesse sowohl von der Ausgaben- als auch von der Einnahmenseite zu unterstützen, im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung allerdings auch dann, wenn dies kurzfristig den Konsolidierungsprozess verzögert. Daher dürfen sich die beiden Budgetseiten nicht dergestalt gegenseitig blockieren, dass notwendige Abgabensenkungen mangels zeitgleicher Kürzungsmöglichkeiten bei den Ausgaben unterbleiben oder sinnvolle Ausgaben mit dem Hinweis auf eine fehlende kurzfristige Steuerfinanzierung verhindert werden. Auch in konjunkturellen Schwächephasen muss das Prinzip gelten, dass Staatsaufgaben, deren „Social Rate of Return" über den Finanzierungskosten liegt, wahrgenommen werden – nicht zuletzt im Interesse der kommenden Generationen. Angesichts einer nach wie vor schwachen Binnennachfrage und zu erwartender J-Kurveneffekte, die durch umfassende Reformen den staatlichen Budgetsaldo und die Konjunktur belasten können, sollte die Fiskalpolitik als Konjunkturstütze erhalten bleiben. Eine Wirtschaftspolitik, die in der gegenwärtigen Situation Konsolidierungsanstrengungen intensiviert, könnte Gefahr laufen, mittel- und langfristige Wachstumspotentiale aufzugeben. Werden notwendige Reformschritte unter Finanzierungsvorbehalt gestellt, kommt dies derzeit einer faktischen Reformblockade gleich. Erst in einem gefestigten Aufschwung sollte die Defizitquote – dann aber durchaus kräftig – abgebaut werden. Zwar reduziert das erhöhte Wirtschaftswachstum bereits die Defizitquote, gleichwohl sollte die Glaubwürdigkeit dieser Politik durch eine regelgebundene mittelfristige Konsolidierungsstrategie abgesichert werden.

34 Vgl. W. Leibfritz et al.: Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Zwischen gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und wirtschafts- und finanzpolitischem Handlungsbedarf. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung. München 2001; sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren. Jahresgutachten 2003/04. Stuttgart 2003, Ziff. 821.

35 Vgl. z. B. A. Alesina und R. Perotti: Fiscal Adjustments in OECD Countries: Composition and Macroeconomic Effects. In: IMF Staff Papers, Vol. 44, No. 2, 1997, S. 210–248; sowie L. Schuknecht und V. Tanzi: Reforming Public Expenditure in Industrialised Countries – Are there Trade-offs? ECB Working Paper Series No. 435. Frankfurt a. M. 2005.

sis der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses des Bundestages und des Bundesrates im Dezember 2003 war, liegt ein konkreter Ansatzpunkt für Einschnitte bei den Subventionen und Steuervergünstigungen vor. Die Institute empfehlen, die Einsparungen binnen fünf Jahren umzusetzen; darüber hinaus sollten aber auch weitere Steuervergünstigungen abgebaut werden. So lässt sich z. B. die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen aus ökonomischer Sicht nicht rechtfertigen. Die Vereinbarungen zwischen den Koalitionsparteien, die Streichung der Steuerfreiheit dieser Zuschläge im Vorhinein für tabu zu erklären, ist kontraproduktiv.

Bei der Reform des Steuersystems sollte die Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen Vorrang haben, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland steigt. Die steuerliche Belastung einbehaltener Gewinne von Kapitalgesellschaften durch Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag beträgt in Deutschland rund 39 %. In allen Ländern der Europäischen Union ist sie niedriger, nachdem einige Staaten die Sätze zum Teil erheblich verringert haben. Zwar schneidet Deutschland bei der effektiven Steuerbelastung, die die Unterschiede in der steuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt, etwas besser ab. Jedoch ist auch diese mit 36 % im Durchschnitt höher als in den anderen europäischen Ländern. In den neuen EU-Ländern liegt die ertragsteuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften im Durchschnitt sogar um etwa 16 Prozentpunkte unter der in Deutschland. Da die meisten Staaten bestrebt sind, die Steuerbelastung der Unternehmen zu reduzieren, wird sich die Position Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb weiter verschlechtern, sofern sich die Finanzpolitik nicht bewegt. Um dem entgegenzuwirken, sollte als erster Schritt die beim „Job-Gipfel“ vereinbarte Reform der Unternehmensbesteuerung möglichst rasch in Kraft gesetzt werden.[36] Auf mittlere Sicht dürfte eine solche Reform zumindest aufkommensneutral sein, da niedrige Steuersätze Anreize schaffen, Gewinne im Inland entstehen zu lassen.

Allerdings sollte dies nur der Auftakt für eine weitergehende Reform der Einkommens- und Gewinnbesteuerung sein, die nicht nur die Steuerbelastung verringert. Das bestehende System führt nämlich zu Verzerrungen bei den Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sowie bei der Wahl der Rechtsform, ist also nicht entscheidungsneutral. Zudem gilt das deutsche Steuersystem aufgrund vielfältiger Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen als kompliziert und intransparent, und es ist mit einem hohen Befolgungs- und Verwaltungsaufwand verbunden. Deshalb sollten die Bemessungsgrundlagen durch das Streichen von Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbeständen verbreitert und die Steuersätze gesenkt werden.

Es liegt eine Reihe von Vorschlägen vor, wie eine solche Reform im Detail aussehen könnte. Zu erwähnen sind das Modell der Stiftung Soziale Marktwirtschaft, der Vorschlag eines „Einfachsteuersystems“ des Heidelberger Steuerkreises, der „Karlsruher Entwurf“ von Paul Kirchhof und der vom Sachverständigenrat propagierte Entwurf einer dualen Einkommensteuer. Alle diese Vorschläge beinhalten eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bestehenden System. In ihrem Frühjahrsgutachten 2005 hatten die Institute die duale Einkommensteuer favorisiert. Mit ihrer Einführung kann wegen der unterschiedlichen Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen die Belastung zunächst dort gesenkt werden, wo es am dringlichsten ist: bei den international mobilen Kapitaleinkommen. So können die Steuerausfälle begrenzt werden. Zu Beginn des kommenden Jahres werden der Sachverständigenrat ebenso wie die Stiftung Soziale Marktwirtschaft ihre Vorschläge im Detail veröffentlichen. Dann ist es an der Politik, diese aufzugreifen und eine Steuerreform auf den Weg zu bringen, die zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft treten kann.

Bei den Sozialabgaben hat die Bundesregierung ihr Ziel nicht erreicht, die Belastung unter 40 % des Bruttoarbeitsentgelts zu senken. Sie liegt derzeit bei knapp 42 %, obwohl diverse Maßnahmen zu ihrer Senkung ergriffen wurden. So wurden ab 1998 im Zuge der Ökosteuerreform die Zuschüsse zur Rentenversicherung kräftig erhöht, 2003 ein steuerfinanzierter Zuschuss zur Krankenversicherung eingeführt und mit der Reform in der Renten- und in der Krankenversicherung Einsparungen vorgenommen. Zudem wurde partiell die Abgabenbelastung erhöht, z. B. durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung 2003. Die unverändert hohen Beiträge belasten den Faktor Arbeit und stellen ein Beschäftigungshemmnis dar.

Ein Anstieg des Beitragssatzes in der Rentenversicherung wird im kommenden Jahr nur dadurch verhindert, dass der Fälligkeitstermin für die So-

36 Der vom Bundesrat abgelehnte Gesetzentwurf zur Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen sah vor, dass der Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 19 % gesenkt und die Anrechnung der Gewerbesteuer- auf die Einkommensteuerschuld erhöht werden. Die Entlastungen sollten durch die Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Verlusten aus Steuerstundungsmodellen, die – auf drei Jahre befristet – nur hälftige Steuerpflicht bei der Aufdeckung von stillen Reserven bei Immobilienveräußerungen sowie die Verschärfung der Mindestbesteuerung finanziert werden; daneben wurden Mehreinnahmen aus der Repatriierung von bislang im Ausland versteuerten Gewinnen erwartet. Die Budgetwirkungen wurden per saldo auf –0,1 Mrd. Euro (2006) und 0,8 Mrd. Euro (2007) veranschlagt.

zialversicherungsbeiträge insgesamt vorgezogen wird. Durch solche Verschiebeaktionen lassen sich die strukturellen Probleme allerdings nicht lösen. Vielmehr müssten das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise angehoben, die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug erhöht und die Rentenformel modifiziert werden. Die Bundesregierung hat zwar einen Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenformel eingebaut, damit die Rentensteigerungen gedämpft werden, wenn sich die Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern verschlechtert. Eine Niveausicherungsklausel verhindert aber, dass die Renten in diesem und im kommenden Jahr sinken. Um die erforderliche Entlastung der Rentenversicherung in vollem Umfang zu sichern, sollten die durch die Klausel verhinderten Kürzungen in konjunkturell guten Jahren nachgeholt werden. Zudem ist es angezeigt, den Nachhaltigkeitsfaktor auf die Beamtenversorgung zu übertragen.[37]

Im Bereich der Krankenversicherung führte die 2004 in Kraft getretene Reform im Wesentlichen nur zu einer einmaligen Senkung des Ausgabenniveaus. Zu kurz kam die Stärkung des Wettbewerbs unter den Krankenkassen wie auch zwischen den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen. Sie ist aber erforderlich, um dauerhafte Effizienzgewinne zu erzielen, mit denen sich der Kostenanstieg im Gesundheitswesen begrenzen lässt. Auch wäre eine Entkoppelung der Beiträge von der Lohnentwicklung schon deshalb hilfreich, weil sonst die Beitragssätze und damit die Lohnnebenkosten aus demographischen Gründen weiter steigen.

Zur Senkung der Lohnnebenkosten wurde von der CDU/CSU im Wahlkampf vorgeschlagen, den Umsatzsteuerregelsatz um zwei Prozentpunkte anzuheben und gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte zu senken. Mit dieser weitgehend aufkommensneutralen Umschichtung der Staatseinnahmen[38] wird die Hoffnung verbunden, dass aufgrund sinkender Lohnkosten das Wachstum gestärkt und beschäftigungsintensiver wird. Zwar werden Arbeitnehmer und Unternehmen von Sozialabgaben entlastet, gleichzeitig führt die höhere Mehrwertsteuer aber zu Belastungen. Gelingt eine Überwälzung, so verringert sich die Kaufkraft der Konsumenten. Gelingt sie nicht, was angesichts der flauen Konjunktur derzeit vielfach der Fall sein dürfte, so geht die Steuererhöhung zu Lasten der Gewinne; hierauf reagieren die Unternehmen mit Rationalisierungen, die zu Lasten der Beschäftigung gehen, oder sie versuchen, Lohnsenkungen durchzusetzen. Positiv wirkt sich aber aus, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter gegenüber ausländischen verbessert, so dass die Exporte, die nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, tendenziell zunehmen und die Importe geringer werden. Alles in allem halten die Institute die Beschäftigungswirkungen einer solchen Umfinanzierung für gering.

Eine Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung im Jahre 2006 ist nach Einschätzung der Institute auch ohne eine höhere Mehrwertsteuer möglich. Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit wurden bereits in diesem Jahr kräftig reduziert und dürften im kommenden in Anbetracht der erwarteten Arbeitsmarktentwicklung weiter sinken; zudem profitiert auch die Bundesagentur vom vorgezogenen Fälligkeitstermin der Sozialversicherungsbeiträge. Von 2007 an dürften die Ausgaben auch dadurch sinken, dass ab Februar die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld für jene, die sich neu arbeitslos melden, verkürzt wird. Die Bundesagentur selbst hat eine Senkung um 0,5 Prozentpunkte zur Jahresmitte 2006 ins Gespräch gebracht. Die anstehende Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dürfte weitere Möglichkeiten aufzeigen, die Mittel effizient zu verwenden und die Beiträge noch stärker zu senken. Die Institute plädieren dafür, den Beitragssatz zu Jahresbeginn 2006 um einen Prozentpunkt zu senken.

Zur Lohnpolitik

Seit Anfang des vergangenen Jahres verläuft die Lohnentwicklung sehr moderat. Im Jahre 2004 und auch in der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Tariflöhne in der Gesamtwirtschaft auf Stundenbasis um 1,2 % gestiegen. Die Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitnehmerstunde) sind im Jahre 2004 sogar fast unverändert geblieben. Dies dürfte der niedrigste Anstieg der Lohnkosten seit 1950 sein. Da in einer Periode mit besonders vielen Arbeitstagen wie im Jahre 2004 die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden aber kleiner ist als die Zahl der geleisteten, wird die Grundtendenz bei den Arbeitskosten unterzeichnet. Bereinigt um Saison- und Arbeitstageeffekte sowie temporäre irreguläre Effekte erlaubt die „glatte" Komponente[39] eine bessere Beurteilung des Verlaufs von Löhnen und Lohnkosten.

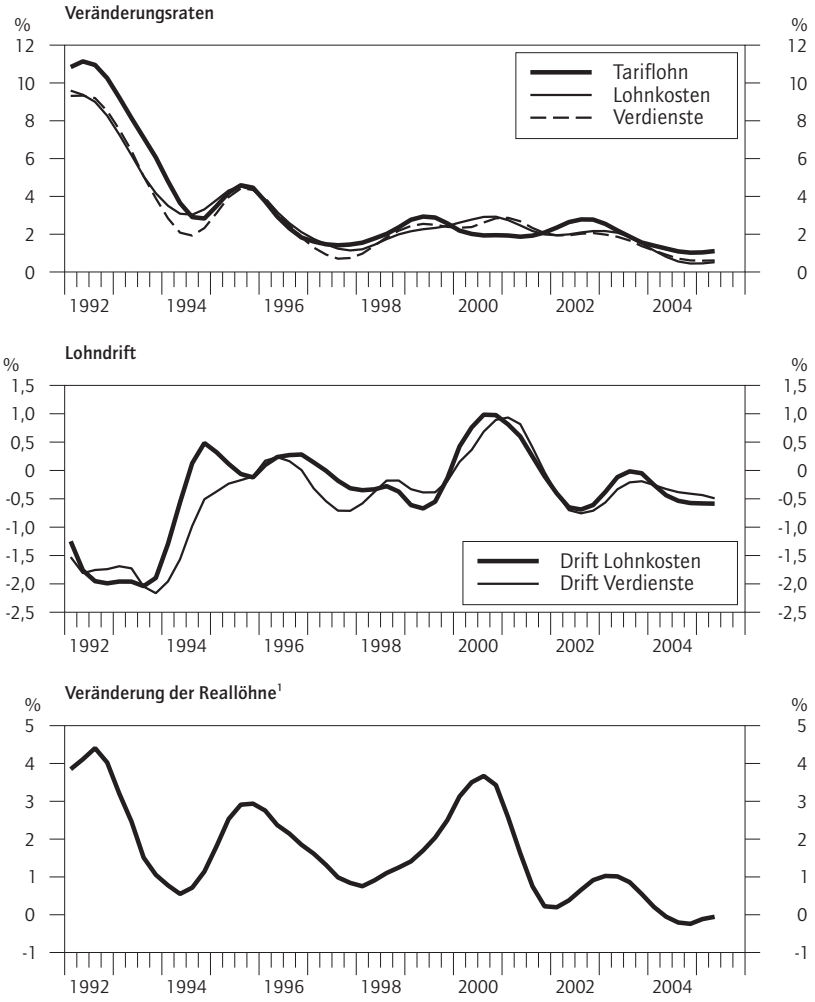
37 Dies sah ein von der Bundesregierung vorgelegter Gesetzentwurf vor, der aber vom Bundesrat abgelehnt wurde, da er keine wirkungsgleiche Übertragung von Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung enthalte.

38 Eine Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer auf 18 % bringt – bei gegebener Steuerbasis – 15½ Mrd. Euro für die öffentlichen Kassen. Eine Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % hat – bei gegebener Lohnsumme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Mindereinnahmen in Höhe von 14½ Mrd. Euro zur Folge (jeweils geschätzt für das Jahr 2006).

39 Für die Berechnung der „glatten Komponente" der Zeitreihen wurde für den Zeitraum 1991 bis 2. Quartal 2005 ein „unobserved components model" geschätzt. Als Komponenten wurden Trend (modelliert als integrierter „random walk"), Zyklus, Saison und ein Arbeitstageeffekt berücksichtigt. Die glatte Komponente ist die Summe der Trend- und Zykluskomponente.

Abbildung 4.1

Kenngrößen zur Lohnentwicklung



1 Lohnkosten deflationiert mit dem Preisindex des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 2005

Der Zuwachs der so gemessenen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelte), der Verdienste (Bruttolöhne und -gehälter) und des Tariflohns, jeweils je Arbeitsstunde, ist in den vergangenen anderthalb Jahren deutlich zurückgegangen (oberer Teil der Abbildung 4.1). Im ersten Halbjahr 2005 waren die Lohnkosten gegenüber dem Vorjahreszeitraum etwa um 0,5 %, die Verdienste etwa um 0,6 % und die Tariflöhne etwa um 1,1 % höher. Für alle drei Variablen sind dies die niedrigsten Werte seit 1991.

Die um Arbeitstageeffekte und Irregularitäten bereinigte Lohndrift, das heißt, die Differenz zwischen der Wachstumsrate der glatten Komponente der Lohnkosten bzw. der Verdienste und der Zuwachsrate der Tariflöhne ist seit Mitte 2001 für beide Maße negativ; zurzeit beträgt sie für die Verdienste etwa –0,5 % (mittlerer Teil der Abbildung 4.1). Ursache dafür sind der Abbau übertariflicher Lohnbestandteile, die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne oder mit nur teilweisem Lohnausgleich und der teilweise Wegfall von Überstundenzuschlägen aufgrund von betrieblichen Regelungen flexibler Arbeitszeiten.

Der Anstieg der Reallöhne (Lohnkosten deflationiert mit dem Preisindex des BIP) hat sich deutlich abgeflacht, teilweise war er sogar negativ (unterer Teil der Abbildung 4.1). Der „Produzentenreallohn“ war in der ersten Hälfte dieses Jahres 0,1 % niedriger als vor einem Jahr. Auch relativ zu den Preisen anderer Produktionsfaktoren ist die Lohnentwicklung zurzeit sehr moderat. Während beispielsweise die Lohnkosten je Stunde bis zum Jahr 2002 um zwei bis vier Prozentpunkte schneller stiegen als die Preise der Anlageinvestitionen, veränderten sie sich in den vergangenen Quartalen etwa in gleichem Maße.

Unter Beschäftigungsgesichtspunkten sind diese Entwicklungen positiv zu bewerten: Niedrige Lohnzuwächse verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, machen es weniger profitabel, Vorleistungen aus dem Ausland zu beziehen, und führen tendenziell zu einer arbeitsintensiveren Produktionsstruktur und damit zu mehr Beschäftigung. Die Entfaltung dieser positiven Effekte braucht aber Zeit. Andere Faktoren wie die hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt oder Fehlanreize von Seiten der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik wirken weiterhin dämpfend. Auch steht Deutschland immer noch hinsichtlich des Lohnniveaus mit an der Weltspitze, und dies kann nicht durch eine hohe Produktivität gerechtfertigt werden. Der im Vergleich zu vielen anderen Ländern hohe Beschäftigungsrückgang in den vergangenen Jahren erzeugte eine „Entlassungsproduktivität“, die nur scheinbar einen Verteilungsspielraum anzeigt.

Für den Erfolg einer moderaten Lohnpolitik ist es entscheidend, dass die Unternehmen darauf vertrauen können, dass diese auch in Zeiten eines Aufschwungs weitergeführt wird und dass die Gewerkschaften glaubwürdig signalisieren, nicht bei der ersten Gelegenheit vermeintliche Verteilungsverluste durch hohe Lohnabschlüsse wieder ausgleichen zu wollen. Schon in früheren Gutachten wurde von den Instituten vorgeschlagen, bei Lohnverhandlungen von der Trendwachstumsrate der Arbeitsproduktivität einen Abschlag vorzunehmen und nur den Teil der Inflationsrate zu berücksichtigen, der nicht auf eine Anhebung administrierter Preise oder auf eine Verschlechterung der Terms of Trade zurückgeht.

Da die Trendwachstumsrate der Arbeitsproduktivität etwa 1 % beträgt und die oben definierte

Trendinflationsrate eher unter diesem Wert liegen dürfte, sollten die Tariflöhne nur um etwa 1 % steigen, und zwar auch dann, wenn die Konjunktur weiter anziehen und sich die Arbeitsmarktlage etwas entspannen sollte. Nur so ist es möglich, dass die Marktkräfte bei der Bestimmung der Lohnhöhe und der Lohnstruktur wieder mehr Spielraum erhalten und der notwendige Strukturwandel von dieser Seite zumindest nicht behindert wird. Der technische Fortschritt und die Globalisierung der Güter- und Faktormärkte erfordern nicht nur eine Anpassung der durchschnittlichen Lohnhöhe, sondern auch eine stärkere Lohndifferenzierung nach Branchen, Regionen und Berufsqualifikationen. Dem muss die Tarifpolitik, beispielsweise durch geeignete Tariföffnungsklauseln, stärker als bisher Rechnung tragen. Aber auch die Wirtschaftspolitik ist gefordert. So müssen Bündnisse für Arbeit auf Betriebsebene eine rechtliche Absicherung erhalten und das Günstigkeitsprinzip muss rechtlich so verankert werden, dass Abweichungen vom Tarifvertrag ohne juristische Probleme möglich sind.

Generell sollten sich die Lohn- und die Arbeitsmarktpolitik weniger als bisher an der Sicherung bestehender, sondern vielmehr an der Schaffung neuer Arbeitsplätze orientieren. Im Zuge des Strukturwandels gehen unvermeidlich Arbeitsplätze verloren. Wichtig ist es deshalb, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Viele Studien haben gezeigt, dass beispielsweise ein hoher Kündigungsschutz diese Flexibilität reduziert und damit vor allem die Quote der Langzeitarbeitslosen erhöht und die Reallokation der Arbeitskräfte, die Zahl der Gründungen neuer Unternehmen sowie die Beschäftigungsintensität der Produktion reduziert. Im internationalen Vergleich hat Deutschland trotz einiger Lockerungen in den letzten Jahren immer noch ein relativ rigides System des Kündigungsschutzes für reguläre Beschäftigungsverhältnisse, das einer Reform bedarf. Ähnliche Überlegungen gelten auch bei anderen Eingriffen in den Arbeitsmarkt. Die Wirtschaftspolitik sollte auf diesem Gebiet mit weiteren mutigen Reformschritten vorangehen.

Zur Geldpolitik

Das Ziel der EZB, die Inflationsrate knapp unter 2 % zu halten, wurde in den vergangenen Jahren zwar wiederholt verfehlt, die Abweichungen waren aber gering. Im Verlauf dieses Jahres hat sich der Verbraucherpreisanstieg merklich beschleunigt; auch hat sich die Expansion der Geldmenge und der Kreditvergabe spürbar verstärkt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Niveau der Leitzinsen im Euroraum, das seit Juni 2003 unverändert geblieben ist, noch angemessen ist.

Maßgeblich für die jüngste Inflationsbeschleunigung ist das erneute, außerordentlich kräftige Anziehen der Weltmarktpreise für Rohöl. Ohne die Energiekomponente hat sich der Verbraucherpreisanstieg im Euroraum bis August verlangsamt; im September ist die Kerninflationsrate leicht auf 1,5 % gestiegen, ein Jahr zuvor hatte sie noch bei 2,0 % gelegen. Damit ist die zugrunde liegende Preistendenz nach wie vor moderat.

Preisdämpfend wirkt seit geraumer Zeit der internationale Wettbewerb. Die spürbare Zunahme der weltweiten Integration beeinflusst das Preisniveau im Euroraum über verschiedene Wirkungskanäle. Zum einen wird der Anstieg durch sinkende Preise, z. B. für importierte Fertigwaren, begrenzt. Zum anderen wirken sich die verstärkte Importkonkurrenz und die vermehrten Möglichkeiten zur Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsabläufe in Schwellenländer direkt dämpfend auf den Lohnanstieg im Euroraum aus, so dass von daher kein größerer Druck entsteht, die Preise anzuheben.

Allerdings kann sich der Preisanstieg verstärken, wenn die weltweit vorhandene hohe Liquidität zunehmend nachfragewirksam wird. Dies würde sich auch auf die Inflation im Euroraum auswirken. Derzeit wird eine solche Beschleunigung der Inflation anscheinend nicht erwartet. Darauf deuten die weltweit sehr niedrigen Kapitalmarktzinsen hin. Diese sind aber möglicherweise Reflex der hohen Liquidität in der Welt, und sie zeigen auch eine weltweit hohe Ersparnis an.[40]

Aber auch abgesehen von den Einflüssen, die möglicherweise aus dem Ausland kommen, bestehen Risiken für die Preisniveaustabilität im Euroraum, weil die Liquidität hier ebenfalls deutlich gestiegen ist. Dieser Prozess ging einher mit sinkenden Kapitalmarktzinsen, kräftig anziehenden Aktienkursen sowie in einigen Ländern mit stark steigenden Immobilienpreisen. Zu einer Zunahme der Inflation hat dies noch nicht geführt; die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat nur mäßig zugenommen. Die Frage ist allerdings, wie dauerhaft ein solcher Zustand sein kann, ohne dass es zu mehr Inflation kommt.

Die lange Phase niedriger Leitzinsen bedeutet, dass dem Bankensektor zunehmend höhere Liquidität zur Verfügung gestellt wurde und noch wird. Die Banken haben vermehrt Kredite an den Nichtbankensektor vergeben, aber auch Forderungen an den Privatsektor (z. B. Anleihen) gekauft. In beiden Fällen sinken die langfristigen Zinsen. Dieser Zinsrückgang muss für sich genommen allerdings noch

40 Vgl. dazu auch die Ausführungen im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens.

nicht zu einer höheren Güternachfrage führen. Im Euroraum verlief die Investitionsnachfrage in den vergangenen Jahren trotz der niedrigen Zinsen schleppend, vor allem weil die Unternehmen im Zuge der New-Economy-Blase Schuldenstände akkumuliert hatten, die sich im folgenden Abschwung als nicht mehr tragbar erwiesen. Entsprechend fragten sie nur zögerlich neue Kredite nach. Andererseits nahmen die Kredite für den Wohnungsbau deutlich zu, nicht zuletzt weil aufgrund der hohen Besicherungsquote bei Immobilienkäufen entsprechende Bankkredite günstiger zu bekommen waren.

Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass der starke Liquiditätszuwachs merklich nachlässt, nachdem sich die Unsicherheiten wieder verringert haben. Das zeichnet sich jedoch nicht ab. In jüngster Zeit hat sich die Zunahme der Geldmenge sogar deutlich beschleunigt, und der Liquiditätsüberhang hat sich erheblich vergrößert. Selbst wenn er nicht in vollem Umfang nachfragewirksam wird, weil er durch Veränderungen im Verhalten der Anleger überzeichnet ist, erhöht sich doch die Wahrscheinlichkeit, dass es mittelfristig zu einer stärkeren konjunkturellen Belebung kommt und in der Folge auch die Inflation anzieht. Die wesentliche Aufgabe der EZB besteht darin zu verhindern, dass die Inflationserwartungen steigen.

Dabei geht es nicht darum, jetzt einen restriktiven Kurs in der Geldpolitik einzuschlagen, sondern lediglich darum, den bislang expansiven Kurs allmählich zurückzunehmen. Denn die EZB senkte, ebenso wie andere Notenbanken, im Jahre 2003 den Leitzins auf ein außergewöhnlich niedriges Niveau, weil es besondere Umstände gab. So hatte die Volatilität an den Finanzmärkten auch vor dem Hintergrund von Terroranschlägen zugenommen, und es wurde das Risiko einer Deflation gesehen. Diese besonderen Bedingungen sind nicht mehr gegeben. Von daher scheint ein so niedriges Zinsniveau nicht mehr gerechtfertigt. In diese Richtung weist auch, dass die kurzfristigen Zinsen derzeit deutlich unter dem neutralen Niveau liegen. Zwar ist das neutrale Zinsniveau nicht einfach zu bestimmen, doch deuten viele Schätzungen darauf hin, dass es etwa 3½ % beträgt.[41] Auf Dauer kann der tatsächliche Zins nicht unter diesem Niveau bleiben, denn dann würde sich der Anstieg der Liquidität im Euroraum verstärken. Die Geldmenge M3, die nach wie vor ein wichtiger Indikator für die künftige Inflation ist und entsprechend auch in der geldpolitischen Strategie der EZB eine zentrale Rolle spielt, hat bereits beschleunigt zugenommen. Mehr noch trifft dies zu auf M1, bei der das Transaktionsmotiv eine größere Rolle spielt. Von daher haben sich die Risiken für die Preisniveaustabilität erhöht. Es wäre schwer zu vermitteln, wenn die EZB darauf nicht reagierte, zumal wenn sich die Konjunktur im Euroraum festigt. Vielmehr würde sich das Risiko erhöhen, dass sich die Inflationserwartungen, die derzeit noch keine Zielverfehlung anzeigen, verschlechtern. Um dem vorzubeugen, wird die EZB den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik im Laufe des kommenden Jahres etwas verringern. Die Institute halten es für angemessen, dass die EZB die Leitzinsen um insgesamt 50 Basispunkte anhebt.[42]

41 Dabei ist unterstellt, dass das Produktionspotential im Euroraum um 1¾ % wächst und das Inflationsziel bei knapp 2 % liegt.

42 Das DIW Berlin sieht gegenwärtig noch keine hinreichende Begründung für eine Abkehr vom derzeitigen geldpolitischen Kurs der EZB. Stattdessen weisen wichtige Indikatoren darauf hin, dass das geldpolitische Stabilitätsziel nicht gefährdet ist. So sinkt weiterhin die Kerninflationsrate als Indikator des hausgemachten Preisauftriebs im Euroraum. Anzeichen für Zweitrundeneffekte, die von den ölpreisbedingten Preisanstiegen ausgehen könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Zudem zeigen die an indexierten Anleihen ablesbaren Inflationserwartungen, dass die Märkte auch längerfristig mit keinem merklichen Inflationsanstieg rechnen. Der vom internationalen Güter- und Standortwettbewerb ausgehende disziplinierende Einfluss auf gewinn- und lohninduzierte Inflationsquellen im Euroraum wird auch von den übrigen Instituten gesehen. Unterschiedlich ist hingegen die Interpretation der zuletzt deutlich gestiegenen Eurogeldmenge. Das DIW Berlin sieht hierin weniger einen „Liquiditätsüberhang", von dem mittelfristige Inflationsgefahren ausgehen, als vielmehr einen Begleiteffekt des sich zunehmend integrierenden und vertiefenden europäischen Finanzmarktes, mit dem auch ein dauerhaft höherer Liquiditätsbedarf der dort aktiven Akteure verbunden ist. Dieser resultiert zum einen unmittelbar aus dem gestiegenen Transaktionsvolumen mit Finanzprodukten, zum anderen implizieren wichtige und weiterhin an Bedeutung gewinnende Marktsegmente (insbesondere Termingeschäfte) die Aufrechthaltung dauerhafter Liquiditätsbestände zur Risikoabsicherung. Auf einen grundlegenden Wandel im Liquiditätsbedarf der europäischen Volkswirtschaften weisen auch die Schwierigkeiten bei der empirischen Identifikation einer Geldnachfrage hin, die lediglich auf traditionellen güterwirtschaftlichen Transaktionsvolumina, kurzfristigen Zinsen und Volatitilitätsmaßen beruht.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,4	0,2	0,6	0,1	0,3	0,6	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	–1,1	0,1	0,1	–0,4	0,6	–0,5	0,7
Arbeitstage	1,5	–0,7	–0,7	–0,1	–1,2	0,0	–1,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,8	–0,4	0,0	–0,4	–0,3	0,1	–0,1
Produktivität[1]	0,8	1,2	1,1	1,0	1,3	1,0	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	**1,6**	**0,8**	**1,2**	**0,6**	**1,0**	**1,2**	**1,1**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 725,3	1 739,2	1 763,2	846,6	892,6	859,8	903,4
Private Haushalte[2]	1 312,5	1 325,8	1 346,0	647,7	678,1	657,9	688,2
Staat	412,8	413,4	417,1	198,9	214,5	201,9	215,3
Anlageinvestitionen	384,9	381,6	386,6	181,2	200,4	183,9	202,6
Ausrüstungen	149,4	154,3	160,9	72,5	81,8	75,6	85,3
Bauten	210,7	202,2	199,8	96,5	105,7	95,8	104,0
Sonstige Anlageinvestitionen	24,9	25,2	25,9	12,2	13,0	12,5	13,4
Vorratsveränderung[3]	–4,0	5,7	12,0	7,7	–2,0	10,0	2,0
Inländische Verwendung	2 106,2	2 126,6	2 161,7	1 035,6	1 091,0	1 053,7	1 108,1
Außenbeitrag	109,5	117,7	127,1	64,7	53,0	68,3	58,8
Exporte	842,8	898,3	965,7	437,2	461,0	474,7	491,0
Importe	733,4	780,5	838,6	372,5	408,0	406,4	432,2
Bruttoinlandsprodukt	**2 215,7**	**2 244,3**	**2 288,8**	**1 100,3**	**1 144,0**	**1 121,9**	**1 166,9**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,3	0,8	1,4	0,8	0,8	1,5	1,2
Private Haushalte[2]	1,9	1,0	1,5	1,0	1,0	1,6	1,5
Staat	–0,6	0,2	0,9	0,2	0,1	1,5	0,4
Anlageinvestitionen	0,1	–0,9	1,3	–0,7	–1,0	1,5	1,1
Ausrüstungen	1,7	3,3	4,3	4,7	2,1	4,4	4,2
Bauten	–1,1	–4,0	–1,2	–4,6	–3,5	–0,8	–1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	1,3	2,8	1,4	1,1	2,6	3,0
Inländische Verwendung	1,5	1,0	1,7	1,2	0,7	1,7	1,6
Exporte	9,1	6,6	7,5	5,6	7,5	8,6	6,5
Importe	7,0	6,4	7,4	6,5	6,3	9,1	5,9
Bruttoinlandsprodukt	**2,4**	**1,3**	**2,0**	**1,2**	**1,4**	**2,0**	**2,0**
3. Verwendung des realen Inlandsprodukts							
a) Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 632,4	1 623,5	1 622,1	797,9	825,6	797,3	824,8
Private Haushalte[2]	1 238,6	1 232,9	1 230,8	605,6	627,3	603,1	627,8
Staat	393,7	390,5	391,3	192,2	198,3	194,3	197,0
Anlageinvestitionen	396,6	392,9	398,5	186,0	206,9	189,0	209,5
Ausrüstungen	161,3	167,8	175,4	78,4	89,4	82,0	93,4
Bauten	208,7	198,5	196,1	94,7	103,8	93,9	102,2
Sonstige Anlageinvestitionen	27,1	27,6	28,7	13,3	14,3	13,8	14,9
Inländische Verwendung	2 027,9	2 026,6	2 033,9	995,9	1 030,7	997,4	1 036,5
Exporte	855,0	905,5	964,6	442,2	463,3	475,9	488,6
Importe	764,6	796,5	837,3	384,0	412,6	406,5	430,7
Bruttoinlandsprodukt	**2 119,4**	**2 136,4**	**2 161,0**	**1 054,1**	**1 082,2**	**1 066,3**	**1 094,7**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,0	–0,5	–0,1	–0,3	–0,8	–0,1	–0,1
Private Haushalte[2]	0,6	–0,5	–0,2	–0,2	–0,8	–0,4	0,1
Staat	–1,6	–0,8	0,2	–0,9	–0,8	1,1	–0,7
Anlageinvestitionen	–0,2	–0,9	1,4	–1,0	–0,9	1,6	1,3
Ausrüstungen	2,6	4,1	4,5	5,7	2,7	4,5	4,5
Bauten	–2,3	–4,9	–1,2	–5,9	–3,9	–0,8	–1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	2,1	4,0	2,2	2,0	3,6	4,3
Inländische Verwendung	0,6	–0,1	0,4	0,3	–0,4	0,1	0,6
Exporte	9,3	5,9	6,5	4,8	7,0	7,6	5,5
Importe	7,0	4,2	5,1	4,5	3,8	5,9	4,4
Bruttoinlandsprodukt	**1,6**	**0,8**	**1,2**	**0,6**	**1,0**	**1,2**	**1,1**

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**
Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben[2]	1,4	1,5	1,7	1,2	1,8	2,0	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,9	1,0	0,7	1,0	0,9	0,4	1,1
Anlageinvestitionen	0,3	0,1	–0,1	0,3	–0,1	–0,1	–0,2
Ausrüstungen	–1,0	–0,8	–0,2	–1,0	–0,6	–0,2	–0,3
Bauten	1,3	0,9	0,0	1,4	0,4	0,1	0,0
Exporte	–0,2	0,6	0,9	0,8	0,5	0,9	1,0
Importe	0,0	2,2	2,2	1,9	2,4	3,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	**0,8**	**0,5**	**0,8**	**0,6**	**0,4**	**0,8**	**0,8**
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1 638,2	1 651,3	1 681,8	815,1	836,2	829,9	851,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	222,5	219,6	220,2	107,4	112,2	106,5	113,7
Bruttolöhne und -gehälter	912,0	911,0	921,9	432,5	478,5	436,9	485,0
Übrige Primäreinkommen[4]	503,7	520,7	539,6	275,3	245,5	286,5	253,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	251,3	270,8	280,6	120,5	150,3	125,7	154,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**1 889,5**	**1 922,1**	**1 962,4**	**935,6**	**986,4**	**955,6**	**1 006,8**
Abschreibungen	326,5	328,8	332,9	163,7	165,1	165,4	167,6
Bruttonationaleinkommen	**2 216,0**	**2 250,9**	**2 295,3**	**1 099,4**	**1 151,5**	**1 120,9**	**1 174,4**
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 658,3	1 689,4	1 720,7	821,9	867,6	836,2	884,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	523,8	558,9	578,6	282,0	276,9	292,8	285,8
Arbeitnehmerentgelt	1 134,5	1 130,6	1 142,1	539,9	590,7	543,4	598,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1,3	0,8	1,8	1,3	0,3	1,8	1,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	–0,4	–1,3	0,3	–0,5	–2,1	–0,8	1,3
Bruttolöhne und -gehälter	0,5	–0,1	1,2	–0,2	0,0	1,0	1,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,5	0,2	0,7	0,2	0,2	0,7	0,7
Übrige Primäreinkommen[4]	3,6	3,4	3,6	4,6	2,1	4,1	3,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	20,6	7,8	3,6	4,3	10,6	4,3	3,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**3,5**	**1,7**	**2,1**	**1,7**	**1,7**	**2,1**	**2,1**
Abschreibungen	1,6	0,7	1,3	0,6	0,8	1,0	1,5
Bruttonationaleinkommen	**3,2**	**1,6**	**2,0**	**1,5**	**1,6**	**2,0**	**2,0**
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,6	1,9	1,9	2,0	1,8	1,7	2,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	11,7	6,7	3,5	6,5	6,9	3,8	3,2
Arbeitnehmerentgelt	0,3	–0,3	1,0	–0,3	–0,4	0,7	1,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	979,6	981,2	984,3	472,4	508,7	472,5	511,9
Nettolöhne und -gehälter	600,3	602,2	606,4	283,0	319,2	283,2	323,2
Monetäre Sozialleistungen	457,7	459,7	460,4	230,2	229,5	230,8	229,7
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen[5]	78,4	80,8	82,5	40,8	40,0	41,5	41,0
Übrige Primäreinkommen[4]	503,7	520,7	539,6	275,3	245,5	286,5	253,2
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	–35,9	–38,8	–40,0	–19,8	–19,0	–20,5	–19,5
Verfügbares Einkommen	**1 447,4**	**1 463,1**	**1 484,0**	**727,9**	**735,2**	**738,4**	**745,6**
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	19,0	20,2	21,5	9,4	10,8	10,0	11,5
Konsumausgaben	1 312,5	1 325,8	1 346,0	647,7	678,1	657,9	688,2
Sparen	153,8	157,5	159,5	89,6	67,9	90,6	68,9
Sparquote (%)[7]	10,5	10,6	10,6	12,2	9,1	12,1	9,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	1,4	0,2	0,3	–0,2	0,5	0,0	0,6
Nettolöhne und -gehälter	2,2	0,3	0,7	0,1	0,5	0,1	1,3
Monetäre Sozialleistungen	0,6	0,4	0,2	0,0	0,9	0,3	0,0
abzüglich Abgaben auf soziale Leistungen[5]	2,9	3,0	2,2	3,0	2,9	1,8	2,5
Übrige Primäreinkommen[4]	3,6	3,4	3,6	4,6	2,1	4,1	3,1
Verfügbares Einkommen	**2,1**	**1,1**	**1,4**	**1,3**	**0,9**	**1,4**	**1,4**
Konsumausgaben	1,9	1,0	1,5	1,0	1,0	1,6	1,5
Sparen	4,0	2,4	1,2	3,7	0,6	1,1	1,5

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**
Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004	2005	2006	2005		2006	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[8]							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	481,2	483,4	496,9	238,8	244,7	245,8	251,1
Sozialbeiträge	395,3	395,0	398,7	192,7	202,3	194,1	204,6
Vermögenseinkommen	12,0	12,2	12,4	5,8	6,4	6,6	5,8
Sonstige Transfers	16,9	19,7	15,9	11,7	8,0	8,0	8,0
Vermögenstransfers	9,7	9,3	9,3	5,0	4,3	5,0	4,3
Verkäufe	41,3	43,0	43,5	19,2	23,8	19,3	24,1
Sonstige Subventionen	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	**956,8**	**963,0**	**977,2**	**473,4**	**489,7**	**479,1**	**498,1**
Ausgaben							
Vorleistungen[9]	253,2	257,1	262,2	123,0	134,1	126,1	136,1
Arbeitnehmerentgelt	168,7	167,4	166,3	79,1	88,3	79,1	87,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,9	64,3	66,0	31,9	32,4	32,7	33,3
Subventionen	29,0	28,8	28,0	14,1	14,8	13,7	14,3
Monetäre Sozialleistungen	422,9	424,4	424,5	212,6	211,8	212,9	211,6
Sonstige laufende Transfers	38,3	36,6	40,8	19,4	17,2	20,0	20,8
Vermögenstransfers	33,8	34,4	31,0	20,3	14,2	18,3	12,7
Bruttoinvestitionen	30,8	29,8	30,3	12,7	17,1	12,8	17,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,4	–1,4	–1,4	–0,6	–0,8	–0,6	–0,8
Insgesamt	**1 038,0**	**1 041,4**	**1 047,7**	**512,4**	**529,0**	**514,8**	**532,8**
Finanzierungssaldo	–81,2	–78,3	–70,5	–39,0	–39,3	–35,8	–34,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	–0,1	0,5	2,8	0,9	0,0	2,9	2,6
Sozialbeiträge	0,2	–0,1	0,9	–0,1	–0,1	0,7	1,1
Vermögenseinkommen	–30,1	1,5	1,6	–0,9	3,7	13,7	–9,4
Sonstige Transfers	7,8	16,6	–19,1	56,8	–15,2	–32,1	–0,3
Vermögenstransfers	5,8	–3,7	0,0	–3,1	–4,4	–0,2	0,2
Verkäufe	–0,9	4,0	1,2	–1,5	9,0	1,0	1,3
Sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	**–0,4**	**0,6**	**1,5**	**1,2**	**0,1**	**1,2**	**1,7**
Ausgaben							
Vorleistungen[9]	–1,2	1,5	2,0	0,8	2,2	2,5	1,6
Arbeitnehmerentgelt	–0,2	–0,7	–0,7	–1,0	–0,5	0,0	–1,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	–2,6	2,1	2,7	1,8	2,5	2,6	2,9
Subventionen	–3,2	–0,5	–3,0	–0,8	–0,2	–2,8	–3,1
Monetäre Sozialleistungen	0,5	0,4	0,0	–0,1	0,8	0,1	–0,1
Sonstige laufende Transfers	–1,0	–4,3	11,5	5,8	–13,6	2,9	21,1
Vermögenstransfers	–6,0	1,7	–9,9	4,8	–2,5	–9,7	–10,0
Bruttoinvestitionen	–6,5	–3,1	1,6	–6,6	–0,3	0,7	2,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	**–0,8**	**0,3**	**0,6**	**0,3**	**0,3**	**0,5**	**0,7**

1 Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2005 und 2006: Prognose der Institute.

GD Herbst 2005

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 43/2005

DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005

Eine gekürzte Version der Gemeinschaftsdiagnose erscheint als „Weekly Report" online im November 2005.

Im „Weekly Report" werden seit Januar 2005 pro Monat vier ausgewählte Wochenberichte des DIW Berlin im Internet angeboten.

Via Online-Shop kann der einzelne Bericht zum Preis von 10 € erworben werden; der Preis für ein Jahresabonnement beträgt 300 €.

Weitere Informationen finden Sie auf der entsprechenden Website des DIW Berlin:
www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/weeklyreport/index.html

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion
Dr. habil. Björn Frank
Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Abo-Betreuung durch
Abonnenten Service Center GmbH
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch
Marlener Str. 4
77656 Offenburg

Bezugspreis
Jahrgang 180,– €; Einzelheft Euro 7,– €
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements bis spätestens sechs Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter *leserservice@diw.de*

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Satz
Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Auszugsweise Zitierung nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation, 14191 Berlin, zulässig.